

ISSN 0259-7446
EUR 6,50

medien

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart

& zeit

**Die Übersetzungspraktiken der
Nachrichtenagenturen im
19. Jahrhundert
Lisa Bolz**

**Gegen „Schmutz und Schund“ in
populärer Jugendliteratur
Carmen Schaeffer**

**Die SPD und ihre Frauenpresse
Maria Löblich & Niklas Venema**

**Die ‚Mietskaserne‘ als
planungskulturelles Narrativ
der 1980er-Jahre
Kathrin Meißner**

Research Corner

***Radio Hekaphon,*
Österreichs erster Rundfunksender
Ernst Theis**

**HerausgeberInnen:
Christoph Classen, Erik Koenen,
Christina Krakovsky, Mike Meißner
& Bernd Semrad**

4/2019

Jahrgang 34

medien & zeit

Inhalt

Die Übersetzungspraktiken der Nachrichtenagenturen im 19. Jahrhundert Lisa Bolz.....	4
Gegen „Schmutz und Schund“ in populärer Jugendliteratur Reaktionen der LehrerInnenschaft auf den Medienwandel um 1900 Carmen Schaeffer.....	14
Die SPD und ihre Frauenpresse Die Gleichheit im Parteidiskurs nach Ausbreitung der Massenpresse Maria Löblich & Niklas Venema.....	29
Die ‚Mietskaserne‘ als planungskulturelles Narrativ der 1980er-Jahre Zwei Fallbeispiele der Altstadt-Erneuerung in Ost- und West-Berlin Kathrin Meißner.....	42
Research Corner	
<i>Radio Hekaphon</i> , Österreichs erster Rundfunksender Ernst Theis.....	59
Rezensionen	76

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger
Verein: Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)
Währinger Straße 29, 1090 Wien
ZVR-Zahl 963010743
<http://www.medienundzeit.at>

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim
Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)
Der AHK wird vom Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien unterstützt.

HerausgeberInnen

Christoph Classen, Erik Koenen, Christina Krakovsky,
Mike Meißner, Bernd Semrad

Redaktion Buchbesprechungen

Gaby Falböck, Thomas Ballhausen

Redaktion Research Corner

Erik Bauer, Christina Krakovsky

Lektorat & Layout

Christoph Classen, Erik Koenen, Christina Krakovsky,
Mike Meißner, Bernd Semrad

Prepress & Versand

Grafikbüro Ebner, Wiengasse 6, 1140 Wien

Erscheinungsweise & Bezugsbedingungen

medien & zeit erscheint vierteljährlich gedruckt und digital
Heftbestellungen:

Einzelheft (exkl. Versand): 6,50 Euro

Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): 22,00 Euro

Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): 30,00 Euro

Jahresabonnement für StudentInnen:

Österreich (inkl. Versand): 16,00 Euro

Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): 24,00 Euro

Info und Bestellung unter abo@medienundzeit.at

sowie auf <http://www.medienundzeit.at>

Bestellung an:

medien & zeit, Währinger Straße 29, 1090 Wien
oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

Advisory Board

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Stefanie Averbek-Lietz** (Bremen)

Prof. Dr. **Markus Behmer** (Bamberg)

Dr. **Thomas Birkner** (Münster)

Prof. Dr. **Hans Bohrmann** (Dortmund)

Prof. Dr. **Rainer Gries** (Jena, Wien)

Univ.-Prof. Dr. **Hermann Haarmann** (Berlin)

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Susanne Kinnebrock** (Augsburg)

Univ.-Prof. Dr. **Arnulf Kutsch** (Leipzig)

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Maria Löblich** (Berlin)

Univ.-Prof. Dr. **Ed Mc Luskie** (Boise, Idaho)

Dr.ⁱⁿ **Corinna Lühje** (Rostock)

Prof. Dr. **Rudolf Stöber** (Bamberg)

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Martina Thiele** (Salzburg)

Vorstand des AHK

Dr.ⁱⁿ Gaby Falböck, Obfrau

Prof. Dr. Fritz Hausjell, Obfrau-Stv.

Dr. Christian Schwarzenegger, Obfrau-Stv.

Mag.^a Christina Krakovsky, Geschäftsführerin

Mag.^a Diotima Bertel, Geschäftsführerin-Stv.

Dr. Norbert P. Feldinger, Kassier

Dr. Erik Bauer, Kassier-Stv.

Mag.^a Julia Himmelsbach, Schriftführerin

Mag.^a Daniela Schmidt, Schriftführerin-Stv.

Dr. Thomas Ballhausen

Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitz

Ing. MMMag. Dr. Johann Gottfried Heinrich, BA

Mag. Bernd Semrad

Mag. Roland Steiner

ISSN 0259-7446

Editorial

Mit der letzten Ausgabe des Jahres 2019 setzt *medien & zeit* das Konzept eines offenen Heftes fort. In Ergänzung zu den vielfältigen und thematisch fokussierten Schwerpunktheften bietet das *Offene Heft* ein Forum, um die Bandbreite kommunikations- und medienhistorischer Forschung in einer Ausgabe abzubilden. Damit bedient das Format ein gegenwärtiges Bedürfnis – nicht zuletzt von jungen WissenschaftlerInnen – innerhalb der deutschsprachigen Kommunikations- und Mediengeschichte, wie die Einreichungen deutlich zeigen. Insofern ist es das Anliegen der HerausgeberInnen, weiterführende Diskussionen und Forschungen mit den AutorInnen anzuregen.

Wir freuen uns, dass das Format weiterhin gut angenommen wird. Aus Sicht der HerausgeberInnen hat sich die Umgestaltung des Einreichprozesses im Sinne der Einladung von *Extended Abstracts* anstelle von Vollbeiträgen positiv ausgewirkt. Deshalb wird dieser Weg fortgesetzt (siehe Call for Papers im Anschluss an dieses Editorial). Aus den insgesamt 13 Einsendungen wurden im Double-Blind-Peer-Review Verfahren fünf Einreichungen ausgewählt und zur Ausarbeitung eingeladen, aus denen vier zur Publikation ausgewählt wurden. Erfreulich ist, dass auch in diesem Jahr Beiträge aus verschiedenen Ländern aufgenommen werden konnten. Gleichzeitig wurde die lohnende Institution beibehalten, einen bzw. eine GastherausgeberIn einzuladen. Für seinen Einsatz in diesem Jahr danken wir Christoph Classen (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam).

Den Auftakt zum inhaltlichen Teil gibt **Lisa Bolz** (Paris). Sie beschäftigt sich in ihrem Beitrag *Die Übersetzungspraktiken der Nachrichtenagenturen im 19. Jahrhundert* mit der Rolle von Nachrichtendepeschen und deren Übernahme durch das deutsche Wolffsche Telegraphische Bureau einerseits und der französischen Havas andererseits und geht zudem auf deren Verwendung in Zeitungen ein. Dabei werden Unterschiede deutlich, die aufgrund der üblicherweise angenommenen Normiertheit der Meldungen überraschen.

Der Beitrag von **Carmen Schaeffer** (Berlin) *Gegen „Schmutz und Schund“ in populärer Jugendliteratur. Die Reaktionen der LehrerInnen-schaft auf den Medienwandel um 1900* beruht auf ihrer gleichnamigen Masterarbeit, die von der DGPK-Fachgruppe Kommunikationsge-

schichte mit dem Nachwuchsförderpreis 2019 ausgezeichnet wurde. Sie interessiert sich für die Debatten von LehrerInnen innerhalb ihrer Berufsverbände zur sog. Populärliteratur sowie die daraus resultierenden Aktivitäten. Neben medienpolitischen Vorstößen lag der Fokus insbesondere auf der Aufklärungsarbeit und der Auflistung sowie Verbreitung der aus Sicht der LehrerInnen ‚guten‘ Literatur.

Mit einem ähnlichen Zeitraum beschäftigen sich **Maria Löblich** und **Niklas Venema** (Berlin). In Ihrem Text *Die SPD und ihre Frauenpresse. Die Gleichheit im Parteidiskurs nach Ausbreitung der Massenpresse* fragen sie nach den Reaktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) auf den Medienwandel um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Unter Verwendung des Medialisierungsansatzes sowie des diskursiven Institutionalismus zeigen sie anhand des Beispiels der Parteizeitschrift *Die Gleichheit*, welche Ideen und Zwänge bestanden und warum die SPD auch nach deren Scheitern weder das Konzept der Parteipresse im Allgemeinen noch einer parteilichen Frauenzeitschrift im Speziellen ernsthaft in Frage stellte.

Kathrin Meißner (Erkner) analysiert in ihrem Beitrag *Die ‚Mietskaserne‘ als planungskulturelles Narrativ der 1980er-Jahre. Zwei Fallbeispiele der Altstadt-Erneuerung in Ost- und West-Berlin* auf diskursiver Ebene den öffentlichen Umgang mit dem Stereotyp der Mietskaserne. Die Historikerin bespricht dafür die Planungskulturen beider politischer Systeme im damaligen Deutschland und bringt sie in Zusammenhang mit deren Auffassungen von Öffentlichkeit und (Massen-) Kommunikation. Sie kann dabei zeigen, dass dieser Topos als negative Kontrastfolie die Planungsdiskurse sowohl in West- als auch in Ostberlin nachhaltig beeinflusst hat.

Eine interessante Lektüre wünschen

Christoph Classen (Potsdam), Erik Koenen (Leipzig), Christina Krakovsky (Wien), Mike Meißner (Fribourg) & Bernd Semrad (Wien).

Research Corner

In seiner Promotion widmet sich **Ernst Theis** einem Abschnitt der österreichischen Mediengeschichte, der bisher kaum Beachtung fand:

Bereits 1923, also noch vor Gründung der Radio Verkehrs A. G. (RAVAG), ging der Radiosender *Hekaphon* in Betrieb. Der Musiksoziologe legt mit seiner Arbeit eine detailliert re-

cherchierte Geschichte dieses Senders vor und leistet damit einen wertvollen Grundlagenbeitrag auch für die historische Medien- und Kommunikationswissenschaft.

Call for Papers

für das *Offene Heft* von *medien & zeit*

HerausgeberInnen: Erik Koenen (Bremen), Christina Krakovsky (Wien),
Mike Meißner (Fribourg), Bernd Semrad (Wien)
Gastherausgeberin: Maria Löblich (Freie Universität Berlin)

Für das *Offene Heft* 2020 werden Beiträge aus der gesamten Breite der historischen Kommunikations- und Medienforschung gesucht. Einreichungen können ebenso Forschungsergebnisse vorstellen wie methodische oder theoretische Fragestellungen und Konzepte der historischen Kommunikationsforschung erörtern. Bei den Texten muss es sich um Erstveröffentlichungen handeln, die in dieser Form noch nicht an anderer Stelle veröffentlicht wurden bzw. zur Publikation vorgesehen sind. Jeder für das *Offene Heft* eingereichte Beitrag wird nach Prüfung der formalen und inhaltlichen Kriterien im Rahmen eines Double-Blind-Peer-Review-Verfahrens begutachtet.

Bis zum **30. April 2020** können anonymisierte Beiträge als Extended Abstracts (max. 10.000 Zeichen inklusive Leerzeichen, exklusive Anmerkungen und Literatur; Open Office- oder MS Word-Format), versehen mit einem abnehmbaren Deckblatt (mit Name und Kontaktdaten des/der Einreichenden) und formatiert nach den formalen Gestaltungsrichtlinien von *medien & zeit* (<https://medienundzeit.at/richtlinien-und-style-sheet/>) per Email an **open-call@medienundzeit.at** eingesendet werden. Die Information über die Empfehlung zur prinzipiellen Annahme oder Ablehnung eines Beitrags erfolgt spätestens zum 31. Mai 2020.

Die Übersetzungspraktiken der Nachrichtenagenturen im 19. Jahrhundert

Lisa Bolz

École des hautes études en sciences de l'information et de la communication (CELSA), Sorbonne Université

Abstract

Die drei großen europäischen Nachrichtenagenturen des 19. Jahrhunderts (Havas, Reuters, Wolff's Telegraphisches Bureau) gründeten ihren Erfolg auf einen effizienten Nachrichtenaustausch, der Ressourcen bündelte und Konkurrenz abhielt. 1859 und 1870 unterschrieben sie umfassende Kooperationsverträge, die die Nachrichtenverteilung auf viele Jahrzehnte hin prägten. Essentiell bei der Verteilung waren Übersetzungsprozesse, wobei die telegraphischen Depeschen in der Regel vorgegebenen Routen folgten und täglichen Übersetzungsroutinen unterworfen waren. Auf diese Weise kann mit der Etablierung der telegraphischen Depesche als journalistisches Format eine Standardisierung der Nachrichtenvermittlung festgestellt werden. Innerhalb dieses Netzwerkes lassen sich auch Unregelmäßigkeiten erkennen, die die Komplexität der Arbeitsprozesse unterstreichen und eine qualitative Analyse der Agenturübersetzung unabdingbar machen. Durch die täglichen Routinen und internationalen Normen entstand die Depesche als transkulturelles Objekt, das mit Leichtigkeit zwischen Ländern und Zeitungen zirkulierte und Teil eines transnationalen Nachrichtenproduktionsprozesses war.

„Die Hauptquellen, aus welchen deutsche Blätter ihre Depeschen beziehen, sind in Wien das Correspondenzbureau, in Berlin das Wolff'sche Bureau, in Paris das Bureau Havas, in London das Reuter'sche Bureau, in Rom das Bureau Stefani u.s.w.“
(Wehle 1883, 46)

Dies schrieb J. H. Wehle 1883 in seinem Buch *Die Zeitung*, in dem er zukünftigen JournalistInnen und einem interessierten Publikum die Zeitungs- und Nachrichtenproduktion erklärte. Die telegraphischen Depeschen, diese in der Regel kurzformatigen Texte, waren seit der Einführung der elektrischen Telegraphie zunehmend in den Zeitungen präsent und prägten insbesondere die Auslandsberichterstattung. Vor allem die großen Nachrichtenagenturen hatten dieses Publikationsformat für den Pressemarkt in einem umfassenden Ausmaß zugänglich gemacht. Die Verstrickungen zwischen den Agenturen und die Durchsetzung gegenüber unerwünschter Konkurrenz haben die Nachrichtenverteilung in Europa nachhaltig geprägt. Die Geschichte der Nachrichtenagentur reicht bis in das 19. Jahrhundert zurück und hat in

Frankreich ihren Ursprung. 1832 gründete Charles Havas ein Übersetzungsbüro, das ausländische Zeitungsartikel übersetzte und den französischen Zeitungen zum Druck anbot. 1835 wandelte Havas das „Bureau Havas“ in die weltweit erste Nachrichtenagentur um, in die „Agence Havas“. 1849 und 1851 folgten Bernhard Wolff und Julius Reuter mit ihren Büros in Berlin und London. Havas hatte demnach einige Jahre Vorsprung vor seinen Kollegen, seinen „Rivalen, Gleichgesinnten oder seinen Assoziierten“ (Frédéric 1959, 22). Bereits 1859 unterschrieben die Gründer der drei großen europäischen Nachrichtenagenturen einen ersten Kooperationsvertrag und legten den Grundstein für eine internationale Zusammenarbeit, die Ressourcen bündeln und Konkurrenz vermeiden sollte. Dabei wurde beispielsweise festgelegt, dass Havas seine Nachrichten aus Frankreich, Spanien und Italien seinen Konkurrenten Wolff und Reuter überlassen, während Wolff seine Telegramme aus Deutschland, Russland, aus den skandinavischen und slawischen Ländern den anderen beiden schicken würde. Ausnahmen verkomplizierten den Vertrag. So behielt Havas beispielsweise die Priorität in den Städten Augsburg,

Wien, Würzburg, Stuttgart und Triest.¹ Bereits in diesem Vertrag wurde über die langfristige Nachrichtenorganisation und -verteilung in den Ländern entschieden. Der sog. Kartellvertrag von 1870 festigte die Kooperation schließlich auf Jahrzehnte hin. Die Verbindungen zwischen den Agenturen blieben komplex, geprägt von Vereinbarungen und Verträgen, und bestimmt durch ein gemeinsames Ziel: Aufbau und Festigung eines Monopols der telegrafischen Agenturdepesche auf den jeweiligen Territorien.

Auch wenn einzelne Zeitungskorrespondenten ebenfalls telegraphierten, ging der Großteil der telegraphischen Depeschen auf die Agenturarbeit zurück. Und obwohl die telegraphischen Depeschen oftmals auf wirtschaftliche Interessen zurückzuführen waren und die Agenturen keine journalistische Motivation verfolgten, genossen diese Texte eine besondere Priorität bei den Redaktionen. Wehle gab auch diesbezüglich einen Einblick in die Redaktionsarbeit (wenngleich er sich an dieser Stelle auf telegraphische Nachrichten im Allgemeinen bezog und nicht ausschließlich auf Agenturdepeschen):

„Die Telegramme genießen vor dem übrigen Manuscript die Bevorzugung, daß sie knapp vor Schluß des Blattes einlangen dürfen. In diesem Falle beschränkt sich die Fürsorge der Redaction auf die äußerliche Toilette. Die Kritik des Inhalts bleibt verschoben bis zum Erscheinen des nächsten Blattes, und um diesen Unterschied auch dem Leser kenntlich zu machen, erhalten diese Spätlinge die Aufschrift: ‚Nach Schluß der Redaction‘ oder was dasselbe heißen soll: ‚Nachtrag‘.“

(Wehle 1883, 26)

In Frankreich genossen die telegraphischen Depeschen eine ähnliche Priorität gegenüber anderen journalistischen Texten wie in Deutschland (siehe Hatin 1866, LXXV). Auch wenn die französische Agentur Havas nicht nur telegraphische Depeschen an die Zeitungen schickte, sondern eine Vielzahl verschiedener Texte, blieb dieses Textformat emblematisch für die drei großen europäischen Nachrichtenagenturen im 19. Jahrhundert. Es wurde durch seine Übertragungstechnik charakterisiert, die einen kurzen und sachlichen Sprachstil prägte, da die telegra-

phische Übertragung vor allem zu Beginn noch sehr teuer war und die Textlänge erst im Lauf der Zeit zunahm (dazu Wilke 2004).

Neben den organisatorischen und technischen Bedingungen der Nachrichtenverteilung spielte auch die Übersetzungsarbeit beim Nachrichtenaustausch zwischen den Agenturen eine wichtige Rolle. Im Folgenden stehen vor allem folgende Fragen im Zentrum: Welchen Einfluss hatte die Übersetzung von Agenturtexten für die telegraphische Berichterstattung? Welche Übersetzungsprozesse fanden statt, bevor die telegraphischen Depeschen in den Zeitungen publiziert wurden? Denn die standardisierte Rubrik der telegraphischen Depeschen suggeriert große Einheitlichkeit, erscheint bei genauerer Analyse jedoch weniger homogen.

Im Folgenden werden ausschließlich Wolffs Telegraphisches Bureau (WTB) und die Agence Havas berücksichtigt bzw. ihre in den Zeitungen abgedruckten Depeschen. Auch wenn auf diese Weise nicht das komplette Netzwerk der Nachrichtenagenturen betrachtet werden kann, genügt der Blick auf zwei Agenturen, um das Zirkulieren von Nachrichten nachverfolgen zu können und um vergleichende Schlüsse in Bezug auf Nachrichtenpräsentation, Arbeitsweisen, politische Verbindungen etc. der Agenturen zu ziehen. Dabei geht es weniger um die Geschichtsschreibung der Nachrichtenagenturen als vielmehr um eine Analyse der journalistischen Praktiken und journalistischen Mechanismen über Landesgrenzen hinweg. Vor allem die Übersetzungsarbeit der Agenturen steht hier im Vordergrund, um die Systematik der Wissensverbreitung begreifen zu können.

International vergleichende Studien zu den Nachrichtenagenturen im 19. Jahrhundert liegen bislang nur wenige vor. Grundlegend für die Forschung zur preußischen und zur französischen Agentur sind die Monographien *Wolff's Telegraphisches Bureau 1849 bis 1933. Agenturpublizistik zwischen Politik und Wirtschaft* von Dieter Basse (1991), *De l'agence d'information Havas à l'Agence France Presse. Un siècle de chasse aux nouvelles* von Pierre Frédéric (1959) und *Havas. Les arcanes du pouvoir* von Antoine Lefebure (1992) sowie die Arbeiten von Jürgen Wilke (2004; 1986). Für die international vergleichende Forschung sind vor allem die Arbeiten von Volker Barth (2011), Hansjoachim Höhne

¹ Vgl. Vertrag vom 18.07.1859 zwischen Havas, Reuters und dem WTB (5AR/411(9)). Französisches Nationalarchiv, Pierrefitte-sur-Seine.

(1977), Michael Palmer (2014; 2011), Jonathan Silberstein-Loeb (2014) und Heidi Two-rek (2019) von besonderem Interesse, wobei die explizit deutsch-französische Perspektive keine Rolle spielt. Eine internationale bzw. deutsch-französische Perspektive auf die Geschichte der Agenturen im 19. Jahrhundert bieten zwei Qualifikationsarbeiten (Barth 2020; Bolz 2019a). Die historische Übersetzungspraxis der Nachrichtenagenturen wird in der wissenschaftlichen Literatur zu Nachrichtenagenturen zwar erwähnt, jedoch nicht eingehend analysiert.

Methodische Herangehensweise und Untersuchungsmaterial

Für die vorliegende Studie wurden ausschließlich Agenturdepeschen analysiert, da sie auf standardisierte Distributionsprozesse zurückgehen, sodass davon ausgegangen werden kann, dass hier systematische Übersetzungsroutinen existierten. Zudem wurde das Untersuchungsmaterial auf deutsche und französische Zeitungen beschränkt, um an diesem Fallbeispiel die Transferleistungen herauszustellen. Trotz dieser Einschränkung können nicht alle deutsch- und französischsprachigen Gebiete berücksichtigt werden.

Histoire croisée und kommunikationeller Ansatz

Methodisch vereint die hier vorgelegte Studie mehrere Herangehensweisen, um die Übersetzungsprozesse besser fassen und einordnen zu können:

Der deutsch-französische Austausch von Depeschen fand in einem journalistischen Umfeld statt, in dem der deutsch-französische Kulturtransfer nicht neu war. Das Konzept des *Journals für gemeinnützige Kenntnisse*, zum Beispiel, wurde ursprünglich von Émile de Girardin von der Zeitung der *Society for the Diffusion of useful Knowledge* übernommen und 1831 einer französischen Leserschaft als *Journal des connaissances utiles* angeboten, bevor er es 1832 für den deutschsprachigen Raum aufbereitete (Giol 2011; Albert 1984). Ähnlich lässt sich die Entstehungsgeschichte der *Illustrierten Zeitung* (1843) beschreiben, die zunächst als *Illustrated London News* (1842), in Frankreich als *L'Illustration* (1843) erschien und schließlich ihren Weg nach Deutschland fand (dazu Bösch 2011). Publikationen wie die Zeitung *Revue germanique et française* (1858) oder auch das deutschsprachige

Beiblatt der *Correspondance Havas* reihten sich in diese deutsch-französische Dynamik des Journalismus im 19. Jahrhundert ein.

Die telegraphischen Depeschen werden in der vorliegenden Studie nicht separat betrachtet, sondern in ihrem gemeinsamen journalistischen Kontext. Verschiedene Herangehensweisen und Traditionen bieten sich für die Analyse internationaler historischer Phänomene an, wie die *entangled history*, wobei sich die vorliegende Studie an der *histoire croisée* von Michael Werner und Benedicte Zimmermann (2002) orientiert. Hierbei werden Entwicklungen in den jeweils zu betrachtenden Ländern in den Vordergrund gerückt und so die Kategorie der Nationen als Vergleichskriterium infrage gestellt. Auf diese Weise können die Dynamiken der Entstehung und Entwicklung der telegraphischen Depeschen berücksichtigt werden sowie die Transformationsprozesse bei der Nachrichtenübertragung und die Übersetzungspraktiken, sodass die telegraphischen Depeschen, die sich auf der Schnittstelle zwischen kulturellen Kontexten, Personen, Sprachen und Übertragungswegen befanden, im Zentrum stehen.

Die semiotisch-pragmatische Zeitungsanalyse erfolgte in der Tradition des *kommunikationellen* Ansatzes der französischen Kommunikationswissenschaft und bezieht sowohl die technische, die semiotische als auch die soziale Ebene der Untersuchungsobjekte mit ein (Jeanneret & Olliver 2004). Im Gegensatz zur deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft, die sich dezidiert als Sozialwissenschaft positioniert, ist die französische Kommunikationswissenschaft eine Geisteswissenschaft. Während die deutschsprachige Kommunikationswissenschaft an den Kommunikationseffekten interessiert ist, liegt das Augenmerk in Frankreich vielmehr auf der Zirkularität (Averbeck-Lietz, Bonnet & Bonnet 2014, 3). Im Folgenden steht weniger der Inhalt der Nachrichten im Vordergrund, als vielmehr die Depesche an sich sowie die Analyse der internationalen Kommunikationsprozesse. Es geht also weniger um die Mitteilung als um die Art und Weise des Mitteilens, eine in der französischen Kommunikationsforschung übliche Unterscheidung (Bolz 2019b).

Um die Struktur der Diskurse zu fassen, wurde eine interdiskursive Analyse in Anlehnung an Antoine Compagnon durchgeführt (1979, 54). Im Fokus steht hier die Interkonnektivität verschiedener Diskurse, um die „Pluralität der Diskurse“ (Compagnon 1979, 53f) zu berücksichtigen.

sichtigen. Besonders im Kontext der telegraphischen Depeschen und ihrer internationalen Verbreitung sowie ihrer Publikation in Zeitungen verschiedener Länder ist eine solche vergleichende Diskursanalyse notwendig. Denn eine Diskursanalyse einer einzelnen Zeitung oder die eines Sprachraumes kann nicht genügen, um den telegraphischen Depeschen, die sich in verschiedenen kulturellen Kontexten bewegten und zwischen den verschiedenen Pressemärkten zirkulierten, gerecht werden zu können. Zumal die telegraphischen Depeschen in permanentem Bezug zu anderen Depeschen und anderen journalistischen Texten standen.

Vier Zeitungen: *La Presse*, *Journal des débats politiques et littéraires*, *Allgemeine Zeitung*, *Vossische Zeitung*

Das primäre Untersuchungsmaterial besteht aus vier Zeitungen des 19. Jahrhunderts: *La Presse*, *Journal des débats politiques et littéraires* (im Folgenden kurz: *Journal des débats*), *Allgemeine Zeitung*, *Vossische Zeitung*² sowie den in ihnen abgedruckten telegraphischen Agenturdepeschen. *La Presse* wurde 1836 von Émile de Girardin, einem französischen Publizisten und Politiker, gegründet, der mit seiner neuen Zeitung eine neue Leserschaft erreichen wollte. Durch die Halbierung des Abonnementspreises und die Einführung des Feuilletonromans schaffte er ein attraktives Angebot für eine breitere Leserschaft. Das *Journal des débats* gehörte zu den Zeitungen aus der Revolutionszeit, wurde von der Führungsschicht gelesen, vertrat liberale Ideen und war für seine gehaltvolle Auslandsberichterstattung bekannt. Die beiden französischen Zeitungen sind Hauptstadtzeitungen, da sich im 19. Jahrhundert die Zentralisierung Frankreichs auch auf dem Pressemarkt auswirkte: die meisten ländlichen Zeitungen übernahmen den Inhalt der Pariser Zeitungen.

Die beiden deutschsprachigen Zeitungen dagegen wurden aufgrund ihrer unterschiedlichen Publikationsorte gewählt. Die *Allgemeine Zeitung* war vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine der größten und bedeutendsten Zeitungen im deutschsprachigen Raum, die für ihre qualitativ hochwertige Auslandsberichterstattung bekannt war. Sie wurde 1789 in Tü-

bingen von Johann Friedrich Cotta gegründet, der ein beachtliches Netz an Korrespondenten zusammenstellte. Ab September 1810 erschien sie in Augsburg, um von dort aus ihre neue Art von Journalismus zu verbreiten, die eine detaillierte und informierende Berichterstattung zu den großen zeitgenössischen Themen in den Mittelpunkt stellte. Die *Vossische Zeitung* war eine der ältesten Berliner Zeitungen. Ihre Berichterstattung war nicht mit der der *Allgemeinen Zeitung* vergleichbar, aber ihre Auflage war vergleichsweise hoch und die Redaktion befand sich in der gleichen Stadt wie der Sitz der Berliner Nachrichtenagentur.

Übersetzungspraktiken innerhalb des internationalen Agenturnetzwerkes

Telegraphische Depeschen gelangten auf unterschiedlichen Wegen in die Zeitungen verschiedener Länder. Die Übertragung von einer Sprache in eine andere stellte dabei ein zentrales Element im Publikationsprozess dar. Im Folgenden werden drei Arbeitsprozesse vorgestellt, bei denen die kulturelle und sprachliche Übersetzungsleistung zentral war.

Die telegraphischen Depeschen der Nachrichtenagenturen

Die Kooperationsverträge beinhalteten eine genaue Aufteilung der verschiedenen Länder, in denen Havas, Reuters und das WTB jeweils Nachrichten sammeln und verbreiten durften. Die Depeschen wurden untereinander ausgetauscht, sodass das WTB beispielsweise auch von der Arbeit seiner Partneragenturen profitieren konnte. Auf diese Weise vermieden die Agenturen einen desaströsen Konkurrenzkampf und halfen sich gegenseitig, das Monopol in ihren Ländern zu sichern. Im Lauf der Zeit, vor allem ab dem Kooperationsvertrag zwischen den Agenturen im Jahr 1859, kristallisierten sich die typischen Nachrichtenverbreitungswege heraus. So wurden beispielsweise Depeschen aus Spanien zunächst nach Paris telegraphiert, bevor sie nach Deutschland gelangten. Nachrichten aus Russland wurden über Berlin in andere Länder geschickt und Neuigkeiten aus den Vereinigten Staaten wurden an die Agentur Reuters telegra-

² Der offizielle Titel der Zeitung lautete seit 1875 *Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen*. Unter diesem sind auch die Bestände im Katalog der Zeitschriftendatenbank (ZDB) aufzufinden. Zur besseren

Lesbarkeit wird im Text und in den Zitationen der kürzere, allgemein übliche und ab 1911 offizielle Name *Vossische Zeitung* verwendet.

phiert, die diese an die Partneragenturen weiterleitete (Bolz 2019a, 392).

Paul Lindau beschrieb die Arbeit mit den telegraphischen Depeschen anschaulich in seinem Buch *Nur Erinnerungen*, in dem er ein Kapitel der Arbeit innerhalb des WTB widmete:

„Und diese frühe Morgenstunde war [...] eigentlich die einzige, in der es für uns sicher etwas zu tun gab. Da mußten alle Zeitungen genau darauf untersucht werden, ob etwas daraus an die auswärtigen Blätter zu telegraphieren war. Denn unser Dienst bestand darin, sowohl die von unseren auswärtigen Korrespondenten und Agenturen hergesandten Telegramme für die Berliner Blätter zu redigieren, als auch aus Berlin auf eigenen Informationen beruhende oder den Zeitungen entnommene Mitteilungen, sowie unsere Depeschen von außerhalb zweckentsprechend an unsere Agenturen und auswärtigen Abonnenten telegraphisch weiterzugeben – zweckentsprechend, das heißt: je nach der Bedeutung der betreffenden Blätter, ihrer geographischen Lage, ihrer Parteistellung und des dadurch bedingten Interesses des einzelnen, den Einzelfall entweder in ausführlicher, schon stilisierter Fassung, oder in größeren Auszügen, oder stark gekürzt, oder auch gar nicht.“

(Lindau 1916, 236)

Diese Arbeitsprozesse spiegelten sich auch in den Zeitungsseiten wider. So wurden die gleichen Informationen sowohl in Deutschland als auch in Frankreich publiziert, teilweise mit gleicher Quellenangabe. Die folgende Depesche stammt aus der französischen Zeitung *Journal des débats* und wurde in der Rubrik der telegraphischen Depeschen der Agence Havas publiziert:

„Le Moniteur de Bologne dément la nouvelle de l'arrestation de Mgr l'évêque de Rimini. Trois moines ont été arrêtés par suite de graves accusations. Le gouvernement démentira par des documents authentiques la dernière correspondance de l'Univers.“

(*Journal des débats* 29.10.1859, 1)

Die gleiche Depesche wurde übersetzt auch in der *Allgemeinen Zeitung* unter dem Namen *Havas* gebracht:

„Bologna, 27 Oct. Der Mon. di Bologna widerlegt die Nachricht von der Verhaftung des

Bischofs von Rimini. Drei Mönche wurden auf Grund schwerer Anschuldigungen festgenommen. Die Regierung wird durch authentische Documente die letzte Correspondenz des ‚Univers‘ widerlegen. (T. Hav.)“
(*Allgemeine Zeitung* 30.10.1859, 13)

In einem anderen Beispiel aus den gleichen Zeitungsausgaben wurden Details zur telegraphischen Übermittlung angegeben:

„Turin, le 27 octobre.

Bologne, le 26 octobre.

La nouvelle donnée par le télégraphe, et ensuite reproduite par le Journal de Rome touchant l'arrestation de l'évêque de Rimini est fausse. Il en est de même de l'assertion relative à l'émigration des prêtres des Romagnes.“
(*Journal des débats* 29.10.1859, 1)

Die Angaben zu Beginn des Textes verdeutlichen, dass die Informationen von Bologna nach Turin telegraphiert und anschließend in einer römischen Zeitung publiziert wurden. Die gleichen Details enthielt auch eine in der *Allgemeinen Zeitung* veröffentlichte Depesche, sodass es sich hier mit Sicherheit um die gleiche Depesche, jedoch übersetzt, handelte:

„Turin, 27 Oct. Bologna, 26 Oct. Die durch den Telegraphen gegebene und sodann vom Giorn. di Roma reproducirte Nachricht bezüglich der Verhaftung des Bischofs von Rimini ist falsch. Ebenso verhält es sich mit der Angabe hinsichtlich der Auswanderung der Priester der Romagna. (T. Havas.)“

(*Allgemeine Zeitung* 30.10.1859, 13)

Regelmäßig befanden sich demnach telegraphische Depeschen der Agence Havas in deutschsprachigen Zeitungen. Diese wurden von den Zeitungsredaktionen zwar publiziert, jedoch auch kritisiert, sodass der folgende Ausschnitt kein Einzelfall ist. Die beschriebene fiktive Szene in der Agence Havas spiegelt Kritik und Ironie wider, mit der die französische Agentur von deutschen Zeitungsakteuren gesehen wurde:

„(Im Bureau der Agence Havas).

Director der Anstalt. Da bekomme ich eben eine Depesche von Don Carlos aus San Pedro: ‚Großer Sieg der Karlisten. Nach 13 stündigem harten Kampfe zog sich der Feind in wilder Flucht zurück. Verlust auf unsrer

Seite: Zwei Todte und sieben Verwundete, auf Seite des Feindes, fünftausend Todte und drei Verwundete.‘ Telegraphischen Sie dies sofort an sämtliche Zeitungen.

Bureaubeamter. Sehr wohl (will gehen).

Director. Halt, noch eins! Wahrscheinlich wird gleich ein Telegramm von Serrano ankommen, welches das directe Gegentheil hier von meldet. Fassen Sie also auch bald eine Depesche in diesem Sinne ab, natürlich mit umgekehrten Angaben.

Bureaubeamter. Also wie wir’s immer machen?

Director. Jawohl, (mit Würde) damit das Gelaufe nicht immer ist. (Bengalisches Feuer; der Vorhang fällt).“

(Ulk 2.4.1874, 2)

Trotz aller Kritik fanden die Nachrichten der Agence Havas Einzug in die deutschsprachige Presse, wobei die genaue Herkunft der Nachrichten nicht immer deutlich gemacht wurde. Nicht immer wurden die Quellen konsequent genannt oder die Quellenangaben unterschieden sich, wie im folgenden Beispiel. Die beiden Depeschen weisen ähnliche Satzstrukturen und die gleiche Reihenfolge von Informationen auf, sodass daraus geschlossen werden kann, dass hier ein Nachrichtenaustausch zwischen den Agenturen stattgefunden hat. Der erste Text wurde in der französischen Zeitung *La Presse* in der Rubrik, die den Depeschen der Agence Havas gewidmet war, publiziert. Der zweite Text wurde in der *Vossischen Zeitung* unter Angabe des WTB als Quelle veröffentlicht:

„Vienne, 27 octobre.

La Gazette autrichienne annonce qu’on s’occupe activement de la création d’une commission permanente composée d’hommes indépendants, qui sera chargée du contrôle de la dette publique et de la caisse d’amortissement. Les troubles de Palerme sont comprimés.“

(*La Presse* 28.10.1859, 1)

„Wien, 27. Okt., Abends. Die heutige ‚Oesterreiche Zeitung‘ meldet, daß die Institution von unabhängigen Männern behufs Controlle der Staatsschuld und des Tilgungswesens bereits ins Leben trete. – In der Gegend von Palermo sind die ausgebrochenen Unruhen bereits unterdrückt worden.“

(*Vossische Zeitung* 29.10.1859, 10)

Die in den Kooperationsverträgen festgelegte Verteilung der telegraphischen Depeschen zeigte seine Wirkung in den entsprechenden Rubriken, wenn Nachrichten aus einer bestimmten Region immer von derselben Agentur kamen, auch wenn Informationen, die offensichtlich gleichen Ursprungs waren, teilweise unterschiedlichen Agenturen zugeschrieben wurden.

Die telegraphischen Depeschen der *Correspondance Havas*

Auch wenn die Agenturen primär für ihre telegraphischen Depeschen bekannt waren, stellte vor allem die französische Agentur Havas auch andere journalistische Texte zur Verfügung. Diese wurden gebündelt in der *Correspondance Havas* angeboten, eine Art Prä-Publikation im Zeitungsformat, aus der die abonnierten Zeitungsredaktionen die Texte beliebig übernehmen konnten. Längst nicht alle Texte wurden von den Zeitungen kopiert, vor allem nicht von den großen Blättern, die die Möglichkeit hatten, eigene Inhalte zu produzieren. Die telegraphischen Depeschen der Agence Havas wurden jedoch systematisch von den Zeitungen übernommen und unverändert publiziert.

Für die vorliegende Fragestellung ist vor allem das deutschsprachige Beiblatt interessant, in dem Havas Nachrichten aus Frankreich für deutschsprachige AbonnentInnen aufbereitete (Frédérix 1959, 22.). Einem Bericht des Polizeiministeriums zufolge wurde das Beiblatt an alle wichtigen deutschen Presseorgane geschickt.³ Diese nutzten das Angebot der Agence Havas zwar, standen ihm jedoch auch kritisch gegenüber. Die Redaktionen sahen sich gezwungen Korrekturen oder Kommentare zu publizieren, wenn die Inhalte zu tendenziös waren:

„Die zu Paris erscheinende ‚Correspondance Havas‘ häuft in einem Artikel, welcher gegenwärtig die Runde durch die Blätter macht, eine solche Reihe von Irrthümern, daß wir uns für verpflichtet halten; die öffentliche Meinung mindestens gegen ein derartiges Uebermaß gehässiger Erfindungen zu bewahren. Es wird nämlich in der erwähnten Mittheilung berichtet: 1. Satz. ‚Die Beharrlichkeit, mit welcher Oesterreich sich andauernd der Vereinigung der Donaufürstenthümer widersetzt, hat neuester Zeit eine sehr energische Antwort von Seite der russischen Regierung hervorgerufen.‘ Die an-

³ „Renseignements sur l’Office de Correspondance Havas“ (F18 427), Französisches Nationalarchiv, Pierrefitte-sur-Seine.

gebliche kais. russ. Note oder ‚Antwort‘ ist eine Erfindung der ‚Correspondance Havas‘. [...]“ (Augsburger Postzeitung 16.3.1857, 2)

Trotz des offensichtlichen Missmutes der Redaktionen wurden die angebotenen Inhalte übernommen und publiziert. Problematisch waren vor allem fehlende Angaben zu genauen Quellen, wie im folgenden Textauszug geklagt wurde:

„Wie vorauszusehen war, stehen die Nachrichten, welche von der ‚Correspondance Havas‘, die man schlechtweg als officöses Organ der spanischen Gesandtschaft in Paris bezeichnen kann, in Frankreich und Deutschland verbreitet werden, im direkten Gegensatze zu den Daten, die auf anderem Wege die spanische Grenze passieren. Leider sind die deutschen Telegraphenbureaux nicht ehrlich genug, um immer die Quelle ihrer Pariser Nachrichten anzugeben und es lassen sich daher viele, welche nicht wissen, daß die Informationen der ‚Correspondance Havas‘ einen großen Theil der uns überlieferten Nachrichten bilden, von den düster gefärbten Mittheilungen irre leiten, welche in den betreffenden Depeschen enthalten sind. Vergleicht man das was über spanische Verhältnisse unabhängig von jener lügenhaften Nachrichtenfabrik in Paris vorliegt, mit dem, was auf brieflichem Wege zur Kenntniß des Publikums gelangt, so tritt unzweifelhaft die Thatsache hervor, daß die spanische Revolution ganz unbestreitbar an Terrain gewinnt.“ (Regensburger Tagblatt 27.9.1868, 2)

„Erfindung“ und „lügenhafte Nachrichtenfabrik“ waren nur zwei wenig schmeichelhafte Bewertungen, welche die französischsprachige Agentur von deutschsprachigen Zeitungen erhielt. Sie verdeutlichen, wie wenig die Überzeugungen und Darstellungen von den deutschsprachigen Zeitungen geteilt wurden. Dennoch wurde die *Correspondance Havas* von deutschen Zeitungen gelesen und die in ihr enthaltenen Depeschen übernommen und publiziert.

Die Korrespondenten der Nachrichtenagenturen

Die Nachrichtenagenturen waren für ihre Auslandsberichterstattung bekannt, wobei sie sich hier vor allem auf die Arbeit ihrer Korrespon-

denten in den verschiedenen Städten stützten. Diese telegraphierten die neuesten Meldungen an die Agentur, die die Depeschen anschließend an ihre KundInnen weitergab.

Die Kooperationsverträge der großen europäischen Nachrichtenagenturen sahen eine konkrete Nachrichtenverteilung vor, bei der die einzelnen Agenturen in den jeweils zugeschriebenen Gebieten Nachrichten sammeln und verbreiten durften. Verboten waren ihnen Aktivitäten auf den Territorien der anderen Agenturen. Ausnahmen stellten Korrespondenten dar, die in den Städten der Partneragenturen tätig waren, d.h. in Paris, London und Berlin. Diese fassten die Ereignisse in den Hauptstädten zusammen und filterten Nachrichten für die jeweilige Heimatagentur vor. Cramer ist der Name des Korrespondenten der preußischen Agentur in Paris (Höhne 1977, 46). Auch wenn keine Details zu seiner Person bekannt sind, wurde er stellenweise genannt, so auch im Kooperationsvertrag von 1859.⁴

Diese Korrespondenten schlossen strukturelle Nachrichtenlücken. Da sich die Agenturen vor allem auf internationale Nachrichten spezialisiert hatten, spielte die Berichterstattung aus den Städten, in denen sich die jeweiligen Agentursitze befanden, eine untergeordnete Rolle. Die Agence Havas beispielsweise belieferte ihre französischen KundInnen vor allem mit Auslandsnachrichten und einigen Mitteilungen aus der Provinz, jedoch nicht mit Neuigkeiten aus Paris. Die Hauptstadtnachrichten waren nicht Teil der Agentur-Berichterstattung, zumal die großen französischen Zeitungen ihren Sitz in Paris hatten. Die Kontakte und Zeitungsmitarbeiter vor Ort machten somit Agenturmeldungen aus Paris überflüssig. Dies machte die Präsenz Cramers in Paris notwendig, der das Material der Agence Havas filterte und die Ereignisse in Paris telegraphisch abdeckte. Abgesehen davon, dass eine französische Berichterstattung, die für französische Zeitungen bestimmt war, im 19. Jahrhundert sicherlich nicht Eingang in preußische Zeitungen gefunden hätte.

Cramer schickte die Nachrichten der Agence Havas an das WTB und war zweifelsohne ebenfalls für die regelmäßigen telegraphischen Depeschen verantwortlich, die Meldungen aus Paris

⁴ Vgl. Vertrag vom 18.07.1859 zwischen Havas, Reuters und dem WTB (5AR/411(9)), Französisches Nationalarchiv, Pierrefitte-sur-Seine.

enthielten oder die Kommentare und Zusammenfassungen der Nachrichten der Agence Havas boten. So befanden sich in den Spalten der WTB-Depeschen regelmäßig Texte aus Paris, wie die folgende Meldung zum Waffenstillstand von Villafranca. Sie stellte zwar keine wörtliche Übersetzung dar, jedoch eine Transferleistung zwischen der französischen Presse und einer deutschsprachigen Leserschaft:

„Paris, 9. Juli, Morgens. (W.T.-B.) Der heutige Moniteur theilt mit, daß der Waffenstillstand am gestrigen Tage zu Villafranca von dem Marschall Vaillant einerseits und dem Feldzeugmeister Heß andererseits unterzeichnet worden sei. Die Dauer desselben ist bis zum 15. August festgesetzt worden. Handelsschiffe ohne Unterschied der Flagge können sich während der Dauer des Waffenstillstandes im Adriatischen Meere bewegen.“
(Vossische Zeitung 10.7.1859, 2)

Auch die Meldungen, die die Agence Havas erwähnten, stammten aus der Feder des Pariser WTB-Korrespondenten:

„Paris, 3. Juli, Abends. Dem ‚Bureau Havas‘ wird aus Madrid gemeldet, daß das Ministerium beschlossen habe, dem Prinzen von Hohenzollern die Krone anzubieten. Eine Deputation, welche beauftragt ist, den Prinzen hiervon zu verständigen, wäre bereits, wie versichert wird, nach Deutschland abgereist.“
(Vossische Zeitung, 5.7.1870, 8)

Ein Vergleich der Depeschen in französischen und deutschen Zeitungen zeigt, an welchen Stellen der Pariser WTB-Korrespondent (1859 war dies Cramer) die telegraphischen Depeschen der Agence Havas filterte, bevor er sie nach Berlin schickte. Die erste der beiden folgenden Depeschen wurde in der französischen Zeitung *La Presse* abgedruckt und die zweite am Folgetag in der *Vossischen Zeitung*:

*„Algésiras, 26 octobre.
Le chargé d'affaires à Tanger de S.M. la reine d'Espagne, accompagné de tout le personnel du consulat, vient d'arriver ici.“*
(*La Presse*, 27.10.1859, 1)

„Paris, 27. Oktober. Nach einer hier eingegangenen Depesche aus Algésiras vom gestrigen Tage

war der spanische Konsul mit seinem ganzen Personal daselbst aus Tanger eingetroffen.“
(*Vossische Zeitung* 28.10.1859, 7)

Die beiden Texte enthielten die gleichen Informationen, wobei der deutsche Text um die Informationen zur „hier eingegangenen Depesche“ ergänzt wurde, ein Indiz dafür, dass der Text nicht direkt von Spanien nach Berlin telegraphiert wurde, sondern in Paris eintraf, wo Cramer ihn las, für das WTB übersetzte und um Angaben zum Übertragungsweg ergänzte. Auch wenn die Korrespondenten in den Orten der Partneragenturen nicht immer bekannt waren, hatten sie einen Einfluss auf einen Teil der telegraphischen Berichterstattung im Heimatland. So schickte Cramer nicht nur Nachrichten aus Paris, sondern entschied ebenso, welche Depeschen der Agence Havas er nach Berlin schickte und welche nicht.

Fazit

Zusammenfassend lassen sich vor allem zwei Punkte nennen, die eine neue Perspektive auf die Nachrichtenagenturen des 19. Jahrhunderts bieten: In der Regel wurden die telegraphischen Depeschen im 19. Jahrhundert in einer Rubrik zusammengeführt, die je nach Zeitung und Periode unterschiedlich benannt wurde (*Telegraphische Berichte*, *Wolff's Telegraphische Depeschen*, etc.). Der gemeinsame Rubrikname und die einheitliche Präsentation weckten den Eindruck einer einzigen Quelle oder zumindest ähnlich aufgestellter Quellen. Die aufgezeigten Beispiele und die Kategorisierung der Übersetzungsprozesse innerhalb des Nachrichtennetzwerkes verdeutlichen jedoch, wie unterschiedlich die Quellen eigentlich waren und wie unterschiedlich die vertretenen Meinungen sein konnten. So konnten sich in der Rubrik der telegraphischen Depeschen einer deutschsprachigen Zeitungsausgabe sowohl telegraphische Depeschen des WTB oder der Partneragenturen befinden als auch Texte, die von einem WTB-Mitarbeiter in Paris oder London verfasst wurden. Darüber hinaus war die Quellenangabe sehr unzuverlässig, da das WTB die Depeschen von Reuters und der Agence Havas unter seinem Namen publizieren durfte und umgekehrt.

Die Übersetzung muss daher als eigenständiges Element im Publikationsprozess der Nachrichtenagenturen aufgefasst werden. Sie kann

nicht nur als Mittel für die Transferleistung betrachtet werden, da sie einen weit größeren Einfluss auf die Berichterstattung ausübte. Die aufgestellte Kategorisierung der sprachlichen und kulturellen Übersetzungsprozesse verdeut-

licht, dass eine ganzheitliche und internationale Perspektive auf die Agenturarbeit beispielsweise die Bedeutung der Agence Havas für die deutschsprachige telegraphische Berichterstattung beleuchten kann.

Bibliographie

- Albert, P. (1984). Le Journal des connaissances utiles de Girardin (1831-1836...) ou la première réussite de la presse à bon marché. In: *Revue du Nord*, 66 (261-262), S. 733-744.
- Averbeck-Lietz, S., Bonnet, F. & Bonnet, J. (2014). Le discours épistémologique des Sciences de l'information et de la communication. Une lecture des Sic depuis la Kommunikationswissenschaft allemande. In: *Revue française des sciences de l'information et de la communication*, 4 (1). Abgerufen von <https://journals.openedition.org/rfsic/823>, Zugriff am 30.06.2019.
- Barth, V. (2011) Die Genese globaler Nachrichtenagenturen. Überlegungen zu einem Forschungsprogramm. In: *WerkstattGeschichte*, 56, S. 63-75.
- Barth, V. (2020). *Wa(h)re Fakten. Wissensproduktionen globaler Nachrichtenagenturen, 1835-1939*. Göttingen.
- Basse, D. (1991). *Wolff's Telegraphisches Bureau 1849 bis 1933. Agenturpublizistik zwischen Politik und Wirtschaft*. München.
- Bösch, F. (2011). *Mediengeschichte*. Frankfurt am Main.
- Bolz, L. (2019a). *Le journalisme au second degré. L'émergence de la dépêche télégraphique d'agence comme nouveau format d'écriture dans la presse française et allemande du XIXe siècle (1849-1870)*. Diss. Paris.
- Bolz, L. (2019b). *Die Wissenschaft(en) der Kommunikation*. Paris. Abgerufen von <https://kowisic.hypotheses.org/36>, Zugriff am 08.01.2020.
- Compagnon, A. (1979). *La Seconde main ou le travail de la citation*. Paris.
- Frédéric, P. (1959). *De l'agence d'information Havas à l'Agence France Presse. Un siècle de chasse aux Nouvelles*. Paris.
- Giol, C. (2011). „Magasins“, lectures familiales et conseils pratiques: la presse pratique généraliste. In: Kalifa, D., Régnier, P., Thérenty, M.-È. & Vaillant, A. (Hg.), *La Civilisation du journal. Histoire culturelle et littéraire de la presse française au XIXe siècle*. Paris, S. 573-581.
- Höhne, H. (1977). *Report über Nachrichtenagenturen. Die Geschichte der Nachricht und ihrer Verbreiter*. Band 2. Baden-Baden.
- Jeanneret, Y. & Olliver, B. (2004). Introduction. Les Sic en perspective. In: *Hermès*, 38 (1), S. 86-88.
- Lefebure, A. (1992). *Havas. Les arcanes du pouvoir*. Paris.
- Lindau, P. (1916). *Nur Erinnerungen*. Stuttgart, Berlin.
- Hatin, E. (1866). *Bibliographie historique et critique de la presse périodique française ou Catalogue systématique et raisonné de tous les écrits périodiques de quelque valeur publiés ou ayant circulé en France depuis l'origine du journal jusqu'à nos jours*. Paris.
- Palmer, M. (2011). L'histoire comparée des medias. La comparaison peut-elle être raison? In: *Le Temps des Médias*, 9 (1), S. 257-266.
- Palmer, M. (2014). *Naissance du journalisme comme industrie. Des petits journaux aux grandes agences*. Paris.
- Silberstein-Loeb, J. (2014). *The International Distribution of News. The Associated Press, Press Association and Reuters, 1848-1947*. New York.

- Tworek, H. J. S. (2019). *News from Germany. The Competition to Control World Communications 1900-1945*. Cambridge/MA.
- Wehle, J. H. (1883). *Die Zeitung. Ihre Organisation und Technik*. Wien.
- Werner, M. & Zimmermann, B. (2002). Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der *Histoire croisée* und die Herausforderung des Transnationalen. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 28 (4), S. 607-636.
- Wilke, J. (1986). Auslandsberichterstattung und internationaler Nachrichtenfluss im Wandel. In: *Publizistik*, 31 (1-2), S. 53-90.
- Wilke, J. (2004). Die Telegraphischen Depeschen des WTB. In: *Publizistik*, 49 (2), S. 125-151.

Quellenverzeichnis

- Allgemeine Zeitung*, Ausgabe vom 30.10.1859 (ZDB-ID 243901-3).
- Augsburger Postzeitung*, Ausgabe vom 16.3.1857 (ZDB-ID 353510-1).
- Journal des débats politiques et littéraires*, Ausgabe vom 29.10.1859 (ZDB-ID 125688-9).
- La Presse*, Ausgabe vom 27.10.1859 (ZDB-ID 233515-3).
- La Presse*, Ausgabe vom 28.10.1859 (ZDB-ID 233515-3).
- Regensburger Tagblatt*, Ausgabe vom 27.9.1868 (ZDB-ID 622773-9).
- Ulk*, Ausgabe vom 2.4.1874 (ZDB-ID 990609-5).
- Vossische Zeitung*, Ausgabe vom 10.7.1859 (ZDB-ID 748892-0).
- Vossische Zeitung*, Ausgabe vom 28.10.1859 (ZDB-ID 748892-0).
- Vossische Zeitung*, Ausgabe vom 29.10.1859 (ZDB-ID 748892-0).
- Vossische Zeitung*, Ausgabe vom 5.7.1870 (ZDB-ID 748892-0).

LISA BOLZ,

Dr., studierte Kommunikationswissenschaft, Wissenschaftsgeschichte und Transcultural Studies in Münster, Rom, Heidelberg, Berlin und Paris. Sie hat an den Universitäten Paris-Sorbonne und Münster zum journalistischen Format der telegraphischen Agenturdepesche und zu internationalen Nachrichtenflüssen im 19. Jahrhundert promoviert. Von 2014 bis 2017 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut Paris tätig, 2017 war sie Gastwissenschaftlerin an der Stanford University und seit 2018 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am kommunikationswissenschaftlichen Institut (CELSA) der Universität Paris-Sorbonne. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Journalismusforschung, Pressegeschichte, transkulturelle Kommunikation sowie digitale Forschungsmethoden.

Gegen „Schmutz und Schund“ in populärer Jugendliteratur

Reaktionen der LehrerInnenschaft auf den Medienwandel um 1900

Carmen Schaeffer
Berlin

Abstract

Dieser Beitrag erweitert den Forschungsstand zur Schmutz- und Schunddebatte am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert um eine genuin kommunikationswissenschaftliche Betrachtung. Die Expansion populärer Literatur um 1900 ging mit intensiven Diskussionen einher, an denen sich auch LehrerInnen rege beteiligten. Geleitet vom Medialisierungsansatz wird mithilfe eines kommunikationswissenschaftlichen Fokus erfasst, inwiefern die LehrerInnenschaft von der Ausdifferenzierung des Mediensystems beeinflusst wurde. Im Mittelpunkt steht die Frage nach den Reaktionen der LehrerInnenschaft auf populäre Jugendliteratur und ihren Beweggründen. Hauptmotiv des Schundkampfes war, dass LehrerInnen die Literatur als neuen Konkurrenten in der Definition und Vermittlung grundlegender Normen und Werte betrachteten und daher ihre eigene gesellschaftliche Stellung in Zeiten von Schulreformen bedroht sahen und sichern mussten. Strategien wurden den sich verändernden Medienstrukturen angepasst und forcierten vorrangig Aufklärungsarbeit, die Erschließung geduldeteter Schriften sowie repressive (medienpolitische) Maßnahmen.

Mit dem „Medienboom des späten 19. Jahrhunderts“ (Bösch 2006, 27) expandierte auch der populäre Buchmarkt. Die Auseinandersetzung mit der Popularisierung von Kinder- und Jugendliteratur entfachte einen Kampf gegen „Schmutz und Schund“ (Jäger 1988). Der Schundkampf ging von staatlichen Regierungs- und Verwaltungsstellen, kirchlichen Organisationen, verschiedensten Vereinen, Bürgerinitiativen, dem Elternhaus sowie von Schulbehörden und LehrerInnenvereinen aus (Jäger 1988, 178). Im Fokus dieses Beitrags steht die LehrerInnenschaft und die *Medialisierung* ihrer Diskussionen über die Umwälzungen im populären Literaturmarkt um 1900. Der Erkenntnisperspektive des Medialisierungsansatzes folgend geht der Beitrag davon aus, dass der Schundkampf der LehrerInnenschaft nur verstanden werden kann, wenn man sich die Akteure selbst, deren Interessen, Kommunikationsbedingungen und Ressourcen, genauer anschaut und außerdem den Bedeutungszuwachs von medial vermittelter Kommunikation berücksichtigt (Meyen, Thieroff & Strenger 2014, 282). Medienkritik kann in diesem Sinne als

Reaktion auf die Realitätskonstruktion der Massenmedien *und* gesellschaftlichen Wandel verstanden werden. Dieser Beitrag soll beantworten, ob sich solche Medialisierungsannahmen schon in der Frühphase des sich ausdifferenzierenden Massenmediensystems auf das Bildungssystem anwenden lassen.

Dieser Beitrag möchte das Engagement erklären, mit dem sich LehrerInnen um 1900 einen relevanten Status in der Jugendschriftenkritik sicherten. Der Medialisierungsansatz führt zur Vermutung, dass es nicht allein pädagogische und ästhetische Anliegen waren, die sie dazu brachten, sich mit populärer Jugendliteratur zu befassen. Konkret verfolgt wird die Forschungsfrage: Inwiefern wurden Zusammenschlüsse der LehrerInnenschaft um 1900 von der Expansion populärer Kinder- und Jugendliteratur beeinflusst und wie reagierten sie darauf? Bisher hat die Forschung die in die Öffentlichkeit getragene Debatte um Schundliteratur hauptsächlich unter kunsterzieherischen Aspekten untersucht und sich mit der ästhetischen Seite der Literatur sowie dem Konsumverhalten der Massen beschäftigt. Kommunikationswissenschaftliche

Aspekte wie Medienwirkungsannahmen und strategisches Handeln aufgrund von öffentlicher publizistischer Kommunikation wurden in der Forschung zu Schmutz und Schund bisher nur unzureichend untersucht.

Theoretisch-historischer Hintergrund

Medialisierung wird mit Michael Meyen (2009, 23) definiert als

„Reaktionen in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen [...], die sich entweder auf den Strukturwandel des Mediensystems beziehen oder auf den generellen Bedeutungszuwachs medial vermittelter öffentlicher Kommunikation.“

Diese Konzeptualisierung setzt voraus, dass Akteure an Medienwirkungen erster Ordnung glauben, Öffentlichkeit zunehmende Bedeutung zuschreiben und ihre Strategien, Ressourcen und Programme sowohl bewusst als auch unbewusst der beobachteten Medienlogik anpassen (Meyen, Thieroff & Strenger 2014, 283). Der Medialisierungsansatz wird in der Literatur in der Regel nur auf aktuelle publizistische Massenmedien bezogen (Meyen 2009). Aus den Überlegungen Meyens (2009) kann jedoch gefolgert werden, dass Medienlogik die Art der Realitätskonstruktion ist, die aus dem Mediensystem als Ganzes hervorgeht und nicht nur aus einzelnen Medientypen. Da auch Literatur Realitätsvorstellungen verbreitet, sollte nichts dagegen sprechen, auch dieses nicht-aktuelle Medium miteinzubeziehen, wenn man sich für die Vorstellungen, die von Realität vermittelt werden, interessiert.

Reaktionen auf Medienwandel orientieren sich entweder an den Erfolgsbedingungen der Medien oder wehren diese ab. Gesellschaftliche Akteure bearbeiten einen Medienwandel durch die Änderung von Strategien, Umschichtung von Ressourcen und das Umschreiben von Programmen. Unter anderem weisen die Entwicklung eigener Medien, die Einführung von Pressestrategien und Öffentlichkeitsarbeit, die Durchführung von Medientraining und Veranstaltungen sowie Regeländerungen auf Medialisierungsprozesse hin (Meyen, Thieroff & Strenger 2014, 282f). Außerdem wird vorausgesetzt, dass alle gesellschaftlichen Teilsysteme, wenn auch in unterschiedlichem Maße, auf massenmedial hergestellte Öffentlichkeit angewiesen sind, um eigene

Interessen zu vertreten, sich zu legitimieren, aber auch, um schädliche Medienberichterstattung zu verhindern (ebd., 282). Ausgehend von diesem Theorieverständnis sind die Reaktionen der LehrerInnenschaft nicht kausal zu denken, sondern es müssen auch andere gesellschaftliche Wandlungsprozesse mitgedacht werden, um deren Medienkritik zu verstehen (Meyen 2009). Der Schundkampf der LehrerInnenschaft um 1900 steht nämlich im Kontext sowohl medienhistorischer als auch soziokultureller Rahmenbedingungen und deren Ausprägung. Im Folgenden werden erst einmal prägende Entwicklungen im Mediensystem und Bildungssystem während des Untersuchungszeitraums skizziert.

Der Medienwandel um 1900

Die Historiker Frank Bösch und Norbert Frei (2006, 8) stellen für das späte 19. Jahrhundert einen wesentlichen Wandel des Medienangebots fest, der das Alltagsleben umstrukturierte und „die sozialen Beziehungen und Selbstdeutungen der Gesellschaft veränderte“ (Bösch & Frei 2006, 8). Angetrieben durch allgemeine übergreifende Entwicklungen, insbesondere Industrialisierung, Urbanisierung und gesellschaftliche Liberalisierung, kam es zu einer Expansion des Pressewesens: Zeitungen und Zeitschriften wurden in höheren Auflagen publiziert, erschienen regelmäßiger, deckten vielfältigere Themen umfassender ab, erreichten größere Reichweiten und fanden durch sinkende Verkaufspreise und neue Formate weitreichende Verbreitung (Stöber 2005). Die einsetzende funktionale Ausdifferenzierung des Mediensystems schaffte die Voraussetzung für eine moderne Öffentlichkeit, die Meinungsbildung demokratisieren aber auch lenken kann (ebd., 319). Mit den Entwicklungen im Mediensystem gingen also auch Machtverschiebungen einher. Die massenhafte Verbreitung von Printmedien setzte eine Fundamentalpolitisierung in Gang, die eine Herausbildung partizipatorischer Strukturen zu begünstigen schien. Das Pressewesen, ausgehend von repressiver Presselenkung und -politik im 19. Jahrhundert, wurde allmählich liberaler und ist in der Weimarer Zeit unter Einbeziehung gesellschaftlicher Stimmen kontrovers diskutiert worden (Bösch & Frei 2006, 7).

Die Faktoren, die die Massenpresse beeinflussten, wirkten sich auch auf den Buchmarkt aus: Technische Neuerungen vergünstigten den Druck, erlaubten höhere Erscheinungszahlen und veränderten den

Buchmarkt um 1900 somit fundamental (Wilkening 2001, 229). Soziale Faktoren wie die Alphabetisierung, das Bevölkerungswachstum und die Entstehung von Großstädten, die einen leichteren Vertrieb förderten, machten Literatur populärer und zugänglicher denn je. Auch die steigende Anzahl der Verlagshäuser ist ein Zeichen für ein expandierendes Literaturwesen. Inhaltlich verschoben sich die Konstruktionsregeln von Kinder- und Jugendliteratur stark in Richtung Unterhaltung und Profit (Zimmermann 1990, 9-13). VerlegerInnen erkannten ein neues Geschäftspotenzial in den alphabetisierten und neuen urbanen Massen, adressierten neue Leserkreise und bemühten sich durch neue Konzepte um Leserbindung (Fullerton 1977, 276). Am erfolgreichsten war der Kolportageroman, der einen Massenmarkt für Bücher, insbesondere Unterhaltungslektüre, generierte und eine moderne Ära von Populärkultur in Deutschland einläutete. Generell wurde Literatur mit dem Medienwandel offen für ein klassen- und schichtenübergreifendes Publikum (Wilkening 2001, 225, 230). Denn bis in die 1860er-Jahre hatte insbesondere die deutsche Unterschicht nur begrenzten Kontakt mit Literatur (Fullerton 1977, 265).

Das Bildungssystem um 1900

Nicht zuletzt durch die Einführung der Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahr, die 1870 eingeführt und rigoros umgesetzt wurde, erlebte das Bildungssystem eine Erfolgsgeschichte. Ab 1872 wurde die Schulinspektion durch die Kirche aufgehoben und die Schule der staatlichen Aufsicht unterstellt sowie vom Obrigkeitsstaat mit Volkserziehung beauftragt (Wehler 1995, 1193f). Die LehrerInnenschaft fühlte sich für die Sittlichkeit und Bildung des Volkes verantwortlich und versuchte, Wertmaßstäbe, Menschenbild und damit letztlich ihr Weltbild, das heißt ihre Wirklichkeitsdefinition gesamtgesellschaftlich durchzusetzen (Jäger 1988, 176). In einer Epoche der Volksbildung, die die Erziehung der Masse zum Volk einer starken Nation anstrebte, konnten sie sich als unentbehrliche Kulturträger fühlen und entsprechende Würdigung erwarten (Maase 2001, 301 & 306). Die Volksschule war die mit Abstand meistbesuchte Bildungseinrichtung der Zeit und verfolgte ein paternalistisch-pädagogisches Konzept geistiger Fürsorge zur Erziehung des einfachen Volkes (Wehler 1977, 291).

Um 1900 entwickelten sich zahlreiche Ansätze

zur Erneuerung von Schule und Erziehung. Somit wird die Staatsschule Gegenstand der Kritik, denn die zeitgenössische Schulkritik war auch immer eine Kritik am professionellen Selbstverständnis der LehrerInnenschaft (Dudek 1990, 65, 67). Ende 1871 gründete sich der überkonfessionelle „Deutscher Lehrerverein“, der bis in die Wilhelminische Zeit ein großer Interessenverband wurde, dem schließlich alle einzelstaatlichen Vereinigungen beitraten. Er repräsentierte seit 1908 gut drei Viertel aller Lehrkräfte. Lange litt die soziale Stellung der LehrerInnenschaft unter Einschränkungen. Zwischen den Jahren 1885 und 1900 hatte sich ihr Status im öffentlichen Dienst jedoch verbessert, Gehaltsanhebungen und Aufstiegsverbesserungen konnten durchgesetzt werden. Auch in Bezug auf volkserzieherische Kulturarbeit engagierte sich die LehrerInnenschaft, was mit ihrer beruflichen Nähe zur Thematik zu erklären ist (Wehler 1995, 1195-1200).

Jugendschriftenbewegung und LehrerInnenschaft

Die Bezeichnung „Schmutz und Schund“ kam als Schlagwort nach 1900 auf und wurde von ZeitgenossInnen unterschiedlich ausgelegt. Folgt man der damaligen Definition des Soziologen Ernst Schultze (1909), beschreibt „Schmutz“ Bücher, die die Sexualmoral gefährden, und „Schund“ die Literatur, die allgemein unsittlich ist und zu günstigen Preisen verkauft wurde (Schultze 1909, 7-8). Die Vorwürfe reichten von mangelnder Tendenzfreiheit bis hin zu unzureichender konfessioneller Ausrichtung von Medieninhalten, vom Hervorrufen materialistischen Gedankenguts und Volksverfremdung über Verbreitung von Verbrechen und Geschlechtskrankheiten bis hin zur irreversiblen Schädigung (Kolffhaus 1994, 142). Mit dem Ziel, die Jugend vor Schmutz und Schund in Massenmedien zu schützen, war die Jugendschriftenbewegung eng mit liberalen Volksbildungsmotiven und der Politisierung der Jugend verbunden.

Mit Jugendschriftenbewegung ist im Folgenden die organisierte Jugendschriftenkritik der LehrerInnenschaft gemeint. 1893 gründete sich der überregionale Verband „Vereinigte Deutsche Prüfungsausschüsse für Jugendschriften“ (VDPf), der der führende und größte Dachverband der LehrerInnenschaft im Schundkampf war. Die Mitglieder verstanden ihr Engagement als erforderliche Reaktion auf die Verbreitung populärer Jugendliteratur (Maase 2001, 294-299). Die er-

sten Jugendschriften-Ausschüsse und -Kommissionen bildeten sich ab 1871 an verschiedenen Orten im Deutschen Kaiserreich (Zimmermann 1990, 7). Die Debatten um „Schmutz und Schund“ verschärfen sich nach der Jahrhundertwende (Maase 2002, 3) und fanden 1926 einen Höhepunkt im Erlass des „Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“. Das Gesetz zeigt, dass akzeptiert wurde, dass Populärliteratur in die Gesellschaft eingedrungen ist, und daher auch reguliert werden muss.

Einfluss des Medienwandels auf die LehrerInnenschaft

Neben dem Bildungsauftrag sah es die LehrerInnenschaft als ihr primäres pädagogisches Ziel, Weltanschauungen, Moral und Werte an ihre SchülerInnenschaft zu vermitteln (Samuleit 1910, 23f). In einer Zeit, in der Pädagogik reformiert wurde, wollten und sollten sie die gesamte ästhetische Bildung und Entwicklung mitbeeinflussen. Mit dem Medienwandel musste die LehrerInnenschaft jedoch mitansehen, wie Verlagshäuser und AutorInnen erfolgreich in die Freizeitgestaltung der Kinder eingriffen und dabei eigene Realitäten konstruierten (von Borstel 1896, 14). Populärliteratur wurde das Potenzial zugeschrieben, sich sowohl auf die individuelle Entwicklung als auch auf die Gesellschaft im Ganzen auszuwirken und somit Einfluss auf die pädagogische Arbeit der LehrerInnenschaft auszuüben (Wiegand 1912, 90; Samuleit 1922, 10). Die Unterhaltungsindustrie, mit ihren eigenen auf wirtschaftlichen Interessen basierenden Wertmaßstäben, schob sich erstmals zwischen LehrerInnenschaft und Jugend. Das führte dazu, dass LehrerInnen sich in ihrem Einfluss auf die sozialmoralische Erziehung ihrer SchülerInnen und damit ihre Stellung in der Gesellschaft bedroht sahen. Und das, obwohl die LehrerInnenschaft, seit 1872 der Aufsicht der Kirche entzogen und vom Obrigkeitsstaat mit Volkserziehung beauftragt, eigentlich mehr Macht erlangte und dem Anspruch gerecht werden wollte, mehr als nur Lesen, Rechnen und Schreiben beizubringen. Im Schundkampf sahen LehrerInnen einen probaten Weg, die eigene Position aufzuwerten und zu (re-)produzieren.

Ihre Medienwirkungsannahmen basierten vorwiegend auf einer schädlichen, fast schon dystopischen Bewertung. In den Augen der LehrerInnenschaft handelte es sich bei populärer Jugendliteratur um 1900 größtenteils um Schund in einem bisher noch nie dagewesenen

Ausmaß (Wolgast 1910, 253). Die Schundliteratur wird u.a. bezeichnet als „Jugend- und Volksschädling“ (Brunckhorst 1922, 23), „Elend“ und „Pest“ (Wolgast 1896, 4) sowie „verderbliche[r] Trank“ (o.V. o.J., Flugschrift, StAD) und „Gift“ (ebd.). Angesichts der Veränderungen im Mediensystem und dem steigenden Literaturkonsum wurde es so zu ihrer „Ehrenpflicht“ (Ziegler 1893, 21), die literarische Bildung der Jugendlichen sicherzustellen und sich für die „ideellen Güter der Jugend“ (ebd.) einzusetzen. Man hat angenommen, dass die Gesellschaft literarische Ansprüche nicht ernst genug nehme und infolgedessen den erzieherischen Einfluss von Literatur unterschätze (Wolgast 1896, 56). Aus diesem Grund organisierten sich LehrerInnen in Ausschüssen und Verbänden, um die Wirkkraft einzelner Schundkämpfer zu erhöhen und der Populärliteratur einen starken Gegenspieler entgegenzustellen (ebd., 159). Dieser Befund deckt sich mit der Annahme, dass sich Akteure unbewusst oder bewusst der Medienlogik anpassen, wenn sie an Medienwirkungen erster Ordnung glauben und den Eindruck haben, dass eigene Interessen nicht ausreichend in der Öffentlichkeit repräsentiert werden. Betrachtet man bspw. die Entwicklung der Mitgliedsausschüsse der VDPfJ, so zeigt sich ein steigendes und reges Interesse der LehrerInnenschaft an der Prüfung von Jugendschriften. Während der Verband 1893 elf Ausschüsse zählte, verdichtete sich das Netz bis 1927 auf 207 (Azegami 1996, 15). Mit dem vermehrten Aufkommen von populärer Jugendliteratur ist also auch eine steigende Organisierung der LehrerInnenschaft erkennbar. Trotzdem war der Schundkampf für die allgemeinen Berufsverbände lediglich ein Aspekt ihrer Arbeit. Einen ebenso hohen oder sogar höheren Stellenwert hatten spezifisch berufsrelevante Themen wie u.a. Gehaltsfragen, das Schulsystem und die Akademisierung des Lehrpersonals.

Der Schundkampf der LehrerInnenschaft

Historisches Untersuchungsdesign und Quellen

Gemäß dem Erkenntnisinteresse, die öffentliche Diskussion sowie die Reaktionen von LehrerInnenverbänden auf die Ausdifferenzierung des Mediensystems um 1900 zu erklären, wurde eine qualitative kategoriengeleitete Inhaltsana-

HAUPTKATEGORIE	SUBKATEGORIE
Zusammenschlüsse der LehrerInnenschaft	Kommunikationsbedingungen und -probleme (Medienwirkungenannahmen, eigene öffentliche Sichtbarkeit, Kommunikationsinteressen und -ziele) Strategien zur Bearbeitung des Medienwandels Ressourcen
Mediensystemkontext: Populäre Jugendliteratur	Themenselektion, Interpretationsmuster, Präsentationsformen Literarisches Selbstverständnis Organisatorische und technische Medienstrukturen
Akteurkonstellationen	Beobachtungs-, Beeinflussungs-, Verhandlungskonstellationen
Gesellschaftliche Handlungsorientierungen im Bildungsbereich	Erwartungsstrukturen, Deutungsstrukturen, Verteilungsmuster

Tab. 1: Kategoriensystem

lyse durchgeführt (Meyen, Löblich, Pfaff-Rüdiger & Riesmeyer 2011). Die systematisierten theoretisch-historischen Überlegungen und Erkenntnisse bilden die Grundlage des Kategoriensystems, das die Untersuchung anleitet und die zu untersuchenden Merkmale bestimmt: Zusammenschlüsse der LehrerInnenschaft, Mediensystemkontext, Akteurskonstellationen und gesellschaftliche Handlungsorientierungen im Bildungsbereich. Die Kommunikationsbedingungen und -probleme der LehrerInnenschaft sowie deren Ressourcen sind wesentlich, da sie auf den Zugang zu öffentlicher Aufmerksamkeit und Legitimation hinweisen. Die Kategorie Mediensystemkontext erfasst die Faktoren, die die Konstruktion von Jugendliteratur beeinflussten und dazu beitrugen, sie zum Gegenstand der Kritik zu machen. Akteurskonstellationen geben Aufschluss über das soziale Einflusspotential der LehrerInnenschaft sowie die Abhängigkeit von den Intentionen und der Macht anderer Akteure. Auch lassen sich die Reaktionen nicht ohne die gesellschaftlichen Strukturen, in die das Handeln eingebettet ist, erklären. Sie geben Aufschluss über die Handlungsspielräume und Kontexte, an denen sich das Engagement orientiert und helfen zu klären, wieso gewisse Ziele verfolgt werden (können).

Empirisch beruht die Studie auf einer qualitativen Inhaltsanalyse von Primärquellen der maßgeblichen Akteure aus der LehrerInnenschaft im Untersuchungszeitraum: Flugschriften, pädagogische Fachzeitschriften (z.B. die *Pädago-*

gische Zeitung, Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins, oder die *Allgemeine Lehrerzeitung*, Periodikum des allgemeinen Lehrerverbands), Diskussionsorgane der schundbekämpfenden LehrerInnenschaft (z.B. die *Jugendschriften-Warte*), Verzeichnisse empfehlenswerter Jugendliteratur sowie Aufsätze, Vorträge und Monografien zur Jugendschriftenfrage. In diesen Organen wurden Interessen nach innen und außen getragen und man versuchte, sich als legitime Volkserziehungsververtretung gegenüber dem Populärliteraturmarkt, Eltern und dem Staat zu profilieren. Auch archivalische Dokumente wie Organigramme, Mitgliederstatistiken, Satzungen, Arbeitsanweisungen, Schulprogramme, Rechtsgrundlagen und Sitzungsprotokolle sowie Briefe und Transkripte wurden analysiert, um die Kontexte, in die die Strategien einzuordnen sind, rekonstruieren zu können. Die theorie- und empiriegeleitete Auswahl der Quellen orientierte sich an folgenden Selektionskriterien:

- Der *Untersuchungszeitraum* ergibt sich aus der medialen Entwicklung. Er umfasst den Beginn des ersten „Medialisierungsschubs“ (Meyen 2009, 25) um 1885 und endet mit der Erlassung des „Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“ im Jahr 1926.
- *Zentralität*. Da der Medialisierungsansatz der öffentlichen Sichtbarkeit eine relevante Rolle im Handeln von Akteuren zuschreibt, wurden nur Texte einbezogen, die die Debatte um populäre Literatur maßgeblich prägten.¹

¹ Die hier verwendete Akteursdefinition klammert alle Personen der LehrerInnenschaft aus, die lediglich Medienkritik

betrieben, ohne sich in LehrerInnenzusammenschlüssen zu engagieren. Die Entscheidung neben Verbänden, die sich ex-

Indizien für Zentralität sind hohe Verbreitung, viele RezipientInnen, Publikation in zentralen Medien oder führende Personen als Adressat.²

- Das Kriterium *Vielfalt* stellt schließlich sicher, dass ein breites Spektrum an Deutungshorizonten und Strategien abgedeckt wird sowie eine Vielzahl an unterschiedlichen Quellen in die Untersuchung einfließt.

Insgesamt wurden 50 Akten aus dem Stadtarchiv Düsseldorf, dem Landesarchiv Berlin, dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz und dem Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung gesichtet, von denen nicht alle in diesen Beitrag einfließen können. Die Berliner Archive haben sich aufgrund der Nähe zum Reichstag und der Staatsspitze angeboten. Wenn es darum geht, das Bildungssystem zu ändern, andere Regelungen zu erwirken oder ganz konkret Gesetze für Medien zu ändern, war der Weg für die engagierte LehrerInnenschaft hier am kürzesten. An der Archivauswahl kann der Fokus auf Berlin als einseitig kritisiert werden. Dennoch lassen sich Tendenzen für das ganze Reich ableiten, da zumindest im Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung und im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz landesweites Archivgut zusammengelaufen ist. Trotzdem war der Zugang zu den historischen Quellen von Bestandslücken und ihrer Verfügbarkeit geprägt. Nur ein Bruchteil der Publikationen ist digitalisiert und Material wie Flugschriften schlecht überliefert. Jedoch hat der Standort Berlin den Vorteil, dass insbesondere die Staatsbibliothek zu Berlin und das Institut für Bildungsgeschichtliche Forschung über einen großen und weitestgehend vollständigen Bestand an Buchpublikationen und Zeitschriften verfügen. Weiter wurde auf vorhandene wissenschaftliche Literatur zurückgegriffen, um die historische Situation und Interpretationskontexte zu rekonstruieren. Alle Quellen wurden mithilfe des Kategoriensystems ausgewertet. Nach einer thematischen Strukturierung wurden relevante Funde in Kontext gesetzt und aufeinander bezogen, um Einflussindikatoren zu identifizieren.

pliziert mit der Jugendschriftenkritik auseinandersetzen, auch allgemeine LehrerInnenverbände zu untersuchen, wurde getroffen, um ablesen zu können, ob der Einfluss des Medienwandels auf die LehrerInnenschaft generell oder nur in eigens dafür gegründeten Zusammenschlüssen diskutiert wurde.

² Voraussetzung war, dass der/die VerfasserIn eindeutig einem Zusammenschluss der LehrerInnenschaft zuzuordnen

Aufklärungsarbeit

LehrerInnen machten mangelnde Medienkompetenz für die Verbreitung von Schundliteratur verantwortlich und setzten daher auf Aufklärungsarbeit und literarische Erziehung. Jugendliteratur wurde gesichtet (Schütze 1894, 21), die Ergebnisse gesammelt und in Verzeichnissen festgehalten (Brunckhorst 1922, 23). Die „Verzeichnisse empfehlenswerter Jugendschriften“ sollten beim Buchkauf beraten und wurden unentgeltlich über Schulen und Buchhandlungen verteilt, aber auch in vielen Fachzeitschriften und Tageszeitungen abgedruckt. Unter Berücksichtigung des allgemeinen Kaufverhaltens wurden insbesondere vor Weihnachten spezielle Verzeichnisse herausgegeben (ebd.). Schaut man sich die Verbreitung der Verzeichnisse der VDPf an, so zeigt sich eine steigende Tendenz. Im Jahr 1898 wurden 85.000 Weihnachtsverzeichnisse im deutschsprachigen Raum verteilt, 1903 waren es bereits 400.000. Zehn Jahre später sollen insgesamt zwei Millionen Weihnachtsverzeichnisse im Umlauf gewesen sein. Dabei berücksichtigen diese Zahlen nicht den Abdruck in Zeitungen (Wolgast 1899a, 7; Senger 1904, 20; Brunckhorst 1922, 23).

Es ist auffällig, dass die Jugendschriftenbeurteilung mit der Zeit unabweisbare Relevanz erreichte und für andere Akteure richtungweisend war. Zeitungen erfragten bei LehrerInnenvereinen, welche Bücher sie empfehlen könnten (Hamburger 06.11.1912). Auch der Buchhandel kam den Prüfungsausschüssen entgegen, indem viele Geschäfte empfohlene Bücher vorrätig hatten und die Verzeichnisse ihren Katalogen beilegte (Senger 1904, 20). Besonders Eltern und ihre Kinder wurden direkt adressiert. Auf Veranstaltungen wurde nicht nur empfehlenswerte Literatur ausgestellt und aus ihr vorgelesen, sondern auch Vorträge über das Wesen und die Wirkung von Schundliteratur gehalten (Wolgast 1906, 74). Dort sollte die Möglichkeit geboten werden, sich positive Lesegewohnheiten anzueignen (Brunckhorst 1922, 26). Die Organisation von Veranstaltungen ist ein Indiz für Medialisierung. Da das Wirkungspotenzial von Ausstellungen früh erkannt wurde, bemühten

ist. Diese Zuordnung war nicht immer leicht, da Informationen zu Einzelpersonen teilweise schwer auffindbar waren und nur durch weitere Quellensichtung bestätigt werden konnten. Nichtsdestotrotz stellt diese Herangehensweise sicher, dass die einflussreichsten Personen und Zusammenschlüsse in die Studie miteinbezogen werden konnten.

sich die Verbände darum, dass sie in möglichst vielen Städten veranstaltet wurden (Wolgast 1906, 74). Um den Verkauf der ausgestellten Bücher zu erleichtern, sollten BuchhändlerInnen dafür Sorge tragen, diese Bücher vorrätig zu haben und der Kundschaft direkt zu empfehlen (Wiegand 1912, 95). Besonders nach der Jahrhundertwende erlebten die Ausstellungen einen Aufschwung. Während diese bis dahin vorwiegend in der Weihnachtszeit stattfanden, wurden sie von nun an das ganze Jahr über veranstaltet, so bspw. im Rahmen von „künstlerischen Sonntags-Unterhaltungen“ für die Arbeiterschaft (Brunckhorst 1922, 26, 35). Diese Veranstaltungen wurden häufig von staatlichen und Schul- und Gemeindebehörden unterstützt, indem sie geeignete Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung stellten (Schmitz 02.12.1912) oder finanzielle Hilfe leisteten (Kessler & Wehner 14.01.1910). Die LehrerInnenschaft profitierte dabei davon, dass Jugendschutz zu einem staatlichen Anliegen wurde.

LehrerInnen forderten außerdem eine Reform des Leseunterrichts. Ernst Linde³ war der Auffassung, dass „durch Einfügung besonderer Vorlesestunden in den Stundenplan ein lange verschuldetes Versäumnis“ (Linde 1903, 16) der Schule nachgeholt werden könne. Auch für Heinrich Wolgast⁴ ist in der ganzen Jugendschriftenbewegung „nichts dringender als eine Reform der von der Schule geleiteten oder unterstützten Jugendlektüre“ (Wolgast 1910, V). Den bisherigen Unterrichtspraktiken wurde vorgeworfen, die Jugend nicht daran zu gewöhnen, wertvolle Literatur zu lesen (Schriftleiter 1921, 45). Durch mangelhaften Literaturunterricht würden Kinder den Unterhaltungsschriften wehrlos ausgesetzt (Wolgast 1896, 7). Auf dem internationalen Kongress für Moralpädagogik im September 1908 forderte Wolgast, dass, um das Hauptziel des Leseunterrichts – die Fähigkeit und Neigung, gute Bücher zu lesen – erfüllen zu können, die Schule den Kindern die freie Wahl der Lektüre nach der individuellen Neigung erlauben muss (Wolgast 1922, 254). Die Forderungen nach einer Umstrukturierung des Lehrplans und der Didaktik sind in einer Zeit der Schulreform nicht gerade verwunderlich und lassen sich daher nicht allein auf einen Medienwandel zurückführen. Neben einer Reform des Unterrichts forderten die Prü-

fungsausschüsse wiederholt eine Reform der LehrerInnenausbildung:

„Nur wenn eine hohe literarische Bildung für den Lehrer gefordert und erreicht wird, kann ein Fortschritt in der literarischen Kultur unseres [sic!] Volkes erzielt werden.“
(Brunckhorst 1922, 35)

Die VDPfJ beantragten bei den Landesschulbehörden, dass die Kenntnis der Jugendschriftenfrage in die Prüfungsordnung für LehrerInnen aufgenommen wird (Brunckhorst 1926, 4). Lehrpersonal sollte sich mit Jugendliteratur auseinandersetzen, um in der Lage zu sein, seiner Aufgabe „als Führer [...] zum wertvollen deutschen Schrifttum“ (ebd., 3) gerecht zu werden. Mit einer Änderung der Wissensvermittlung sollte man neuen pädagogischen Ansprüchen und Erwartungsstrukturen gerecht werden. Ein gutes Verhältnis zur Presse sei „für jeden Stand [...] eine Lebensfrage“ (o.V. 1904, 948), „was nicht in die Presse kommt, ist nicht geschehen“ (ebd., H.i.O.), „[s]o wie die Zeitungen schreiben, urteilen die Millionen, die die Zeitung lesen“ (ebd.), schrieb man u.a. in der *Pädagogischen Zeitung*, dem Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins.

„Die öffentliche Kritik der literarischen und Unterhaltungsjournale sowie der Tageszeitungen, [...] die eigentliche Quelle des öffentlichen Urteils sind, schweigen sich über Jugendliteratur aus“
(Wolgast 1910, 60),

schreibt Wolgast in *Das Elend unserer Jugendliteratur*. Diese Aussagen spiegeln eine Kernprämisse der Medialisierungsforschung wider: Massenmedien bieten Zugang zu öffentlicher Legitimation und sind wichtig, um eigene Interessen durchsetzen zu können. Die öffentliche Meinung wurde als wirksames Mittel für das Zurückdrängen von Schundliteratur gesehen (Wolgast 1906, 78). Um die Wirkung der eigenen Arbeit zu vertiefen und weitere Kreise über die Schundliteratur aufzuklären, veröffentlichten Mitarbeiter der verschiedenen Prüfungsausschüsse Aufsätze über und gegen Schund in der pädagogischen, literarischen und politischen Presse (Brunckhorst

³ Engagiertes Mitglied der VDPfJ; im Gothaer Ausschuss tätig. Er schrieb mehrere Monografien zur Jugendschriftenfrage und Schulreform sowie Beiträge in Fachzeitschriften.

⁴ Prägender Wegbereiter der Schunddebatte; Schriftleiter der Jugendschriftenwarte von 1896-1912.

1922, 24). LehrerInnen verfolgten eine Pressestrategie, um eigene Anliegen möglichst weitreichend in die Öffentlichkeit zu bringen. Als Zweck der Pressedienste wird zum einen die Aufklärung der Eltern, Politik und weiterer LehrerInnen, zum anderen das Zugehen auf Buch- und Papierhandlungen genannt (ebd., 29). Die Fach- und Tagespresse wurde aber nicht nur zur Verbreitung der Jugendschriftenfrage genutzt, sondern auch, um die Ergebnisse der eigenen Arbeit zu kommunizieren. Schon 1904 teilte der Vorsitzende des Agitationsausschusses der VDPfj, Wilhelm Senger, mit, dass die Presse von „fast allen Ausschüssen in ausgiebiger Weise unseren Zwecken dienstbar gemacht“ (Senger 1904, 20) wurde.

Der VDPfj war so auch Pressebeobachtung wichtig. Sie hat dafür einen eigenen Ausschuss eingesetzt und beobachtete, welche Blätter Beiträge in ihrem Interesse veröffentlichten (Wolgast 1899b, 22). 1925 verkündete John Barfaut, Vorsitzender der VDPfj von 1920 bis 1932, dass die Vereinigung einen Zeitungsdienst einführen wird, der die grundsätzliche Auseinandersetzungen aus der Jugendschriftenbewegung für die Allgemeinheit aufbereitet und kurze Aufsätze über die Ergebnisse der literar-pädagogischen Kritik verfasst (Barfaut 1925, 62). JournalistInnen konnten in der Pressearbeit optimale Anbindungen finden. Die Dachvereinigung schichtete ihre Ressourcen um und bemühte sich in der Öffentlichkeit über Presseprodukte um eigene Interessen und eine Veränderung des Medienkonsumverhaltens.

In ihrer Aufklärungsarbeit schlossen sich Jugendschriften-Ausschüsse auch mit anderen Gruppierungen zusammen. Bspw. brachte der VDPfj gemeinsam mit der Hamburgischen Behörde für öffentliche Jugendfürsorge, dem Berliner Ausschuss zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur und des Unwesens im Kino, der Geschäftsstelle für gute Jugendliteratur Dresden, dem Frankfurter Verband zum Schutze der Jugend gegen die Schundliteratur, der Hauptstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur, dem Rat für künstlerische Angelegenheiten und dem Reichsjugendring Anfang der 1920er-Jahre eine Broschüre heraus, die alle Schundheftreihen samt Schundverlagen anführte (o.V. o.J., Broschüre, GStA). Durch Kooperationen wurden Wissen und Ressourcen geteilt, um Maßnah-

men zur Förderung guter Literatur zu stärken. Während das Zusammenwirken mit anderen Akteuren anfangs noch sporadisch und eher temporär festzustellen war, gingen die Prüfungsausschüsse mit der Zeit immer mehr und festere Kooperationen ein (Köster 1904, 19; Senger 1904, 20; Brunckhorst 1912, 19; Brunckhorst 1922, 23).

Erschließung guter Literatur

Neben der Aufklärungsarbeit war ein Großteil der Reaktionen auf den Medienwandel darauf ausgerichtet, Kindern und Jugendlichen gute Literatur zugänglich zu machen. Bibliotheken wurde das Potenzial zugeschrieben, in der Jugend die Wertschätzung guter Lektüre zu erziehen und zugleich schundfreie Bücher an die breiten Schichten des Volkes zu bringen (Köster 1904, 19). Insbesondere SchülerInnenbibliotheken sollten an der „Lösung der erzieherischen und unterrichtlichen Aufgabe der Volksschule“ (Schaefer 1903, 24f) mitarbeiten. Um die Jahrhundertwende beklagte Wolgast, dass die Bestände der SchülerInnenbibliotheken meist noch zu rückständig seien und begründete dies mit der isolierten Stellung der Einrichtungen innerhalb der Schulen (Wolgast 1906, 73). Die Prüfungsausschüsse bemühten sich sehr um Einfluss auf die Gestaltung der SchülerInnenbibliotheken in Stadt- und Gemeindeschulen und warben erfolgreich um Subventionen (Köster 1904, 19). In Düsseldorf wurde beispielsweise eine eigene Kommission für die Etablierung und Aufbesserung der SchülerInnenbibliotheken im Gebiet gebildet (Schmitz & Dierlamm 09.03.1914). Die Ideen und Handlungen der LehrerInnenschaft bewirkten, dass die Qualität der Einrichtungen in vielen Orten stieg und in das Schulleben eingefügt wurden (Wolgast 1905, V). LehrerInnenzusammenschlüsse gründeten auch außerhalb der Schulen Lesezimmer, um Kindern die Möglichkeit zu geben, unter Aufsicht zu lesen (Brunckhorst 1922, 34). In Anbetracht der Tatsache, dass Literatur längst zum Alltag der Jugend gehörte, wurden Mittel in die Hand genommen und Bibliotheken in Schulen integriert.

Zwar waren „die Bibliotheken als wirksames Mittel der literarischen Erziehung“ (Brunckhorst 1912, 2) von starker Bedeutung, dennoch gingen Lehrende wie Hans Brunckhorst⁵ davon

⁵ Von 1908 bis 1914 Vorsitzender der Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendschriften. Er beteiligte

sich aktiv am Schundkampf und publizierte viel zu dem Thema Jugendschriftenkritik.

aus, dass eine eigene Hausbibliothek noch wichtiger sei:

„Vielmehr meinen wir, daß eine, wenn auch nicht allzu große *eigene* Bibliothek für die Kultur des Einzelnen vielmehr wert ist, als zehn umfangreiche Bibliotheken“
(ebd., H.i.O.)

Einige Jugendschriften-Ausschüsse bemühten sich, gute Bücher zu einem niedrigen Preis auf den Markt zu bringen. Der Hamburger Ausschuss beispielsweise wandte sich schon vor der Jahrhundertwende an verschiedene SchriftstellerInnen und Verlagshäuser und veranlasste preiswerte Ausgaben von schundfreier Jugendliteratur. Mit der Zeit zeigte sich, dass durch die Agitationsarbeit der Prüfungsausschüsse für das gute Buch durch gute Verkaufszahlen erzielt werden konnten. Immer mehr Verlagshäuser veröffentlichten preiswerte Bücher (ebd., 19). Dadurch sollte die „so dringend nötige Reform im Buchhandel, wie die Verbilligung der Bücher es ist“ (Wolgast 1899b, 23), eingeleitet und gefördert werden. Innerhalb der Zusammenschlüsse machte man sich Gedanken über die möglichen Motive, die den anhaltenden Aufschwung der Schundliteratur bewirken könnten. Prüfungsausschüsse haben selbst Bücher geschrieben und herausgegeben. Sie wurden in großen Massenaufgaben hergestellt, um sie auf die „billigste und bequemste Art“ (Wolgast 1910, 254) vertreiben zu können. Die guten Alternativen zur Schundliteratur sollten sich dem Publikum quasi aufdrängen. Deswegen orientierten sie sich bei der Preisgestaltung und der inhaltlichen Ausrichtung eigener Medien immer näher an den vermuteten bzw. beobachteten Bedürfnissen. Sie adressierten unmittelbar die Jugend und ahmten mit farbigen Einbänden bewusst die äußere Form der Schundliteratur nach (Jäger 1988, 185). Beispielsweise gaben die VDPf ab 1909 die *Deutsche Jugendbücherei* heraus.⁶ Jedes Heft der Schriftenreihe kostete nur zehn Pfennig und umfasste spannende Helden- und Abenteuergeschichten. Der Vertrieb fand über Buchhandlungen, Papier- und Zigarrenläden statt. Die Jugendschriften-Ausschüsse der VDPf übernahmen die Werbearbeit (Brunckhorst & Köster 1909, 17). Die Herausgabe der Hefereihe war äußerst erfolgreich: Bereits

zwei Monate nach Veröffentlichung wurden alle zehn Hefte in einer zweiten Auflage nachgedruckt, womit insgesamt 50.000 Hefte im Umlauf waren. Ein Jahr nach Gründung der Reihe gab es bereits 40 Titel auf dem Markt (Zimmermann 1990, 15). Innerhalb der ersten vier Jahre wurden über fünf Millionen Hefte verkauft (Brunckhorst 1922, 28). Eindeutig adaptierten LehrerInnen die Marktmechanismen des populären Jugendbuchs.

Doch LehrerInnen übernahmen nicht nur die Herausgabe von Büchern, sondern sie richteten auch Verkaufsstellen ein. Um zu gewährleisten, dass die Verbreitung schundfreier Literatur nicht an der Verfügbarkeit scheitert, stellten die Prüfungsausschüsse ihre Arbeit immer weiter auf die Erschließung ein. Wolgast forderte, ein eigenes System von Grossisten und Kolporteurs aufzubauen, um Schund mit eigenen Waffen zu schlagen und die junge Leserschaft auf diesem Vertriebsweg zu erreichen. Mit der Zeit beabsichtigten die Zusammenschlüsse, aus den Besichtigungsausstellungen immer mehr Verkaufsausstellungen zu machen (Brunckhorst 1922, 26). Diese fanden nach der Jahrhundertwende große Verbreitung. Ab etwa 1909 organisierte die LehrerInnenschaft zusätzlich Bücherbuden u.a. auf Jahrmärkten. 1913 berichteten bspw. 32 Prüfungsausschüsse der VDPf davon, Bücherbuden in ihren Städten eingesetzt zu haben, deren Erscheinen über die Schulen, Tageszeitungen und Werbezettel angekündigt und beworben wurde (ebd., 27). Der Berliner Prüfungsausschuss organisierte, finanziell unterstützt durch das Deutsche Jugendwerk, eine weitere Verkaufsmöglichkeit: Mittels

„eigens konstruierte[r] Bücherwagen [wurde] in den Strassen [sic!] Berlins gute Literatur an allen möglichen Verkehrsplätzen, auf Schulhöfen, vor Fabrikeingängen usw.“
(o.V. 1922, Jahresbericht des Deutschen Jugendwerk, GStA PK)

verkauft.

Repressive Maßnahmen

Solange die Lesegewohnheiten von minderwertiger Literatur geprägt schienen, legte sich die LehrerInnenschaft auch auf repressive Maßnahmen fest und rief zum Boykott auf (Fronemann

⁶ Folgende Reihen wurden von regionalen LehrerInnensammenschlüssen herausgegeben: *Quellen – Bücher zur Freude und Förderung* (seit 1909 herausgegeben von Heinrich Wolgast), *Bunte Jugendbücher* (herausgegeben von der Ber-

liner Lehrervereinigung für Kunstpflege), *Blaue und Grüne Bändchen* (herausgegeben von zwei Lehrern aus Schaffstein bei Köln), *Schöne alte Kinderreime* (seit 1902 herausgegeben von Heinrich Wolgast) (Brunckhorst 1922, 28).

1922, 17). Die Jugendschriften-Kommission des Pankower Lehrervereins verbreitete eine Flugschrift, in der sie Eltern dazu aufrief, „mit aller Macht diese Lesewut und das Kaufen derartiger Bücher [...] zu unterdrücken“ (Jugendschriftenkommission des Pankower Lehrervereins 1910, 28). Teilweise wurde die Elternschaft dazu angehalten, die Zimmer ihrer Kinder zu durchsuchen und jeglichen Schund zu vernichten. Außerdem wurde angewiesen, nicht dort einzukaufen, wo mit Schundliteratur gehandelt wird (o.V. o.J., Flugschrift, StAD). An vielen Orten wurden Schulkinder, Schuldeputationen und -vorstände dazu aufgerufen, bei der Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln darauf zu achten, nur in schundfreien Geschäften einzukaufen. Vereinzelt verlangten LehrerInnen beim Magistrat, dass Verkaufsstellen nur an Personen vermietet werden dürften, die sich dazu verpflichteten, nichts, was die LehrerInnenschaft als minderwertig ansah, zu verkaufen. VerkäuferInnen wurden aufgefordert, ihr Sortiment entsprechend der Verzeichnisse anzupassen und sich bei der Einrichtung ihrer Schaufenster an diesen zu orientieren. Wurde dem nicht nachgegangen, wandte man sich an Schul- und Polizeibehörden (Cremer 1909, 30). Diese Boykottmaßnahmen und die Ausübung sozialen Drucks wurden oftmals von staatlicher Seite unterstützt (Der Regierungspräsident 20.07.1909).

Das politische System mit seinen Möglichkeiten der Gesetzgebung war durchaus im Blickfeld der LehrerInnen. Daneben gab es aber eine ganze Reihe anderer Strategien, die die LehrerInnenschaft angewendet hat und denen sie, besonders zu Beginn des Untersuchungszeitraumes, mehr Relevanz zusprach. Die unterschiedlichen Staatsformen, die verschiedene strukturelle Rahmen geboten haben, können als Erklärungen für unterschiedliche Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten in politischer Hinsicht herangezogen werden. Aus den gesichteten Quellen war nicht ersichtlich, dass sich die LehrerInnenschaft schon zu Beginn des Medialisierungsschubs um eine gesetzliche Regulierung der Schmutz- und Schundliteratur bemühte. Vielmehr ist ein skeptisches Meinungsbild gegenüber einem Gesetz erkennbar.

„Doch alles dürfen wir nicht von ihnen [Gesetzen] erwarten. Wir Lehrer [...] erfahren es alle Tage neu, daß mit Ge- und Verboten und Strafandrohungen niemals ein Übel auszurotten ist. Wo es an der rechten Unterrichts-

und Erziehungsarbeit mangelt, da nutzen 100 der schärfsten Paragraphen so gut wie nichts.“

(Cremer 1909, 22)

Es herrschte die Überzeugung vor, dass mit Aufklärungsarbeit und Verfügbarmachung guter Literatur erfolgreich auf den Jugendbuchmarkt eingewirkt werden könne:

„[D]ie planmäßige Heranbildung der jungen Leser zur Lektüre ist [...] das wirksamste Abwehrmittel gegen die Schundliteratur.“

(Schriftleiter 1920, 5)

Als aber kurz nach der Jahrhundertwende Schund erneut vermehrt auftrat, wendete sich die LehrerInnenschaft immer mehr medienpolitischen Forderungen zu (Wolgast 1906, 82). Es wurde erkannt, dass trotz der jahrzehntelangen Bemühungen eine wirkliche Erziehung der Jugend zum schundfreien Buch noch immer nicht gelungen sei (Brunckhorst 1922, 35). Unter den zeitgenössischen Bedingungen und angesichts der eingeschränkten eigenen Wirkmacht galten staatliche und polizeiliche Maßnahmen als dringend erforderlich, um Jugendschutz zu gewährleisten und Schund zu beseitigen (Schriftleiter 1921, 45). Nur durch Mithilfe der Staatsgewalt könne man Hindernisse überwinden und positive Bildungsarbeit gewährleisten (Fronemann 1919, 5f). Die Forderung nach einer gesetzlichen Grundlage für den Schundkampf wurde im Kaiserreich noch nicht umgesetzt. Vor dem Kriegseintritt konnte das geforderte „Gesetz gegen die Gefährdung der Jugend durch Zurschaustellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen“ nicht mehr verabschiedet werden (Kolffhaus 1994, 141). Nach dem Krieg vermehrten sich jedoch die Forderungen nach einem Gesetz, das die Jugend vor der „ethischen und ästhetischen Vergiftung“ (Schriftleiter 1921, 45) bewahrt. Die Ausrichtung der legislativen Vorstöße verlagerte sich von der öffentlichen Ausstellung von Schmutz und Schund auf deren Verkauf. Die Schundproduktion wurde in den Überlegungen zur Regulierung weitestgehend außer Acht gelassen. Schaut man sich die Begründungen für ein Schundgesetz an, zeigt sich eine Änderung des Verständnisses. Während anfangs noch mit öffentlichem Anstand und dem sozialen Bildungspflegeaspekt argumentiert wurde, ging es nach den 1910er-Jahren vermehrt um den Schutz der Jugend (Cremer 1909, 21; Fronemann 1919,

5f). Die Forderung nach einer gesetzlichen Regulierung wird bis zu ihrer Verankerung in der Verfassung der Weimarer Republik 1926 immer wieder laut (o.V. 1924 A.D.L.V.; Gensch 1926, 1). Jedoch geht die Stimmung allmählich in Ressentiments über, weil sich wegen Änderungsanträgen von verschiedensten Seiten der Gesetzgebungsprozess über Jahre hinzog (o.V. 1922-1926, Gesetzentwürfe, GStA PK).

Die LehrerInnenschaft sprach sich, als Volksbildungs- und Volkserziehungsinstanz, ein wesentliches Mitspracherecht bei der Gesetzesentwicklung zu (Clasen 1918, 29). Die Gründe für realistische Mitgestaltungsmöglichkeiten könnten in dem demokratischen Aufbau des Regierungssystems der Weimarer Republik gesehen werden. Die VDPfJ gründeten 1921 einen Beratungsausschuss zur Gesetzgebung, der Vorschläge für ein neues Schundliteratur-Gesetz ausarbeitete. Bei der Ausgestaltung einer gesetzlichen Regulierung waren sich die Prüfungsausschüsse des Dachverbandes größtenteils einig: Es sollte ein Sachverständigenkollegium geben, das über den öffentlichen Verkauf von Jugendliteratur entscheiden kann. Dieses Kollegium sollte Jugendliteratur beurteilen und bei eingeschätzter Schädlichkeit das Werk auf eine Schundliste setzen. Die LehrerInnenschaft beanspruchte für sich, in den Prüfstellen eine besondere Stimme zu erhalten und begründete dies mit ihrem jahrelangen Engagement im Schundkampf (Gensch 1925, 753). Tatsächlich wurden VertreterInnen des Deutschen Lehrervereins und der VDPfJ an der Gesetzesgestaltung beteiligt (o.V. 26.04.1923, Gesetzentwürfe, GStA PK). Dennoch waren sie mit der finalen Version von 1926 nicht vollends zufrieden, da es keine einheitliche Prüfstelle für das gesamte Deutsche Reich gab und die Beschlüsse mit Rücksicht auf Vertreter des Buchhandels getroffen werden sollten. Entgegen der Forderung, dass Mitglieder des Sachverständigenrates nur aus Volksbildungsverbänden stammen sollten, werde die Rolle der staatlichen Körperschaften (beamteter Vorsitzender, Jugendwohlfahrt und Jugendorganisationen) zu sehr betont (Gensch 1926, 3). Man vermutete, dass dadurch in der Beurteilung zu wenig Wert auf künstlerische Aspekte gelegt werde und die Weltanschauungen sowie Marktinteressen der Körperschaften zu sehr eingebracht würden. Willy Gensch, Vorsitzender des Berliner Jugendschriften-Ausschusses, distanzierte sich 1926 offiziell von dem Gesetz: „Die Lehrerschaft kann für seine Wir-

kung keine Verantwortung mehr übernehmen.“ (Gensch 1926, 1, H.i.O.)

Nicht die gesamte LehrerInnenschaft war davon überzeugt, dass ein Schundgesetz die Lösung für die Jugendschriftenfrage sei. Auf der ersten Tagung der VDPfJ nach dem Ersten Weltkrieg äußerten sich die Vorsitzenden der Jugendschriften-Ausschüsse Jena und Magdeburg skeptisch und verlangten mehr moralische Einwirkung auf HändlerInnen. Der Vorsitzende des Hamburger Ausschusses, Hermann Köster, kritisierte die Wirkkraft eines Jugendschutzgesetzes, da dadurch keine wirkliche Förderung der literarischen Kultur erreicht werden könne (Barfaut, Keßler, Brüger & Schwabe 1921, 1f). Für GesetzesskeptikerInnen war eine Gesetzgebung eine Art Unfähigkeitserklärung der Volksbildung. Als SchulreformerInnen waren sie der Überzeugung, dass durch die richtige Gestaltung der Schul- und Erziehungstätigkeit Schund von selbst verschwinde (Gensch 1926, 1). Eine Veränderung auf medienpolitischer Ebene war aber nicht das eigentliche Ziel der Handlung, sondern sollte die Weichen dafür stellen, in Kindern guten Geschmack ausbilden zu können und den Störfaktor Schund zu eliminieren.

Zusammenfassung

Fragt man, inwiefern Zusammenschlüsse der LehrerInnenschaft um 1900 von der Expansion populärer Jugendliteratur beeinflusst wurden, zeigt sich, dass der Medienstrukturwandel und einhergehende Veränderungen in der Jugendliteratur eine Machtverschiebung evozierten. LehrerInnen fühlten sich in der Erfüllung ihres Bildungsauftrages gehemmt. Denn man befürchtete, dass die eigene Entscheidungshoheit darüber, was gut für die Jugend sei und wie ihre Freizeit gefüllt werden sollte, abgelöst oder zumindest eingeschränkt würde. Die eigenen Ängste vor Bedeutungs- und Machtverlust wurden während der gesellschaftlichen Umbrüche und Modernisierungsprozesse auf Populärliteratur projiziert. Der Schundkampf der LehrerInnenschaft ist Reaktion auf den Medienwandel, aber auch, wie in Meyens Medialisierungsansatz angelegt, ein Kampf gegen die eigene Entwertung und Kontrollverlust.

Um ihre gesellschaftliche Position zu festigen und in die neue Zeit, in der Populärliteratur eine Schlüsselstellung im Leben der Kinder und Jugendlichen einnimmt, hineinzubringen, entwickelten LehrerInnen verschiedene Strategien

in der Regulierungsdebatte. Der wahrgenommene Bedeutungszuwachs öffentlicher Kommunikation spielte in die Strategien der LehrerInnenschaft mit ein. Vielfältige Maßnahmen, die auf größere und kleinere Öffentlichkeiten wie Eltern, SchülerInnen und auf Gesetzgeber zielen, wurden eingesetzt. Für LehrerInnen war es ein Vorteil, direkt mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt treten zu können und eine gewisse Disziplinarmacht über sie zu haben, da so gezielte Literaturerziehung direkt angewendet werden konnte. Basierend auf der eigenen Bewertung von Jugendliteratur wurde die Öffentlichkeit mittels verschiedener Maßnahmen aufgeklärt und für das Thema sensibilisiert. Außerdem wirkten LehrerInnen direkt auf den Buchmarkt ein, indem sie Literatur verfassten, herausgaben und vertrieben. Dabei bedienten sie ganz bewusst die Konstruktionsregeln von populärer Jugendliteratur, um eigenes Handeln möglichst erfolgreich zu gestalten. Schließlich ging die LehrerInnenschaft über das politische System. Sie richtete sich also nicht nur nach den Erfolgsbedingungen der Medien, sondern versuchte ferner, diese über ein Gesetz zu regulieren. Es ist auffällig, dass sich medienpolitisches Engagement an einer negativen Grenzziehung ausrichtete. Das, was Medien leisten sollten, wurde versucht, über andere Strategien durchzusetzen. Das medienpolitische Engagement war Medialisierungsprodukt und eine, wenn auch nicht die wichtigste Strategie der LehrerInnenschaft in der Bearbeitung des Medienwandels. Die Instrumente, die heute angewendet werden – Prüfungsausschüsse sowie die Klassifizierung von Medien zur Einstufung der Altersfreigabe – wurzeln in den Bemühungen der LehrerInnenschaft im frühen 20. Jahrhundert.

Durch die angewendeten Strategien schaffte es die LehrerInnenschaft, ihre öffentliche Sichtbar-

keit zu maximieren, ihren Zugang zu Massenmedien zu verbessern und mit ihren Standesinteressen besser in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Ihre Maßnahmen dienten dazu, die Deutungshoheit des Jugendbuchs über Werte und Normen einzuhegen, da sich das populäre Jugendbuch zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht mehr abschaffen ließ. Die Gesamtstrategie war von volkserzieherischen Absichten bestimmt und Ausdruck einer Mischung von pädagogisch-elitärem Sendungsbewusstsein und der Angst vor einer soziokulturellen Deklassierung des Berufsstands. Der Auftrag zur „Volkserziehung“, der Schulen vom Obrigkeitsstaat im Kaiserreich übertragen wurde und den die LehrerInnenschaft selbst reproduzierte, erlaubte es ihr, sich gegenüber anderen Teilsystemen, vor allem dem politischen System, zu rechtfertigen. In der Medienkritik ging es immer auch um Selbstreferenzialität.

Die Fülle an Medialisierungsbelegen mag verwundern, wenn man sich vor Augen führt, dass LehrerInnen nur bedingt von öffentlicher Kommunikation und Aufmerksamkeit abhängig sind. Die Studie hat aber gezeigt, dass Medienwirkung nicht die Hauptressource in ihrem Handeln war, sondern diese sich auch über direkten Kontakt zu SchülerInnen, Eltern, dem Buchhandel, der Verlegerschaft und der Politik Sichtbarkeit verschaffte und so ihre Interessen vertrat. Auch wenn die Reaktionen eine Anpassung an die Medienlogik aufweisen, orientieren sich die Handlungen also ebenso daran, was die LehrerInnenschaft leisten sollte und wollte. Wie in Meyens Medialisierungsansatz angelegt, sind die Veränderungen nicht kausal und exklusiv auf die Medienlogik zurückzuführen, sondern immer im Zusammenspiel mit den eigenen Sichtbarkeitsbedingungen und dem gesellschaftlichen Umfeld zu sehen.

Bibliographie

- Azegami, T. (1996). *Die Jugendschriften-Warte – von ihrer Gründung bis zu den Anfängen des „Dritten Reiches“ unter besonderer Berücksichtigung der Kinder und Jugendliteraturbewegung und -beurteilung*. Frankfurt am Main.
- Bösch, F. (2006). Katalysator der Demokratisierung? Presse, Politik und Gesellschaft vor 1914. In: Bösch, F. & Frei, N. (Hg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*. Göttingen, S. 25-47.
- Bösch, F. & Frei, N. (2006). Die Ambivalenz der Medialisierung. In: Bösch, F. & Frei, N. (Hg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*. Göttingen, S. 7-23.
- Dudek, P. (1990). *Jugend als Objekt der Wissenschaften. Geschichte der Jugendforschung in Deutschland und Österreich 1890-1933*. Opladen.
- Fullerton, R. (1977). Creating a Mass Book Market in Germany: The Story of “Colporteur Novel” 1870-1890. In: *Journal of Social History*, 10 (3), S. 265-283.
- Jäger, G. (1988). Der Kampf gegen Schmutz und Schund. Die Reaktion der Gebildeten auf die Unterhaltungsindustrie. In: *Archiv für Geschichte des Buchwesens*, 31, S. 163-191.
- Kolfhaus, S. (1994). Anfänge des Jugendschutzes seit 1900. Intentionen und Institutionen im „Schmutz- und Schundkampf“ vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. In: Hiegemann, S. & Swoboda, W. H. (Hg.), *Handbuch der Medienpädagogik*. Opladen, S. 139-148.
- Maase, K. (2001). Krisenbewusstsein und Reformorientierung. Zum Deutungshorizont der Gegner der modernen Populärkünste 1880-1918. In: Maase, K. & Kaschuba, W. (Hg.), *Schund und Schönheit. Populäre Kultur um 1900*. Köln, S. 290-342.
- Maase, K. (2002). „Schundliteratur“ und Jugendschutz im Ersten Weltkrieg. Eine Fallstudie zur Kommunikationskontrolle in Deutschland. In: *kommunikation @ gesellschaft*, 3, S. 1-22.
- Meyen, M. (2009). Medialisierung. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 57 (1), S. 23-38.
- Meyen, M., Löblich, M., Pfaff-Rüdiger, S. & Riesmeyer, C. (2011). *Qualitative Forschung in der Kommunikationswissenschaft. Eine praxisorientierte Einführung*. Wiesbaden.
- Meyen, M., Thieroff, M. & Strenger, S. (2014). Mass Media Logic and the Mediatization of Politics. In: *Journalism Studies*, 15 (3), S. 271-288.
- Stöber, R. (2005). *Deutsche Pressegeschichte*. Konstanz.
- Wehler, H.-U. (1977). *Das Deutsche Kaiserreich: 1871-1918*. Göttingen.
- Wehler, H.-U. (1995). *Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des ersten Weltkrieges*. München.
- Wilkening, G. (2001). Die Kommerzialisierung der Jugendliteratur und die Jugendschriftenbewegung um 1900. In: Maase, K. & Kaschuba, W. (Hg.), *Schund und Schönheit*. Köln, S. 218-251.
- Zimmermann, P. (1990). Vereinigte Deutsche Prüfungsausschüsse für Jugendschriften. Von der Gründung bis zum 1. Weltkrieg. In: Schmidt-Dumont, G. (Hg.), *Von den Anfängen der Jugendschriftenbewegung: Jugendschriften-Ausschüsse und ihr „Vorort“ Hamburg um 1900*. Weinheim, S. 5-17.

Quellen

- Barfaut, J. (1925). Hauptversammlung der Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendschriften, Pfingsten 1925 in Hamburg. In: *Jugendschriften-Warte*, 30 (7/8), S. 61-62.
- Barfaut, J., Keßler, F., Brüger, K. & Schwabe, M. (1921). Bericht über die Tagung der Vertreter der Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendschriften am 1. und 2. Oktober 1920 im kleinen Volkssaal in Jena. In: *Jugendschriften-Warte*, 28 (1), S. 1-4.
- Borstel, F. von (1896). Jugendschriften von Elise Averdick. Einige Worte über Heimat und Gegenwart in der Jugendlitteratur. In: Hamburger Prüfungsausschuss für Jugendschriften (Hg.), *Beiträge zur Litterarischen Beurteilung der Jugendschrift*. Hamburg, S. 9-16.
- Brunckhorst, H. (1912). *Grundsätzliches und Praktisches von der Verbreitung guter billiger Jugend- und Volkslektüre. Zugleich ein Beitrag zum Thema „Volksbildung und Buchhandel“*. Hamburg.
- Brunckhorst, H. (1922). Von der Arbeit der deutschen LehrerInnenschaft im Kampfe gegen den Schund. In: Samuleit, P. & Brunckhorst, H. (Hg.), *Geschichte und Wege der Schundbekämpfung. Zwei Vorträge*. Berlin, S. 23-36.
- Brunckhorst, H. (1926). Das Jugendschrifttum in der Ausbildung des Volksschullehrers. In: *Jugendschriften-Warte*, 31 (1), S. 3-4.

- Brunckhorst, H. & Köster, H.L. (1909). Eine 10 Pfennig-Bücherei für die Jugend als ein Mittel im Kampf gegen die Schundliteratur. In: *Jugendschriften-Warte*, 17 (5), S. 17.
- Clasen, G. (1918). Eine Eingabe zur künftigen Gestaltung des Kampfes gegen die Schundliteratur. In: *Jugendschriften-Warte*, 25 (11/12), S. 29-31.
- Cremer, E. (1909). *Die Schule im Kampfe gegen den Schmutz in Wort und Bild. Nach einem Vortrage von Ernst Cremer, Rektor in Crefeld*. Düsseldorf.
- Jugendschriftenkommission des Pankower Lehrervereins (1910). Pankow. An die Eltern. In: *Flugschriften des Volksbundes zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild. Im Kampf gegen die Schund-Druckerzeugnisse. Erfahrungen, Ratschläge und Materialien*. Berlin, Leipzig, S. 27-28.
- Fronemann, W. (1919). Die Bekämpfung der Schundliteratur in Frankfurt a.M. unter der neuen staatlichen Ordnung. In: *Jugendschriften-Warte*, 26 (2/3), S. 5-6.
- Fronemann, W. (1922). Zur Frage der Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur. In: *Jugendschriften-Warte*, 29 (5), S. 17-18.
- Gensch, W. (1925). Bemerkungen über den Entwurf eines Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften. In: *Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung*, 54 (37), S. 751-754.
- Gensch, W. (1926). *Der Kampf um das Gesetz gegen die Schundliteratur*. Berlin.
- Köster, H.L. (1904). Geschäftsbericht der Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendschriften 1902-1904. In: *Jugendschriften-Warte*, 12 (5), S. 18-19.
- Linde, E. (1903). Wie führt man die Jugend vom stofflichen zum künstlerischen Genießen? In: Vereinigte Deutsche Prüfungsausschüsse für Jugendschriften (Hg.), *Zur Jugendschriftenfrage. Eine Sammlung von Aufsätzen und Kritiken*. Leipzig, S. 7-18.
- o.V. (1904). Verschiedenes. In: *Pädagogische Zeitung*, 33 (48), S. 948.
- Samuleit, P. (1910). *Weltanschauungsfrage und Jugendschrift. Nach einem Vortrage auf der Generalversammlung der Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendschriften in Straßburg*. Berlin-Schöneberg.
- Samuleit, P. (1922). Aus der Geschichte des Kampfes gegen den Schund. In: Samuleit, P. & Brunckhorst, H. (Hg.), *Geschichte und Wege der Schundbekämpfung. Zwei Vorträge*. Berlin, S. 1-22.
- Schaefer, K. (1903). *Die Bedeutung der Schülerbibliotheken und die Verwertung derselben zur Lösung der erziehblichen Schuljahre unter Berücksichtigung des Lehrplanes und der Penserverteilung*. Langensalza.
- Schriftleiter (1920). Zur Lösung der Jugendschriftenfrage im neuen Staate. In: *Auf der Wacht*, 1 (2), S. 5-6.
- Schriftleiter (1921). Stellungnahme des Kathol. Lehrerverbandes des Deutschen Reiches zur Lösung der Jugendschriftenfrage in der gegenwärtigen Zeit. In: *Auf der Wacht*, 1 (12), S. 45-46.
- Schultze, E. (1909). *Die Schundliteratur. Ihr Vordringen. Ihre Folgen. Ihre Bekämpfung*. Halle an der Saale.
- Schütze, F. (1894). Bericht über die Versammlung der Vertreter der vereinigten Prüfungsausschüsse für Jugendschriften am Montag, den 14. Mai 1894, in Stuttgart. In: *Jugendschriften-Warte*, 2 (6), S. 21-23.
- Senger, W. (1904). Werbe-Arbeit Weihnachten 1903. In: *Jugendschriften-Warte*, 12 (5), S. 19-20.
- Wiegand, L. (1912). *Die Jugendliteratur nebst einem Verzeichnisse bewährter Jugendschriften*. Hildenbach.
- Wolgast, H. (1896). *Das Elend unserer Jugendlitteratur. Ein Beitrag zur künstlerischen Erziehung der Jugend*. Hamburg.
- Wolgast, H. (1899a). In welcher Weise sind die Schülerbibliotheken der Volksschulen für Erziehung und Unterricht fruchtbar zu machen? In: *Jugendschriften-Warte*, 7 (2), S. 6-7.
- Wolgast, H. (1899b). Neue Veröffentlichungen über Jugendlektüre. In: *Jugendschriften-Warte*, 7 (6), S. 22-23.
- Wolgast, H. (1905). *Das Elend unserer Jugendlitteratur. Ein Beitrag zur künstlerischen Erziehung der Jugend*. (3. überarbeitete Aufl.). Hamburg.
- Wolgast, H. (1906). *Vom Kinderbuch. Gesammelte Aufsätze von Heinrich Wolgast*. Leipzig, Berlin.
- Wolgast, H. (1910). *Das Elend unserer Jugendlitteratur. Ein Beitrag zur künstlerischen Erziehung der Jugend*. (4. unveränderte Aufl.). Hamburg.
- Wolgast, H. (1922). *Das Elend unserer Jugendlitteratur. Ein Beitrag zur künstlerischen Erziehung der Jugend*. (6. Aufl.). Hamburg.
- Ziegler, P. (1893). Ein Wort zum Jahresabschluss. In: *Jugendschriften-Warte*, 1 (6), S. 21.

Archivalien

- Der Regierungspräsident i. V. Schmitz. (20.07.1909). Schreiben an die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister der Stadtkreise (StAD 0-1-3-2142.0000), Bl. 23. Stadtarchiv Düsseldorf.
- Hamburger. (06.11.1912). Brief an Städtische Schulverwaltung (StAD 0-1-3-2142.0000), Bl. 81. Stadtarchiv Düsseldorf.
- Kessler & Wehner. (14.01.1910). Auszug aus dem Beschlussbuche der Schuldeputation (StAD 0-1-3-2142.0000), Bl. 72. Stadtarchiv Düsseldorf.
- o.V. (1922). Jahresbericht des Deutschen Jugendwerks. (GStA PK, I. HA. Rep. 77. Ministerium des Innern, Tit. 2772, Nr. 12, Bd.1), Bl. 17. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin.
- o.V. (1922-1926). Gesetzentwürfe (GStA PK, I. HA. Rep. 77 Ministerium des Innern, Tit. 2772, Nr. 3, Bd. 2.) Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin.
- o.V. (26.04.1923). Bericht von der Besprechung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Jugend vor schädlichen Schriften. (GStA PK, I. HA Rep. 77, Ministerium des Innern, Tit. 2772, Nr. 3 Bd. 2), Bl. 244 f. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin.
- o.V. (1924). Entschluss gefasst auf der Gesamtvorstands-Sitzung des Allgemeiner Deutscher Lehrerinnen Verein (A.D.L.V.) im Oktober 1924. B Rep. 235-03, Nr. 99/1-56, o. P. Landesarchiv Berlin.
- o.V. (o.J.). „Eltern, Schützt Eure Kinder!“ [Flugschrift] (StAD 0-1-3-2142.0000), Bl. 9. Stadtarchiv Düsseldorf.
- o.V. (o.J.). „Schundheftreihen, die in Deutschland unter den Schulkindern verbreitet sind“ [Brochure] (GStA PK, I. HA. Rep. 77 Ministerium des Innern, Tit. 2772, Nr. 3, Bd. 2), Bl. 30-33. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin.
- Schmitz (02.12.1912). Briefentwurf (StAD 0-1-3-2142.0000), Bl. 124. Stadtarchiv Düsseldorf.
- Schmitz & Dierlamm. (09.03.1914). Auszug aus dem Beschlussbuch der Jugendschriften-Kommission (StAD 0-1-3-2121.0000), Bl. 365. Stadtarchiv Düsseldorf.

CARMEN SCHAEFFER,

M. A., studierte International Communication and Media an der Hogeschool Utrecht und Concordia University in Montreal sowie Medien und Politische Kommunikation an der Freien Universität Berlin. Für ihre Masterarbeit *Gegen „Schmutz und Schund“ in der populären Jugendliteratur. Wie Zusammenschlüsse der LehrerInnenschaft versuchten, den Medienwandel um 1900 zu beeinflussen und zu regulieren* wurde sie mit dem Nachwuchsförderpreis Kommunikationsgeschichte 2019 ausgezeichnet. Ihre Interessenschwerpunkte sind neben dem Zusammenhang zwischen Medien- und Gesellschaftswandel auch Konzepte von Öffentlichkeit und Öffentlicher Meinung.

Die SPD und ihre Frauenpresse

Die Gleichheit im Parteidiskurs nach Ausbreitung der Massenpresse

Maria Löblich & Niklas Venema
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft,
Freie Universität Berlin

Abstract

Mit der Expansion der Massenpresse entstand im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein breites Medienangebot, das sich verstärkt auch an Frauen richtete. Die SPD versuchte, dem ab 1892 die eigene Frauenzeitschrift *Die Gleichheit* unter Chefredakteurin Clara Zetkin entgegenzusetzen. Trotz andauernder Kritik der Mitglieder über Defizite gegenüber den konkurrierenden Blättern hielt die Partei an der Zeitschrift fest. Gestützt auf die Medialisierungsperspektive und den diskursiven Institutionalismus untersucht der Beitrag, wie die SPD im parteiöffentlichen Diskurs über *Die Gleichheit* die Ausbreitung der Massenpresse und die Ausdifferenzierung der Frauenpresse für sich verarbeitete. Die Quellenanalyse von Parteitag- und Parteiausschussprotokollen sowie Theorie- und Strategiezeitschriften der SPD zeigt, wie die Gewissheit aufrechterhalten wurde, in Abgrenzung zur kommerziellen Presse auch ein eigenes Frauenblatt zu benötigen. Das Beispiel der *Gleichheit* verdeutlicht das grundsätzliche Dilemma der SPD: Sie sah sich in der Massenpresse nicht repräsentiert und hielt an der eigenen Parteipresse fest, die aber unter den Bedingungen eines kommerziellen Medienangebots nicht bestehen konnte.

Die Gleichheit zwischen Partei und Massenpresse

Als Clara Zetkin 1915 im *Vorwärts* schrieb, dass es die Leistung ihrer Zeitschrift *Die Gleichheit* seit „fast einem Vierteljahrhundert“ sei, die

„Erweckung, Sammlung und Schulung der proletarischen Frauen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse“
(Zetkin 1915)

voranzutreiben, war die Kritik an dem Blatt fast ebenso alt. Auf Parteitagen und Frauenkonferenzen wurde die komplizierte Sprache moniert, fehlender Alltagsbezug und „Unterhaltungsstoff“ (SPD 1904, 373).¹ Der „bürgerlichen“ Presse gelänge es viel besser, die Bedürfnisse der Frauen anzusprechen (SPD 1909, 191). Zwar hatte *Die Gleichheit* bis 1914 ein deutliches Auflagenwachstum zu verzeichnen, das auch einen Gewinnüberschuss einbrachte (SPD 1913, 32).

Doch war dies offenbar nicht dem Erfolg auf dem Leserinnenmarkt zu verdanken, sondern den Massenabonnements von Gewerkschaften und lokalen Parteieinheiten, die *Die Gleichheit* eine Zeitlang gratis verteilten (Koszyk 1980, 19; Wischermann 2003, 200). Genauso zäh wie die einen forderten, das seit 1901 ins Parteieigentum überführte Blatt an das „Bedürfnis der arbeitenden Frau“ anzupassen (SPD 1911, 424-425; vgl. auch Bloss 1930, 25), verteidigten die anderen die politischen Funktionen und Inhalte der Frauenzeitschrift. Obwohl es schon vor dem Krieg offensichtlich war, dass *Die Gleichheit* mit der kommerziellen Presse um die Gunst der Arbeiterinnen nicht konkurrieren konnte (geschweige denn nicht-proletarischer Frauen), hielt die Partei an ihrer Zeitschrift fest. Sie hielt auch dann weiter an ihr fest, als Zetkin 1917 entlassen worden war und das Blatt kriegsbedingt wieder Defizite aufwies. 1923 wurde es eingestellt, aber sogleich durch zwei neue Frauenzeitschriften ersetzt (Sachse 2010, 139).

¹ Im Folgenden sind die Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gemeint, wenn als Quellenangabe im Text (SPD Jahr,

Seite) aufgeführt ist. Auf die Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD wird verwiesen, wenn (SPD Parteiausschuss Jahr, Seite) angegeben ist.

Weshalb hat die SPD *Die Gleichheit* behalten? Warum beharrte die SPD auf einer eigenen Frauenpresse, wo es doch ein umfangreiches Angebot an (politischen) Frauenzeitschriften gab (Kinnebrock 2009)? Was bedeutete *Die Gleichheit* der Partei? Gestützt auf die Medialisierungsperspektive (Bösch & Frei 2006; Donges & Jarren 2014; Meyen 2009) und den diskursiven Institutionalismus (Carstensen & Schmidt 2016; Schmidt 2008) sucht dieser Beitrag nach Antworten im parteiöffentlichen Diskurs und fragt, wie die Auseinandersetzungen um *Die Gleichheit* von 1892 bis 1923 verlaufen sind und wie sie mit dem Parteipressediskurs insgesamt verwoben waren. Die wichtigsten Quellen sind Parteitage- und -ausschussprotokolle sowie Theorie- und Strategiezeitschriften der SPD.

Unser Erkenntnisinteresse ist dabei ein spezifisches. Es leitet sich aus den Annahmen der Medialisierungsforschung her und wirft für uns die Frage auf, welche Bedeutung *Die Gleichheit* für die Sozialdemokratie hatte, um die Ausbreitung der Massenpresse zu verarbeiten. Wir interessieren uns dafür, wie die SPD versuchen musste, auf einem kommerzialisierten und stark ausdifferenzierten (Frauen-)Pressemarkt mit ihrem weltanschaulich eng definierten Angebot Zugang zu Frauen zu bekommen und bei ihnen um Legitimität und Rückhalt zu werben. Um Rückhalt in den proletarischen Haushalten warb der Parteiapparat schon bevor der Beitritt von Frauen zu politischen Organisationen 1908 reichsweit legalisiert wurde (Evans 1979, 90). Der Zugang zu den Arbeiterfrauen über die Presse stellte ein Problem dar, weil sich die Frauen vor allem für die „Generalanzeiger“ (sowie belletristische Unterhaltungsliteratur) interessierten (Reutershan 1980, 227). Außerdem glaubte die Sozialdemokratie, gerade in dieser hochauflagigen Massenpresse keine Sichtbarkeit für ihre Themen zu erlangen. Die Klage, von der „kapitalistischen Presse“ (Mehring 1908, 1) bekämpft zu werden, zieht sich wie ein roter Faden durch die Parteigeschichte. Die eigene Presse erschien den SozialdemokratInnen im Vergleich als „Zwerg“ (Schröder 1907, 742).

Wir nehmen die *Gleichheit* als Beispiel, um zu untersuchen, wie die SPD auf den Wandel des Medienangebots reagiert hat und ihr Massenkommunikationsproblem bearbeitet hat. Ziel ist es, die pressebezogenen Vorstellungen zur *Gleichheit* in der SPD herauszuarbeiten und sie im größeren Diskurs um die Parteipresse zu verorten. Wir betrachten dabei die SPD als in sich

differenzierten Akteur, in dem die Vertreterinnen der Frauenbewegung mit ihren eigenen Vorstellungen genauso zu berücksichtigen sind wie Vorstandsmitglieder und einfache Delegierte.

Unsere Studie knüpft an die umfangreiche Literatur zur SPD-Presse an sowie insbesondere an die Literatur zur *Gleichheit* und dem Verhältnis von (proletarischer) Frauenbewegung und Öffentlichkeit. Während sich das Interesse dieser Literatur primär auf die Frauenbewegung und Clara Zetkin richtet (Evans 1979; Gerhard & Wischermann 1988; Honeycutt 1975; Kinnebrock 1999, 2017; Reutershan 1980; Sachse 2010; Thönnessen 1969; Wischermann 2002, 2003) lenken wir den Blick auf die Bedeutung der Zeitschrift als Instrument der Partei, die den ersten „Medialisierungsschub“ (Bösch & Frei 2006, 10) bearbeiten musste. Uns geht es nicht darum festzustellen, dass es zur (wenig überraschenden) „Popularisierung“ der Frauenzeitschrift kam (Evans 1979, 183; vgl. auch Reutershan 1980), sondern darum herauszufinden, wieso die Partei einer eigenen Frauenzeitschrift und im weiteren Sinne der Idee einer sozialdemokratischen Presse verhaftet blieb (Löblich & Venema 2018).

Pressestrukturen, Parteientwicklung und Frauenbewegung

Die Entwicklung der *Gleichheit* steht im Kontext der Ausdifferenzierung der Pressestruktur, der Veränderung der SPD und ihrer Parteipresse sowie der proletarischen Frauenbewegung. Seit der Reichsgründung 1871 war eine Vielzahl politischer Frauenzeitschriften entstanden, bis zu 150 dieser Titel erschienen parallel (Kinnebrock 2009, 282). All diese Blätter mussten wie *Die Gleichheit* auf einem sich verändernden, stark ausdifferenzierten Pressemarkt bestehen. Neben Partei- und parteinahen Zeitungen und Zeitschriften waren verstärkt ab 1880 kommerziell ausgerichtete Titel getreten (Wilke 2011, 293). Deziert politische Blätter wie *Die Gleichheit* konkurrierten mit den örtlichen Lokal- und Generalanzeigern sowie mit den Familien- und Frauenzeitschriften um die Aufmerksamkeit in den Haushalten. Auch die Tageszeitungen mit speziellen Beilagen und Familienzeitschriften widmeten sich Themen der Frauenbewegung (Wischermann 1983; 2003, 264). Frauenzeitschriften richteten sich darüber hinaus mit hauswirtschaftlichen und Modethemen an ihre Leserinnen. Die zunehmende Illustration machte die Frauenzeitschriften der Großverlage ab Ende

des 19. Jahrhunderts besonders attraktiv für ihr Publikum (Wilke 2008, 283-285).

Die Gleichheit ging 1892 aus der von Emma Ihrer herausgegebenen Zeitschrift *Die Arbeiterin* hervor. Der sozialdemokratische Verleger Johann H.W. Dietz übernahm die finanziell angeschlagene Zeitschrift und übertrug Clara Zetkin die Redaktion, die *Die Gleichheit* als sozialistisches Bildungsorgan für eine Elite statt die Masse der Arbeiterinnen gestaltete (Kinnebrock 1999, 141-142). *Die Gleichheit* ging 1901 offiziell in Parteibesitz über. Musste die defizitäre Zeitschrift bis dahin noch durch die erfolgreichere Parteipublikation *Der Wahre Jacob* querfinanziert werden, warf sie ab 1904 Gewinn ab (Danker, Oddey, Roth & Schwabe 2003, 34; Evans 1979, 188). Die Auflage der *Gleichheit* stieg bis zum Ersten Weltkrieg kontinuierlich an und erreichte 1914 mit 125.000 Exemplaren ihren Höhepunkt. Vom Einbruch der Auflage ab 1915 konnte sich die Zeitschrift jedoch auch nach Kriegsende nicht mehr erholen (Eisfeld 1980, 189). Zwar hatte auch die übrige sozialdemokratische Presse 1914 und 1915 mit sinkenden Auflagen zu kämpfen, konnte aber im Unterschied zur *Gleichheit* schon während des Krieges wieder wachsen (Sperlich 1983, 37). Zudem war der zwischenzeitliche Erfolg der *Gleichheit* nur teilweise auf die tatsächliche Beliebtheit bei den Leserinnen zurückzuführen gewesen. Denn Frauenorganisationen und Gewerkschaften hatten nach intensiver Werbearbeit die Zeitschrift massenhaft bestellt und kostenlos unter ihren Mitgliedern verteilt (Evans 1979, 187; Koszyk 1980, 19; Wischermann 2003, 200).

Zetkin positionierte sich gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik der SPD und geriet so in Konflikt mit dem Parteivorstand. Nachdem Zetkin mit der Abspaltung des linken Parteiflügels in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) eingetreten war, entließ der SPD-Vorstand sie im Mai 1917 als Redakteurin der *Gleichheit*. Es folgten eine Reihe personeller Wechsel, die verbunden waren mit Veränderungen in Aufmachung und Inhalt der *Gleichheit* mit Illustrationen, neuen Rubriken und Beilagen. 1923 stellte der Parteivorstand die *Gleichheit* angesichts der abgesunkenen Auflage ein und gründete eine Funktionärszeitschrift (*Die Genossin*) sowie eine Unterhaltungszeitschrift (*Frauenwelt*) als Nachfolgeblätter (Sachse 2010, 130-139). Die bisherige Forschung hat behauptet, die ersten Schritte hin zur „Popularisierung“ der *Gleichheit* noch unter Zetkin seien durch Druck der Partei-

leitung erwirkt worden. Es wurde allerdings nicht genauer untersucht, von wem die Umgestaltung der Zeitschrift wirklich eingefordert worden war (Honeycutt 1975, 131; Reutershan 1980, 127, 137; Thönnessen 1969, 53).

Die Frauen der Arbeiterbewegung waren über das Sozialistengesetz hinaus noch bis 1908 von der Repression durch das Vereins- und Versammlungsrecht betroffen, das in vielen Ländern des Deutschen Reichs Frauen politisches Engagement untersagte (Kinnebrock 1999, 138; Wischermann 2003, 217). Wegen dieser Rechtslage organisierte sich die sozialdemokratische Frauenbewegung parallel zum Parteiapparat. So gründete sich 1890 die Berliner Agitationskommission als inoffizielle Vereinigung der sozialdemokratischen Frauen. Über ein System von Vertrauenspersonen benannten sie Vertreterinnen in den Wahlbezirken und ab 1900 fand alle zwei Jahre im Rahmen der Parteitage eine Frauenkonferenz statt (Evans 1979, 85-87). Zetkin wurde 1895 als erste Frau in die Kontrollkommission der SPD gewählt und gehörte damit bis 1913 zu den führenden FunktionärInnen der Partei. Mit der Leitung der *Gleichheit*, der Berliner Frauenagitationskommission und der Unterstützung durch die Parteiführung unter August Bebel hatte Zetkin Ende des 19. Jahrhunderts eine mächtige Stellung inne (Evans 1979, 117).

Medialisierung und diskursiver Institutionalismus

Wir nutzen die Annahmen der Medialisierungsforschung als Erkenntnisperspektive, der diskursive Institutionalismus liefert das Untersuchungsinstrumentarium. Wir verstehen Medialisierung als Reaktionen eines gesellschaftlichen Akteurs, hier der SPD, die sich auf „den Strukturwandel des Mediensystems“ (Donges 2008, 154) beziehen oder auf den „generellen Bedeutungszuwachs medial vermittelter öffentlicher Kommunikation“ (Meyen 2009, 3), hier nach Ausbreitung der Massenpresse (Stöber 2010; Wilke 2010). Wir verknüpfen Medialisierung mit dem diskursiven Institutionalismus über den Diskursbegriff. Anders als die deutschsprachige Kommunikationswissenschaft (für den institutionellen Forschungszweig exemplarisch Donges 2008, Meyen, Thieroff & Strenger 2014) und näher an der Geschichtswissenschaft (Bösch & Frei 2006) begreifen wir Diskurse als Instrument, um zu verstehen, wie es zu bestimmten Reaktionen auf Medienwandel gekommen ist – welche Ver-

ständnisse von diesem Wandel entwickelt wurden und wie Akteure die gewachsene Bedeutung von Massenkommunikation für sich verarbeitet haben. Diesen Zugang zu Medialisierung haben die Historiker Frank Bösch und Norbert Frei (2006, 8f) angedeutet, die in Debatten den „Zusammenhang zwischen Medienentwicklung, Alltagsgeschichte und sozialer Selbstdeutung“ angelegt sehen. Ziel ist es zu untersuchen, welche Ideen die Akteure in Diskursen zur Funktions- und Wirkungsweise von Medien, ihren Inhalten und Strukturen entwickelt und später dann reproduziert haben und wie diese Ideen handlungsleitend wurden. Solche Diskurse machen die teils widersprüchlichen, jedenfalls nicht determinierten und auch nicht immer nur strategischen Reaktionen auf Medienwandel zugänglich (Donges & Jarren 2014, 188).

Die Politikwissenschaftlerin Vivien A. Schmidt (2008) interessiert sich für die Entwicklung und Veränderung von politischen Ideen und Institutionen, die über Diskurse in und zwischen Organisationen untersucht werden können. Akteure und ihre Ideen, diskursive Auseinandersetzungen und institutionelle Kontexte werden dafür verbunden. Die Entwicklung und Veränderung von Ideen und Institutionen ist mit Kämpfen um Macht verbunden. Diskurse sind Interaktionen, in denen (normative und kognitive) Ideen bekämpft, erhalten oder durchgesetzt werden. Ideenstrukturen (*ideational structures*) beeinflussen, welche Ideen als möglich angesehen und ausgesprochen werden dürfen (*power in ideas*). Akteure beziehen sich bei der Interpretation politischer Probleme und der Legitimation ihrer Vorschläge auf Ideenstrukturen. Ideenstrukturen ermöglichen und beschränken zugleich Denken und Sprechen. Akteure reproduzieren Ideenstrukturen, sind aber auch in der Lage, sich kritisch mit diesen auseinanderzusetzen und sie zu verändern. Akteure versuchen im Diskurs, andere Akteure zu überreden, abzustrafen oder zu unterstützen und setzen dafür rhetorische Mittel ein (*power through ideas*). Sie bewegen sich auf Positionen, die in unterschiedlichem Grad mit struktureller Macht ausgestattet sind. Einige Akteure können die Bedingungen des Denkens und Sprechens stärker beeinflussen als andere, zum Beispiel, weil sie als Parteivorstand den Zugang zu oder die Regeln von Diskussionsforen kontrollieren können (*power over ideas*; Carstensen & Schmidt 2016, 305, 320-324).

Institutionelle Kontexte beeinflussen den Verlauf von Diskursen. Damit sind strukturelle

Faktoren aus Geschichte und Gegenwart gemeint, die verinnerlicht wurden und sich zu Ideenstrukturen verfestigt haben. Sie formen Identität, Selbstverständnis und Interessen eines Akteurs (Carstensen & Schmidt 2016, 329). Sie bilden Gewissheiten „im Hintergrund“ des Bewusstseins, sorgen für Kontinuität im Denken und Handeln und werden reproduziert. Die „background ideational abilities“ sorgen dafür, dass Akteure solche Gewissheiten entwickeln, etwa grundlegende „world views“ oder Überzeugungen zur Funktionsweise von Massenmedien (Schmidt 2008, 314; Carstensen & Schmidt 2016, 329). Um den Wandel von Ideen zu erklären, führt Schmidt den Begriff der „foreground discursive abilities“ ein. Sie befähigen einige Akteure, auch außerhalb der institutionellen Kontexte zu denken und zu sprechen, in denen sie sich bewegen. Sie stoßen dabei auf Akteure, die die etablierten Ideen(-strukturen) verteidigen und erhalten wollen (Schmidt 2008, 314).

Der diskursive Institutionalismus ist für unsere Studie nicht nur deshalb geeignet, weil er mit Akteuren, Diskursen und Strukturen komplexe Erklärungen ermöglicht, sondern auch weil seine Annahmen die Sozialdemokratie als in sich differenzierten kollektiven Akteur erschließt, dessen Mitglieder institutions- und geschichtsbedingt unterschiedliche Interessen und Ideen verfolgen.

Kategoriensystem und Quellen

Aus dem diskursiven Institutionalismus wurden die unten aufgeführten Kategorien zur Untersuchung des *Gleichheits-* und *Pressediskurses* in der SPD abgeleitet. Das Kategoriensystem leitet die qualitative Inhalts- und Dokumentenanalyse an und dient der systematischen und nachvollziehbaren Auswertung und Interpretation der Quellen. In den Diskursen der Sozialdemokratie identifizieren wir nicht nur die Ideen zur *Gleichheit*, sondern auch zur Parteipresse insgesamt (zur analytischen Ausdifferenzierung eines Presseverständnisses siehe Meyen & Löblich 2006, 32). Um zu erklären, warum Akteure bestimmte Ideen vertreten und auf welche Ideenstrukturen sie sich zur Legitimation beziehen, erfassen wir ihre institutionellen Kontexte, sozialdemokratische Weltanschauung sowie ihre Haltung zur proletarischen Frauenbewegung. Unter diskursiven Strategien werden die rhetorischen Mittel erfasst, die Akteure zur Durchsetzung ihrer Position nutzen.

Presseverständnis	Funktion, Inhalte, Aufmachung, Organisation, LeserInnenbild, Wirkung
Sozialdemokratische Weltanschauung	(etwa Marxismus, Reformismus) Haltung zur proletarischen Frauenbewegung
Institutionelle Kontexte	Pressestrukturen Politisches System (und rechtliche Bedingungen) Organisation(-sgeschichte) von Frauenbewegung und Partei Stellung der Frauenbewegung in Partei und Gesellschaft Sprech- bzw. Publikationsbedingungen Position in Frauenbewegung, Partei Ressourcen (Geld, Mitglieder, Kontakte) (Herkunfts-)Milieu
Diskursive Strategien	Abstimmen / überreden / sanktionieren (rhetorische Mittel)

Tab. 1: Kategoriensystem, eigene Darstellung

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1890 bis 1924. Er beginnt zwei Jahre vor Gründung der *Gleichheit*, um Diskussionen im Vorfeld zu erfassen und endet ein Jahr nach ihrer Einstellung durch die Partei 1923, um die Schlussfolgerungen einzubeziehen, die aus den Erfahrungen mit der Frauenzeitschrift gezogen wurden.

Als Quellen wurden die Protokolle der Parteitage der SPD (1890-1924), der im Rahmen der Parteitage abgehaltenen Frauenkonferenzen (ab 1900) und der Sitzungen des Parteiausschusses (1912-1921) herangezogen sowie die Parteizeitschriften *Die Neue Zeit* und *Sozialistische Monatshefte* (über den gesamten Untersuchungszeitraum). Diese beiden Zeitschriften dienten den Parteimitgliedern als Diskussionsorgane. *Die Gleichheit* selbst wurde nicht systematisch ausgewertet, weil der Schwerpunkt unserer Analyse auf der Partei lag. Um Sichtweisen der Redaktion zu Schlüsselfragen wie dem Verhältnis zur Partei oder dem Redaktionswechsel 1917 einbeziehen zu können, haben wir auf Sekundärliteratur sowie ausgewählte Artikel zurückgegriffen. Quellenkritisch anzumerken ist, dass anhand der veröffentlichten Protokolle und Zeitschriften die parteiöffentlichen Diskurse zur *Gleichheit* rekonstruiert werden können. Sie lassen allerdings keine Rückschlüsse auf informelle Auseinandersetzungen zur *Gleichheit* zu, und auch die damals schwer zugänglichen Ausschussprotokolle sind keine informellen Dokumente (Boll 1980).

Ergebnisse

Ziel unseres Beitrags ist zu verstehen, warum die Sozialdemokratie im Diskurs an der Idee einer eigenen Frauenzeitschrift festgehalten hat und wie dieses Beharren mit dem Medialisierungsschub

Ende des 19. Jahrhunderts zusammenhing. Im Folgenden verdichten wir unsere Ergebnisse zu drei Thesen und führen diese gestützt auf das Kategoriensystem aus.

1. These: Die Sozialdemokratie musste (auch) die proletarischen Frauen über Massenkommunikation mit ihren politischen Ideen erreichen, um die Ziele der Partei zu verfolgen. Weil sie überzeugt war, dies über „bürgerliche“ Angebote nicht erreichen zu können, (be-)hielt sie ein eigenes Frauenblatt.

Schon auf dem ersten Parteitag nach dem Ende des Sozialistengesetzes und noch vor Gründung der *Arbeiterin*, dem Vorgängerblatt der *Gleichheit*, begrüßte der Delegierte Karl Michael Oertel aus Nürnberg, Verleger der *Fränkischen Post*, die „Gründung eines Arbeiterinnenorgans“. Er wies darauf hin, dass sich „in den letzten Jahren eine ganze Anzahl sogenannter parteiloser Blätter“ in den ArbeiterInnenhaushalten „breit gemacht“ hätten (SPD 1890, 234). Bis zur Einstellung der *Gleichheit* problematisierten einfache Delegierte, Aktivistinnen der Frauenbewegung sowie der Parteivorstand die Lesegewohnheiten der proletarischen Frauen. Ein Antrag aus Breslau 1909 beklagte, dass „die vielen bürgerlichen Frauenzeitungen, [...] im Proletariat Hunderttausende von Abonnenten haben“ (SPD 1909, 191). Frau Thiel, Vorstandsmitglied des Kreises Teltow, erklärte, dass die Frauen die Lokalblätter wegen ihrer Modezeitungsausgaben und Beilagen abonnierten (SPD 1910, 216). Und 1917 trieb den Kassenberichterstatte Otto Braun um, dass die „Familien der ins Feld gerückten Abonnenten“ das Parteiblatt nicht abbestellt hätten, um sich einzuschränken, sondern um das „bürgerliche Blatt“ zu beziehen. Er forderte, die Parteipresse müsse sich anstrengen, die „große Mas-

se der Leser zu gewinnen und zu halten [...], zu beeinflussen“ (SPD 1917, 249). Solche Sorgen wurden von den unterschiedlichen Flügeln in der Partei formuliert.

Die Partei bewertete die Lesegewohnheiten der Arbeiterfrauen als Einflussverlust. Die bürgerlichen Blätter verbreiteten „mit großem Wohlbehagen die reaktionärsten Ansichten und Bestrebungen“ (SPD 1890, 234). Die „bürgerlichen Modezeitschriften“, führte der Delegierte Scheibe aus Bochum aus, verfolgten „ja noch einen besonderen Nebenzweck“. Sie lieferten „einen Unterhaltungsstoff, der systematisch darauf zugespißt ist, die Arbeiterfrauen politisch zu verblöden“ (SPD 1912, 256). Die von „bürgerlichem Geist durchseuchten sogenannten unparteiischen Modeblätter“ seien ein Hindernis für das „Eindringen“ sozialistischer Literatur in die „indifferente proletarische Frauenwelt“, warnte auch Clara Zetkin (SPD 1910, 217). Über den drohenden Verlust an Einfluss auf Arbeiterinnen und über diese auf Ehemänner und Kinder, schrieben auch die – fast ausschließlich männlichen (Loreck 1977, 110-111) – Parteiredakteure. Die Frauen machten „meist schweigend von ihrem Protestmittel Gebrauch“ und bestellten das Parteiblatt zugunsten des Lokalanzeigers ab (Schröder 1907, 742). Bei der „Wahl der Zeitung“ gebe „in den meisten Fällen die Frau den Ausschlag“ und setze den Mann der bürgerlichen „Propaganda“ aus (Franke 1913, 4; vgl. auch Thienst 1919).

Über Jahrzehnte war es in der SPD zur Gewissheit geworden, dass die „bürgerliche Presse“ die gegnerische Presse war und dieser gegnerischen Presse die Parteipresse entgegengesetzt werden musste. Zu tief eingewurzelt war diese Gewissheit in der historischen wie auch andauernden Erfahrung, von Presse und Staat bekämpft zu werden (Faulenbach 2012). Seit ihren Anfängen hatte sich die Sozialdemokratie über ihre Behandlung in der Presse erregt und fand auch im Zeitraum des Erscheinens der *Gleichheit* immer wieder Anlässe, sich heftig zu beklagen (Löblich & Venema 2018). Aus der Erfahrung heraus, einem „Verleumdungsfeldzug [...] der gesamten bürgerlichen Presse“ ausgesetzt zu sein (SPD 1907, 196), und unter dem Eindruck, auch nach dem Sozialistengesetz weiter diskriminiert zu werden (Wehler 2008, 1246), entwickelte und verfestigte sich in der Partei die Idee der „sozialdemokratischen Presse“. Mit einer organisatorisch und inhaltlich kontrollierbaren Parteipresse sollte die erwünschte mediale

Sichtbarkeit der Partei gestaltet werden. Die Autorität dieses Presseverständnisses zeigt sich in der Institutionalisierung des Parteipresseapparats, zu der ab 1901 auch *Die Gleichheit* gehörte (Danker, Oddey, Roth & Schwabe 2003; Koszyk 1958). Wir haben zwar kaum ein Nachdenken der Sozialdemokratinnen über ihre mediale Sichtbarkeit in der Massenpresse gefunden, jedoch lassen Forschungsergebnisse vermuten, dass die Gewissheit hier dieselbe gewesen sein dürfte. Illustrierte und Tagespresse haben die Lage proletarischer oder armer Frauen und die Anliegen der proletarischen Frauenbewegung um die Jahrhundertwende diffamiert, moralisch verurteilt und sensationalisiert (Michael 2019; Wischermann 1983).

Aufgrund dieser Gewissheit – über die bürgerliche (kommerzielle) Presse bei den proletarischen Frauen nicht um Zustimmung und Unterstützung werben zu können –, konnte nur ein eigenes Frauenblatt das Massenkommunikationsproblem lösen. Jenseits der durchaus unterschiedlichen und sich im Zeitverlauf wandelnden Vorstellungen zur Ausgestaltung der *Gleichheit*, stimmten die Diskursbeteiligten darin überein, dass die Frauenzeitschrift ein „wirksames Agitationsmittel“ gegen die „bürgerlichen Schundblätter“ sein müsse (SPD 1913, 188; vgl. auch SPD 1909, 191; SPD 1912, 256). Der Reichstagsfraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann verlangte im Parteiausschuss, die „Schundliteratur unserer Gegner aus der Partei zu verdrängen“ und begründete damit einen Vorstoß für eine Alternative zur *Gleichheit* (SPD Parteiausschuss 1913, 29). Darüber hinaus erwarteten einige Delegierte von der Parteipresse insgesamt die „Erziehung der Proletarierfrauen zum Sozialismus“, etwa der Berliner Hermann Clajus (SPD 1913, 250). Die Funktion der Erziehung wurde sogar der Kinderbeilage der *Gleichheit* zugewiesen. Sie sei das „Gegengewicht“ zur Jugendliteratur, die „unsere Jugend vergiftet und ihr den knechtischen Sinn anerziehen will, der der bürgerlichen Gesellschaft anhaftet“, so Marie Greifenberg aus Augsburg auf der Frauenkonferenz (SPD 1910, 483).

Über Massenmedien können Parteien in westlichen Demokratien am wirksamsten um Akzeptanz, Legitimität und letztlich die Stimmen von Wählerinnen werben (Donges 2008; Meyen, Thieroff & Strenger 2014). Die institutionellen Kontexte und Akteure erklären, weshalb die SPD auch in der Monarchie und schon vor Einführung des Frauenwahlrechts die Arbeiter-

frauen über Massenkommunikation zu erreichen suchte.

Neben der Expansion der kommerziellen (Frauen-)Massenpresse, der gewachsenen Lesefähigkeit und der Zugänglichkeit von Lesestoff auch für Arme (Koenen 2012; Reutershan 1980) wurden Frauenthemen in der Partei institutionalisiert. Frauen traten auf dem Parteitag auf und verlangten, dass die Partei sich mit Frauenthemen beschäftigte. Sie konnten sich dabei auf Demokratie, Gleichheit und Emanzipation berufen, auf das „policy-seeking“ der SPD (Donges 2008, 83). Helma Steinbach etwa, Hamburger Delegierte und Gewerkschaftsaktivistin, forderte 1890 von ihren Parteigenossen, „uns Frauen auch in Bezug auf die Presse Gleichberechtigung“ zu gewähren. Sie beschwerte sich, dass ihre Berichte aus der Frauenbewegung von den Parteizeitungen nicht aufgenommen oder gekürzt wurden (SPD 1890, 233). Dass der Verweis der Frauen auf die *ideational structures* der Partei durchaus Wirkung hatte, zeigt eine Reaktion des Parteitagsvorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Paul Singer auf demselben Parteitag. Eine abfällige Bemerkung über die „Kaffeekränzchenblätter“ der Arbeiterinnenbewegung strafte er mit dem Hinweis auf die „gleichberechtigte Frau“ ab (SPD 1890, 235). Die Einrichtung von Frauenkonferenzen ist in der Literatur damit begründet worden, dass die Männer wenig Interesse gehabt hätten, die Frauenemanzipation zu diskutieren (Evans 1979, 91). Philipp Scheidemann ordnete Frauen, die während des Kriegs gegen Lebensmittelknappheit im Reichstag protestierten, als Opfer von Hetze ein (Scheidemann 1928, 332-334). Wie auch immer die Wahrnehmung politisierter Frauen war, ihre Auftritte auf Parteitagen, die Frauenkonferenzen, ebenso wie die Rubrik „Frauenbewegung“ in den *Sozialistischen Monatsheften* haben eine politische Gruppe sichtbar gemacht. Dabei dürfte neben Zetkin August Bebel eine besondere *Macht über Ideen* entfaltet haben. Der Parteitag forderte 1891 nach seiner und Zetkins Stellungnahme ein Wahlrecht ohne Geschlechtsunterschied. Der „charismatische Führer“ (Faulenbach 2012, 25) hatte schon Jahre zuvor mit seinem Buch *Frau und Sozialismus* (1879) die Aufmerksamkeit auf Frauenthemen gelenkt (Kinnebrock 1999, 147-148; Wischermann 1983, 149).

Des Weiteren dürfte die Ansprache der Frauen über Massenkommunikation für die SPD ein – wenn auch untergeordnetes – Thema gewesen

sein, weil sich die SPD im Erscheinungszeitraum der *Gleichheit* zur Massenpartei entwickelte (Faulenbach 2012, 21). Die Prämisse des Vorstands lautete Mitgliederzuwachs (Evans 1979, 168). Die Mitgliederzahlen dürften aus Sicht des Parteiapparats für die öffentliche Darstellung und auch für die Parteikasse wichtig gewesen sein (SPD Parteiausschuss 1915, 224). Zwar waren Frauen 1908 noch stark unterrepräsentiert (Faulenbach 2012, 22f). Die weiblichen Mitgliederzahlen stiegen danach aber deutlich an. Nach dem Ersten Weltkrieg lag der Anteil der weiblichen Mitglieder bei etwa 20% der Parteimitglieder. Kein anderes Thema habe den Parteiausschuss der Vorkriegszeit so oft beschäftigt wie die „Frauenagitation“, behauptet Friedhelm Boll in seiner Einordnung des Parteiausschusses (Boll 1980, XX). Auch in den Vorstandsberichten, in den Berichten zur Frauenbewegung und in den Diskussionen über *Die Gleichheit* über den Zeitraum hinweg geht es um die Entwicklung von Abonnentinnenzahlen und um die Mitgliederwerbung, die *Die Gleichheit* leistete. Daraus schließen wir, dass das Blatt bedeutsam war, um der Partei Sympathisantinnen zuzuführen und zu binden. Trotz dieser Erwartung drang der Vorstand aber nicht auf Popularisierung, wie wir unten ausführen. Jedenfalls scheint diese Erwartung bereits auf, bevor die proletarische Frauenbewegung eine Massenorganisation wurde (Evans 1979, 165). So kritisierte der *Vorwärts*-Redakteur Georg Gradnauer auf dem Parteitag 1898 Zetkin dafür, dass sie es nach sechs Jahren nicht geschafft habe, „mit ihrer Zeitung eine größere Arbeiterinnenbewegung hervorzurufen“ (SPD 1898, 122). Zetkin selbst wollte kein „Massenblatt“ (SPD 1901, 307). Auch aus den Beiträgen ihrer Mitstreiterin Luise Zietz schließen wir, dass die Partei von der *Gleichheit* (und der Frauenbewegung) ‚Masse‘ erwartete. Luise Zietz, die ab 1905 nach und nach die Regie in der proletarischen Frauenbewegung übernahm (Evans 1979) verdankte ihren Aufstieg als erste Frau in den Parteivorstand auch ihrem Ruf als erfolgreiche Agitatorin. Nach Einführung des Wahlrechts wurde im Parteiausschuss 1919 auf die Bedeutung der *Gleichheit* für die „Wahlagitation“ hingewiesen, es gehe um die „Stimmen der Frauen“ (SPD Parteiausschuss 1919, 853).

2. These: Die fortwährende Kritik an (der fehlenden „Popularität“) der *Gleichheit* festigte die Institution Frauenzeitschrift (und die Institution Parteipresse).

Delegierte der Parteitage und der Frauenkonferenzen kritisierten zwar kontinuierlich *Die Gleichheit* und schlugen Veränderungen der Zeitschrift vor. Allerdings blieben sie dabei der *ideational structure* der sozialdemokratischen Parteipresse verhaftet und stellten die parteieigene Frauenzeitschrift nicht grundsätzlich in Frage. Insbesondere regionale Vertreterinnen der reformorientierten Gewerkschaften wie Klara Heinrich, Mitglied des Fabrikarbeiterverbands (Sachse 2010, 579), berichteten, dass sich die Leserinnen über die Verständlichkeit der Zeitschrift beschwerten (SPD 1896, 171; vgl. auch SPD 1905, 282). Vertreterinnen um die Berliner Gewerkschafterin Paula Thiede und den Mannheimer Arbeitersekretär Simon Katzenstein schlugen deshalb vor, „den Charakter der ‚Gleichheit‘ zu ändern, sie populärer zu gestalten und in weiteren Kreisen zur Verbreitung zu bringen“ (SPD 1900, 252). Die führende Gewerkschafterin und erste hauptberufliche Arbeitersekretärin Helene Grünberg (Sachse 2010, 188) wiederholte diese Forderung, damit „für die Frauen ein Blatt geschaffen werde, das sie verstehen und auch lesen“ (SPD 1911, 428). Ausgehend von dieser Problemdefinition, dass die Arbeiterinnen die Zeitschrift nicht verstehen und folglich erst gar nicht lesen würden, brachten Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch andere Delegierte kontinuierlich Anträge zur *Gleichheit* ein (SPD 1902, 306-307; SPD 1904, 373). Ihre Vorschläge lauteten, entweder eine eigene Modezeitung zu gründen oder Schnittmuster und „kleinere Artikel für die Hausfrau über die Küche, Wäsche und dergleichen“ in *Die Gleichheit* aufzunehmen (SPD 1912, 166; vgl. auch SPD 1909, 191; SPD 1910, 164; SPD 1913, 188). Diese Vorschläge stärkten die Institution Frauenzeitschrift, indem sie nicht auf Alternativen zur Herausgabe einer parteieigenen Frauenzeitschrift zielten, sondern auf die Veränderung der *Gleichheit* oder sogar die Gründung weiterer Publikationen. Die Forderungen reformorientierter GewerkschafterInnen als *foreground*-Akteure bewegten sich damit immer innerhalb der *ideational structure* der sozialdemokratischen Parteipresse. Auch ReformistInnen als *foreground*-Akteure brauchten diese *ideational structure* als Ideen-Bausteine, um Zetkins „konsequent marxistischen“ (frauen-)politischen Kurs (Staupe 1975) zu delegitimieren und eigene Interessen und Machtziele innerhalb der Partei zu verfolgen.

Hinter den Forderungen einer Anpassung der *Gleichheit* an die Bedürfnisse und Gewohnheiten

der Leserinnen stand die Annahme starker Medienwirkungen auf Arbeiterinnen. Wally Zepler, die aus einer bürgerlichen Familie stammte und die Rubrik „Frauenbewegung“ der *Sozialistischen Monatshefte* leitete, begründete damit 1915 eine Fundamentalkritik an Zetkin und ihrer Haltung gegen die Burgfriedenspolitik der Parteiführung im Ersten Weltkrieg. Die Verbreitung radikaler Ansichten wäre besonders unter den ungebildeten Proletarierinnen gefährlich, denn: „Alles, was es schreibt, gräbt sich tief in die Seele seiner naiv belehrungsdurstigen Leserinnen“ (Zepler 1915, 697). Marie Juchacz wies ebenfalls in den *Sozialistischen Monatsheften* darauf hin, dass die „Agitation“ der Partei „mehr auf die weibliche Psyche eingestellt werden“ müsste (Juchacz 1917, 833). Auch diese Wirkungsannahmen stellten nicht die Frauenzeitschrift an sich in Frage, sondern begründeten erst recht die Notwendigkeit eines eigenen Blatts.

Zetkin konnte die Kritik mit Unterstützung anderer orthodox-marxistischer Funktionärinnen wie Luise Zietz, Ottilie Baader, Marie Greifenberg (Evans 1979, 170) und Parteilinker wie Hans Marckwald, Karl Ryssel und Hermann Jäckel leicht abwehren (SPD 1900, 252; 1902, 307; 1910, 217-220; 1911, 422-429). Die Gruppe von Frauen um Zetkin gehörte zur ersten Aktivistinnengeneration in der sozialistischen Frauenbewegung; Aktivistinnen, die im preußischen Abgeordnetenhaus noch im „Segment“ sitzen und „polizeiliche Schikanen“ über sich ergehen lassen mussten (Baader 1921, 5, 39). Für diese Stimmen im *Gleichheits*diskurs, die Popularisierungsforderungen abwehren und für die Anliegen der Frauenbewegung in der Partei werben mussten, wurde die massenhafte Anwerbung von Abonentinnen und Frauen als Parteimitgliedern zur Legitimationsstrategie. So konnten sie *power through ideas* erlangen. Sie rechtfertigten sich über die erreichte Masse und stabilisierten eine Zeit lang ihre Vorstellung der Frauenzeitschrift. Die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen, Ottilie Baader (Baader 1921), verwies auf das „fortwährende Steigen des Abonnementstandes“ (SPD 1902, 40; vgl. auch SPD 1903, 50; SPD 1908, 113) als „deutliche[n] Beweis dafür, daß bei zäher Agitation die Frauen auch für ernste Lektüre zu gewinnen sind“ (SPD 1904, 58-59). Luise Zietz betonte die „agitorischen Erfolge“ bei Abonentinnen- und Mitgliederwerbung (SPD Parteiausschuss 1914, 68; 1915, 224; vgl. auch SPD 1907, 216-217). Sie erwähnte jedoch nicht, in-

wiefern sich diese Erfolge auch den kostenlos verteilten Exemplaren verdanken, die Massenabonnements örtlicher Parteieinheiten ermöglicht hatten (Koszyk 1980, 19).

Während reformorientierte, einfache Delegierte ohne höhere Positionen in der Partei unter der zentristischen Parteiführung als *foreground*-Akteure auftraten, äußerte sich der Parteivorstand, solange die Zeitschrift unter Zetkins Leitung stand, nicht. Nur 1912 erklärte Zietz „[i]m Namen des Parteivorstandes“ einen Antrag zur *Gleichheit* abzulehnen:

„Der Parteivorstand und die Redaktion der ‚Gleichheit‘ gehen darin einig, daß das Niveau der ‚Gleichheit‘ nicht herabgedrückt werden darf.“

(SPD 1912, 256-257)

Anders als in der Literatur häufig behauptet, war es also zunächst nicht der Vorstand, der „einer Popularisierung des Blattes das Wort“ redete (Gerhard & Wischermann 1988, 272; vgl. auch Thönnessen 1969; Reutershan 1980). Nach der Entlassung Zetkins und der Übernahme der Redaktion durch Marie Juchacz und Heinrich Schulz erklärte der Parteivorsitzende Friedrich Ebert, dass Zetkins Haltung gegen die Parteiführung während des Ersten Weltkriegs der Grund für den Rückgang der Zahl weiblicher Parteimitglieder gewesen wäre (SPD 1917, 236). Die Parteiführung hatte, mit dieser Ausnahme, in Sachen *Gleichheit* offenbar keinen Diskussionsbedarf – weder das Zentrum unter Bebel mit Zetkin noch die folgenden Führungen mit Juchacz, Schulz und ihren Nachfolgerinnen.

Trotz der Umgestaltung setzten sich die Beschwerden und Forderungen unverändert fort (SPD 1921, 32; SPD 1922, 83). Nach der Einstellung der *Gleichheit* hielt die SPD an einer eigenen Frauenzeitschrift fest. Doch auch mit der Einführung der *Frauenwelt* neben dem Funktionärinnenorgan *Genossin* ging die SPD nicht konsequent dazu über, die Zeitschriften an den unterschiedlichen Lesebedürfnissen auszurichten.

3. These: Die *Gleichheit* sorgte (mit kurzer Unterbrechung) für das gewünschte positive Bild der Partei in ihrer Teilöffentlichkeit.

Immer wieder kamen ParteiführerInnen, aber auch einfache Delegierte und RedakteurInnen auf den Parteitag und in den Parteizeitschriften auf das Bild der SPD in der medialen Öffentlichkeit zu sprechen. Dabei benannten sie stets

Misstände: Die bürgerliche Presse diskreditierte die Sozialdemokratie, die Parteipresse machte innerparteilichen Streit sichtbar oder wich von der Parteilinie ab. Das gewünschte öffentliche Bild einer einigen und starken Partei wurde aus ihrer Sicht immer wieder beschädigt. Um 1900 stiftete aus Sicht der Parteimehrheit der rechte Flügel der „Revisionisten“ diesen Schaden, ein paar Jahre später der linke. Auf manchen Parteitagen waren die Delegierten mehrere Tage mit diesen Themen beschäftigt (exemplarisch SPD 1891, 1901, 1903, 1906, 1919; Kautsky 1906; Stampfer 1903). Aus den Diskussionen um die Presse, auch aus den anhaltenden Vorwürfen, die zentristische Parteiführung behindere die innere Meinungsfreiheit (Sperlich 1983, 110-113), ist ersichtlich, wie mediale Öffentlichkeit nach der Expansion der Presse „zum Objekt politischen Kalküls“ (Stöber 2000, 23; vgl. auch Stöber 2010) geworden war und gleichzeitig die Beschädigung des öffentlichen Images der Partei zu einem mächtigen Instrument im Parteidiskurs wurde. Beide diskursiven Aspekte von öffentlicher Kommunikation – einmal als *power in ideas* und einmal als *power through ideas* – sind auch im Diskurs um *Die Gleichheit* zu finden.

Über die längste Zeit ihres Erscheinens bereitete *Die Gleichheit* den Parteigremien keine Probleme, was die öffentliche Darstellung der Partei anging. Zetkins Artikel „profilieren die von den männlichen Parteigenossen im Reichstag vertretene Politik“, meinte Ulla Wischermann (2003, 200), die sich auch die Inhalte der Zeitschrift angeschaut hat. Zetkin habe regelmäßig aktuelle Tagespolitik kommentiert und gut informiert über die politischen Entwicklungen im Reich berichtet. Zu demselben Urteil kommt Karen Honeycutt (1975, 418). Die Sozialdemokratin habe die Redaktion mit straffen Zügeln geführt und lange das ungeschriebene Parteigesetz befolgt, dass Vorstandskritik ein Tabu war. Die Rubrik „Aus der Bewegung“ berichtete über die SPD, Gewerkschaften und Politik (Kinnebrock 1999, 142). Noch vor dem Übergang ins Parteieigentum wurde jeder Parteitag auf der Titelseite beworben, seine Themen vor- und nachbereitet (vgl. etwa *Gleichheit* 12.9.1900, 145). Die Frauen-Agitationskommission in Berlin und die Redaktion forderten die Genossinnen auf, weibliche Delegierte zu entsenden sowie die „im Wahlkampf stehenden Genossen in jeder Weise“ zu unterstützen (*Gleichheit* 4.10.1893, 153; *Gleichheit* 31.5.1893, 81).

Erst in den Kriegsjahren wurde *Die Gleichheit* zum Ärgernis. Das hing mit dem Wandel der

Partei ab der Jahrhundertwende zusammen. Vor dem Ersten Weltkrieg waren die SozialdemokratInnen „von ihrem ganzen Habitus her“ keine Revolutionäre mehr (Faulenbach 2012, 31). Zetkin gehörte nach 1900 zu den revolutionären Linken in der Partei. Ihre Artikel hielten an der Ablösung der alten Ordnung durch den Sozialismus fest (vgl. etwa *Gleichheit* 17.9.1915, 173). Richard Evans behauptet, dass nur *Die Gleichheit* noch die orthodox marxistischen Positionen vor dem Ersten Weltkrieg sichtbar gemacht hat (Evans 1979, 186). Jedenfalls hatte das Blatt begonnen, die Partei anzugreifen, kritisierte sie für das Einschwenken in die nationalistische Linie, Kriegskredite und Unterstützung der Burgfriedenspolitik (Faulenbach 2012, 34–36). Es stellte sich aus Sicht der Partei schließlich „offen in den Dienst“ der USPD (SPD Parteausschuss 1919, 636). Im Parteausschuss beschwerte sich Robert Leinert, Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus, schon 1915 über Polemik und „falsche Behauptungen“ über die preußische Landtagsfraktion in der *Gleichheit* und verlangte vom Vorstand, „gegen derartige Darstellungen einzuschreiten“ (SPD Parteausschuss 1915, 116). Eine größere Debatte löste sie zu diesem Zeitpunkt aber nicht aus. Das passierte erst im Frühjahr 1917, als es um Zetkins Entlassung ging. Es war die einzige längere Ausschusssitzung überhaupt zur *Gleichheit*. Sie thematisierte den Schaden, den das Blatt der Partei zugefügt hatte. Sorge verursachte auch die mediale Aufmerksamkeit für die Entlassung. Zetkin sei entschlossen, „die Partei in der Öffentlichkeit herunterzureißen“, sagte das sächsische Mitglied Beims und ergänzte, dass im Ausland „alles geschehen (würde), um den Parteivorstand als Henkersknecht hinzustellen“ (SPD Parteausschuss 1917, 452). Beims erhielt breite Zustimmung, auch von Ebert, der die „Herabsetzung und Verunglimpfung“ der Partei verurteilte (ebd., 455). Der Ausschuss erwog nicht, das Blatt einzustellen. Vielleicht auch, weil der Parteivorstand in dieser Sitzung von der „Frauenagitation“ berichtete (ebd., 436) und Otto Wels darüber nachdachte, wie weitere weibliche Mitglieder zu gewinnen seien. Es sei „alles zu tun“, um die Frauen „mit den Unabhängigen nicht anheimfallen zu lassen“ (ebd., 451). Wie in anderen Fällen (Sperlich 1983, 70, 110–113; Koszyk 1980, 382; Meißner 2017) wurde auch bei Zetkin der Presseapparat genutzt, um das Bild der Partei in der Öffentlichkeit zu korrigieren und auch hier durch den Austausch der Redaktion (*power over ideas*).

Nach der Entlassung Zetkins konnte der Parteivorsitzende Friedrich Ebert den Parteausschuss beruhigen: Marie Juchacz und Heinrich Schulz bildeten nun eine „brauchbare Redaktion“ (SPD Parteausschuss 1917, 552; vgl. auch Sachse 2010, 122). „In eigener Sache“ versprachen diese beiden, dass *Die Gleichheit* ihre Pflicht

„durch ihre ehrliche und gewissenhafte Unterstützung ihrer Politik und durch eine Einwirkung auf die sozialdemokratischen Frauen im Sinne der demokratischen Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheiten besser erfüllt, als es die ‚Gleichheit‘ während des Krieges [...] getan hat“
(*Gleichheit* 8.6.1917, 117–118)

Miriam Sachse (2010, 124–125) hat festgestellt, dass das Blatt – gestützt von einem modifizierten Presseverständnis des Vorstands – nun neben praktischen und familienorientierten Themen erzieherische Artikel zu Parteigenossenschaft und Parteigehorsam brachte. Neue Sorgen um die Darstellung der Partei kamen nicht auf.

Fazit

Dieser Beitrag ergänzt die gut erforschte Geschichte der SPD-Frauenzeitschrift *Die Gleichheit* um einen weiteren Blickwinkel. Während das Blatt bislang in seiner Funktion für die Frauenbewegung untersucht wurde, betrachten wir es aus Sicht der Partei. Geleitet von den Annahmen der Medialisierungsforschung, dass Medienwandel nicht ohne Wirkung auf gesellschaftliche Akteure bleibt, verfolgen wir dabei das spezifische Erkenntnisinteresse, wie die SPD im Diskurs über *Die Gleichheit* die Ausbreitung der Massenpresse und die Ausdifferenzierung der Frauenpresse im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts für sich verarbeitet hat.

Am Diskurs über *Die Gleichheit* lässt sich zeigen, wie auch in einem im Vergleich mit der aktuellen Tagespresse weniger wichtigen Teilbereich der sozialdemokratischen Presse – und trotz fortgesetzter Kritik – die Gewissheit aufrechterhalten wurde, ein eigenes Blatt zu benötigen. Diese Ideenstruktur beruhte auf der Abgrenzung zur kommerziellen Presse, von der SPD als „bürgerliche“ Presse wahrgenommen. Diese Ideenstruktur wurde im Untersuchungszeitraum modifiziert und *Die Gleichheit* in Aufmachung und Inhalt an erfolgreiche Frauenzeitschriften angenähert. Die grundsätzliche Idee einer eige-

nen Frauenpresse konnte die Partei aber nicht aufgeben (*power in ideas*). Zu tief verwurzelt war sie in der historischen und fortdauernden Erfahrung, von Presse und Staat bekämpft zu werden. Das Beispiel der *Gleichheit* ist gut geeignet, um das grundsätzliche Dilemma der Partei zu zeigen (Koszyk 1980, 6). Auf der einen Seite musste sie an ihrer Idee der Parteipresse festhalten, die sich von der „bürgerlichen“ Presse unterschied, um ihre historisch gewachsene Identität und Daseinsberechtigung als politische Organisation zu erhalten und zugleich wenigstens einen Teil ihrer öffentlichen Darstellung kontrollieren zu können. Auf der anderen Seite konnte es ihr damit unter den Bedingungen eines kommerziellen Medienangebots nicht gelingen, bei den Frauen für sich zu werben. Wie präsent das Massenkommunikationsproblem in der SPD war, zeigen die Tatsachen, dass *Die Gleichheit* Gegenstand des Diskurses wurde, obwohl Frauenthemen aus Sicht der männlich dominierten Partei am Rande lagen, und dass dieser Diskurs schon geführt

wurde, bevor Frauen reichsweit Parteimitglieder werden, geschweige denn wählen durften. Außerdem zeigt unsere Studie, dass der Vorwurf, das Bild der Partei in der Öffentlichkeit zu beschädigen, als Legitimationsstrategie eingesetzt wurde, um Abweichungen von der Mehrheitslinie zu sanktionieren (*power through ideas*). So wurde Clara Zetkin unter der reformistischen Parteiführung mit dem Argument diskreditiert, sie würde die Partei verleumden. Auf dieselbe Weise war bereits das marxistische Zentrum um 1900 gegen die RevisionistInnen vorgegangen. Die Bedeutung medialer öffentlicher Kommunikation zeigt sich in diesem Muster im Parteipressediskurs. Diese Studie macht deutlich, dass Medialisierung kein geradliniger Prozess der Anpassung gesellschaftlicher Akteure an veränderte mediale Logiken ist. Vielmehr geht er mit Spannungszuständen für diese Akteure einher, die in Diskursen sichtbar werden und aus je spezifischen Bedingtheiten zu erklären sind.

Bibliographie

- Baader, O. (1921). *Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen*. Stuttgart.
- Blos, A. (Hg.) (1930). *Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus*. Dresden.
- Boll, F. (1980). Zur Funktion und Bedeutung des Parteiausschusses der SPD (1912-1921). In: *Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD*. Nachdruck. Berlin, S. XI-XXVII.
- Bösch, F. & Frei, N. (2006). Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung. In: Dies. (Hg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*. Göttingen, S. 7-23.
- Carstensen, M. & Schmidt, V. A. (2016). Power through, over and in ideas: conceptualizing ideational power in discursive institutionalism. In: *Journal of European Public Policy*, 23 (3), S. 318-337.
- Danker, U., Oddey, M., Roth, D. & Schwabe, A. (2003). *Am Anfang standen Arbeiterergossen. 140 Jahre Medienunternehmen der SPD*. Berlin.
- Donges, P. (2008). *Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden.
- Donges, P. & Jarren, O. (2014). Mediatization of political organizations: Changing parties and interest groups? In: Esser, F. & Strömbäck, J. (Hg.), *Mediatization of politics: Understanding the transformation of Western democracies*. Basingstoke, S. 181-199.
- Eisfeld, G. (1980). Titelverzeichnis der sozialdemokratischen Presse 1863-1945. In: Koszyk, K. & Eisfeld, G. (Verf.), *Die Presse der deutschen Sozialdemokratie*. Bonn, S. 61-206.
- Evans, R. J. (1979). *Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich*. Berlin.
- Faulenbach, B. (2012). *Geschichte der SPD: von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München.
- Franke, A. (1914). Die Parteipresse auf dem Parteitag. In: *Die Neue Zeit*, 32 (1. Band, 1), S. 22-27.
- Gerhard, U. & Wischermann, U. (1988). Liberalismus – Sozialismus – Feminismus. Zeitschriften der Frauenbewegung um die Jahrhundertwende. In: Brinker-Gabler, G. (Hg.), *Deutsche Literatur von Frauen*. Band 2. München, S. 268-284.
- Honeycutt, K. (1975). *Clara Zetkin: A Left-wing Socialist and Feminist in Wilhelmian Germany*. Diss. Columbia University.

- Juchacz, M. (1917). Berufsarbeit und politisches Interesse der Frau. In: *Sozialistische Monatshefte*, 23 (16), S. 831-835.
- Kautsky, K. (1906). Die Freiheit der Meinungsäußerung. In: *Die Neue Zeit*, 24 (1. Band, 5), S. 152-155.
- Kinnebrock, S. (1999). „Gerechtigkeit erhöht ein Volk!“: Die erste deutsche Frauenbewegung, ihre Sprachrohre und die Stimmrechtsfrage. In: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte*, 1, S. 135-172.
- Kinnebrock, S. (2009). Politikvermittlung durch Frauenzeitschriften? Popularisierungsstrategien und Konturen frauenpolitisch aktiver Öffentlichkeiten im Wandel. In: Lünenborg, M. (Hg.), *Politik auf dem Boulevard: Die Neuordnung der Geschlechter in der Politik der Mediengesellschaft*. Bielefeld, S. 275-301.
- Kinnebrock, S. (2017). Der Aufstieg als Niedergang? Eine Analyse der Öffentlichkeitsprozesse rund um politische Frauenzeitschriften in Kaiserreich und Weimarer Republik. In: Klaus, E. & Drüeke, R. (Hg.), *Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse: Theoretische Perspektiven und empirische Befunde*. Bielefeld, S. 79-99.
- Koenen, E. (2012). „Wie und nach welcher Richtung entwickelte sich das Lesebedürfnis der Arbeiterschaft?“ Eine historisch-empirische Fallstudie zur „Entfesselung“ der Mediennutzung im 19. Jahrhundert. In: *Publizistik*, 57 (1), S. 27-54.
- Koszyk, K. (1958). *Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933*. Heidelberg.
- Koszyk, K. (1980). Die Geschichte der sozialdemokratischen Presse im Überblick. In: Koszyk, K. & Eisfeld, G. (Verf.), *Die Presse der deutschen Sozialdemokratie*. Bonn, S. 3-58.
- Löblich, M. & Venema, N. (2018). Sozialdemokratie und Medienpolitik. Der Beitrag parteiungebundener Autoren in der Pressereformdebatte Anfang des 20. Jahrhunderts. In: *Medien und Kommunikationswissenschaft*, 66 (3), S. 320-336.
- Loreck, J. (1977). *Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel*. Bonn-Bad Godesberg.
- Mehring, F. (1908). Bürgerliche und proletarische Presse. In: *Die Neue Zeit*, 26 (2. Band, 27), S. 1-4.
- Meißner, M. (2017). *Der Verein Arbeiterpresse (1900-1933). Selbstverständnis, Autonomie und Ausbildung sozialdemokratischer Redakteure*. Baden-Baden.
- Meyen, M. & Löblich, M. (2006). *Klassiker der Kommunikationswissenschaft. Fach- und Theoriegeschichte in Deutschland*. Konstanz.
- Meyen, M. (2009). Medialisierung. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 57 (1), S. 23-38.
- Meyen, M., Thieroff, M. & Strenger, S. (2014). Mass media logic and the mediatization of politics. In: *Journalism Studies*, 15 (3), S. 271-288.
- Michael, H. (2019). Die Darstellung der Unterschicht im wilhelminischen Berlin durch Sozialreportagen der Massenpresse. In: *medien & zeit*, 34 (2), S. 3-13.
- Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1890-1959). Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. Abgerufen von <http://library.fes.de/parteitage/>, Zugriff am 25.3.2019.
- Reutershan, J. (1980). *Clara Zetkin und Brot und Rosen. Literaturpolitische Konflikte zwischen Partei und Frauenbewegung in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie*. New York, Bern, Frankfurt am Main.
- Sachse, M. (2010). *Von „weiblichen Vollmenschen“ und Klassenkämpferinnen – Frauengeschichte und Frauenleitbilder in der proletarischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ (1891-1923)*. Diss. Universität Kassel. Abgerufen von <https://kobra.uni-kassel.de/handle/123456789/2011020735654>, Zugriff am 25.3.2019.
- Scheidemann, P. (1928). *Memoiren eines Sozialdemokraten*. 2 Bände. Dresden.
- Schmidt, V. A. (2008). Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse. In: *Annual Review of Political Science*, 11, S. 303-326.
- Schröder, W. (1907). Unsere Presse. In: *Sozialistische Monatshefte*, 13 (9), S. 741-749.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1980). *Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921. Nachdruck*. 2 Bände. Berlin, Bonn.
- Sperlich, W. (1983). *Journalist mit Mandat. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867 bis 1918*. Düsseldorf.

- Stamper, F. (1903). Gewissensfragen. In: *Die Neue Zeit*, 21 (1. Band, 26), S. 825-828.
- Stäude, F. (1974). Die Rolle der „Gleichheit“ im Kampf Clara Zetkins für die Emanzipation der Frau. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 16 (3), S. 427-445.
- Stöber, R. (2010). Medialisierung vor 1945. Wie tragfähig ist der Begriff als kommunikationshistorisches Konzept für Frühe Neuzeit und Moderne? In: Arnold, K., Classen, C., Kinnebrock, S., Lersch, E. & Wagner, H.-U. (Hg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Politik im 20. Jahrhundert*. Leipzig, S. 77-94.
- Stöber, G. (2000). *Pressepolitik als Notwendigkeit. Zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914*. Stuttgart.
- Thienst, F. (1919). Parteitag und Parteipresse. In: *Die Neue Zeit*, 37 (2. Band, 5), S. 110-114.
- Thönnessen, W. (1969). *Frauenemanzipation. Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933*. Frankfurt.
- Wehler, H.-U. (2008). *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Band 3. München.
- Wilke, J. (2008). *Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte*. Köln, Weimar, Wien.
- Wilke, J. (2010). Medialisierung der Politik? Reichskanzler von Bülow als Vorläufer. In: Arnold, K., Classen, C., Kinnebrock, S., Lersch, E. & Wagner, H.-U. (Hg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Politik im 20. Jahrhundert*. Leipzig, S. 97-120.
- Wilke, J. (2011). Auf dem Weg zur „Großmacht“: Die Presse im 19. Jahrhundert. In: Wilke, J. (Verf.), *Von der frühen Zeitung zur Medialisierung*. Gesammelte Studien II. Bremen.
- Wischermann, U. (1983). *Frauenfrage und Presse. Frauenarbeit und Frauenbewegung in der illustrierten Presse des 19. Jahrhunderts*. München.
- Wischermann U. (2002). Interaktion von Öffentlichkeiten. Zur Geschichte der Frauenpresse im 18. und 19. Jahrhundert. In: Klaus, E., Röser, J. & Wischermann, U. (Hg.), *Kommunikationswissenschaft und Gender Studies*. Wiesbaden, S. 212-240.
- Wischermann, U. (2003). *Frauenbewegung und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke – Gegenöffentlichkeiten – Protestinszenierungen*. Königstein/Taunus.
- Zeppler, W. (1915). Unser Frauenzentralorgan. In: *Sozialistische Monatshefte*, 21 (14), S. 693-700.
- Zetkin, C. (18.07.1915). Feststellung. In: *Vorwärts*, S. 4.

MARIA LÖBLICH,

Prof. Dr., ist seit 2016 Professorin für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der FU Berlin. Sie war zuvor wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU München. Forschungsschwerpunkte: Kommunikationsgeschichte, Medienpolitik und qualitative Methoden.

NIKLAS VENEMA,

MA, ist seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der FU Berlin. Er studierte Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig. Forschungsschwerpunkte: Journalismus, Medienpolitik und politische Kommunikation in historischer Perspektive.

Die ‚Mietskaserne‘ als planungskulturelles Narrativ der 1980er-Jahre

Zwei Fallbeispiele der Altstadt-Erneuerung in Ost- und West-Berlin

Kathrin Meißner

Institut für Geschichtswissenschaft,

Humboldt-Universität zu Berlin sowie Historische Forschungsstelle des Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)

Abstract

Das Narrativ der Mietskaserne entstand als Resultat industrieller Urbanisierung und expansivem Bau von Massenmietshäusern zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Für GroßstadtkritikerInnen und wandelnde Stadtplanungsleitbilder diente die ‚Mietskaserne‘ als Argument ‚schlechte‘ Stadtplanung zu benennen und von den zeitgenössischen ‚besseren‘ Planungsidealien abzugrenzen. Mitte der 1970er-Jahre begann im Zuge der Altstadt-Aufwertung allmählich eine Relativierung hin zu einer positiven Projektionsfläche urbaner und gesellschaftlicher Identität. Der Beitrag untersucht anhand von zwei Fallbeispielen der 1980er aus Ost- und West-Berlin die Verwendung des Narrativs ‚Mietskaserne‘ in der medialen Öffentlichkeit in planungskulturellen Diskursen der Altstadterneuerung. Dabei spielen sowohl implizite als auch explizite Referenzen zur ‚Mietskaserne‘ in schriftlichen wie visuellen Textquellen eine Rolle. In der medialen Kommunikation und dem stetigen Rückbezug auf die Zuschreibungen der ‚Mietskaserne‘ wird das Narrativ im spezifischen Kontext der Fallbeispiele verortet und gleichzeitig in öffentlichen Diskursen und der zeitgenössischen Planungskultur reproduziert und verbleibt somit gesamtgesellschaftlich präsent.

Die ‚Mietskaserne‘ besitzt als städtebauliches Narrativ in der Stadtplanungskultur einen wichtigen Stellenwert als stetig wiederkehrendes Moment. Entstanden aus den polemischen Forderungen der frühen Sozial- und Wohnreformbewegung der 1850er-Jahre entstand eine negative Konnotation der ‚Mietskaserne‘ als Ort miserabler Wohnverhältnisse der Arbeiterklasse im Rahmen der industriellen Urbanisierung (Geist & Kürvers 1984, 220). Als Ausdruck von Empörung, Erstaunen und Ohnmacht über die schnell und umfangreich errichteten gründerzeitlichen Massenmietshäuser, die als ‚Berliner Mietskasernengürtel‘ die rasant aufsteigende Metropole und neue Hauptstadt umschlossen, etablierte sich diese Bezeichnung. Dabei spielten Unterscheidungen zum einen zwischen der bezirklichen Verortung der ‚Mietskaserne‘ im Berliner Stadtbild, zum anderen zwischen den Gebäude-Typologien (nach Bauform, Gliederung und Wohnsituation) von Massenmietshäusern kaum eine Rolle. Es etablierte sich das Narrativ ‚Mietskaserne‘ im gesellschaftlichen Sprachgebrauch (Hoffmann-

Axthelm 2011, 198). Im Laufe des 20. Jahrhunderts diente die ‚Mietskaserne‘ fortan als Projektionsfläche, um abgelehnte städtebauliche Ideale unterzubringen und die zeitgenössischen Städtebau-Prinzipien demgegenüber als ‚gute Planung‘ zu legitimieren. Erst ab Mitte der 1970er-Jahre erfuhr das Narrativ eine Renaissance. Die zunehmende Kritik in Fach- und zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit am flächenhaften Abriss von Altbauten und die allmähliche Aufwertung historischer Wohnstrukturen wurden zunehmend durch Akteure in Wohnungspolitik und Städtebau aufgegriffen. Eine Relativierung der ‚Mietskaserne‘ fand Eingang in die Planungskulturen der späten 1970er-Jahre und verfestigte sich merklich im folgenden Jahrzehnt. Die ‚Mietskaserne‘ wurde auf vielfältige Art und Weise neu beleuchtet und vor allem maßgeblich vom negativen Image im „Moloch Großstadt“ (Harlander 2006, 98) freigesprochen (Bodenschatz 1987, 55-69).

In diesem Beitrag soll die Präsenz des Narrativs in der medialen Öffentlichkeit anhand zweier

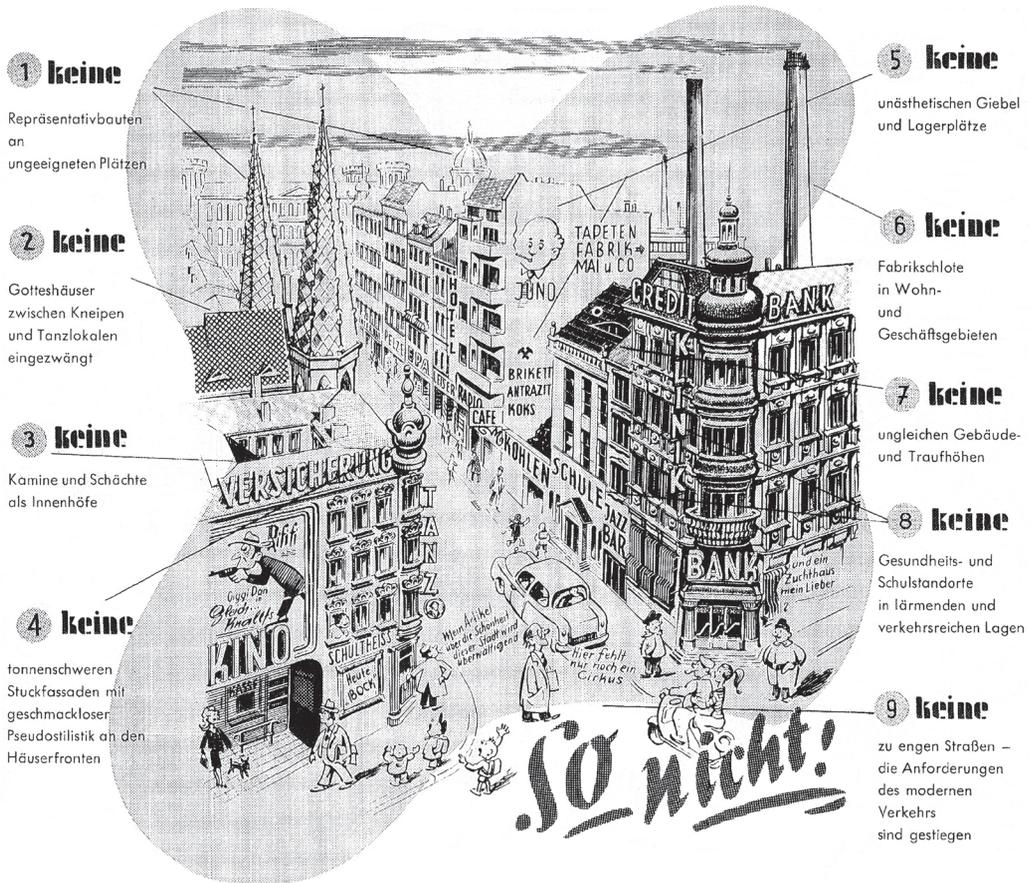


Abb. 1: Die Karikatur von 1956 stellt die ‚Un-Stadt‘ des späten 19. Jahrhunderts dar und definiert anhand von neun Kriterien ‚schlechte Stadtplanung‘. Ohne die ‚Mietskaserne‘ selbst zu nennen, findet durch den Titel ‚So nicht!‘ eine klare Positionierung gegen diese statt. Quelle: Bezirksamt Kreuzberg, Berlin 1956.

Planungsvorhaben der 1980er-Jahre aus Ost- und West-Berlin dargestellt werden. Mithilfe qualitativer Inhaltsanalysen von Printmedien zu beiden Fallbeispielen wird im spezifischen Planungskontext der planungskulturelle Bezug zum generellen Narrativ der ‚Mietskaserne‘ aufgezeigt. Dabei spiegelt jedes Planungsprojekt exemplarisch den öffentlich-medialen Aushandlungsprozess der zeitgenössischen Planungskultur und des Narrativs auf lokaler Ebene wider. In der Wechselwirkung von Medien und Gesellschaft soll hier basierend auf dem Ansatz einer kulturhistorischen Mediengeschichte die gesellschaftlich-diskursive Reproduktion der ‚Mietskaserne‘ dargestellt werden. Der Fokus liegt auf den planungskulturellen Diskursen der Altstadt-Erneuerung, da die historischen Zentren und Quartiere als „gemeinschaftsstiftende Kommunikationsdispositive“ (Lampugnani 2010) dynamische urbane Zentren sind. So ist der Kampf um den Erhalt historischer, gebauter Strukturen

auch mit dem Kampf um den Erhalt bzw. die Durchsetzung eines bestimmten Gesellschaftsverständnisses verbunden (Jarren 2013, 56) und kann somit eng in Verbindung zum Narrativ als sinnstiftende und mit Werten aufgeladene Erzählung gesetzt werden.

Die Verortung des Narrativs in Konzept und Kontext von Planungskultur und Öffentlichkeit

Planungskultur umfasst

„die Summe institutionalisierter oder gemeinsamer Planungspraktiken in einer Gesellschaft [...]. Die Art und Weise, wie die jeweiligen Akteure ihre Rollen und Aufgaben verstehen, wie sie Probleme wahrnehmen, damit umgehen und dabei bestimmte Regeln, Verfahren und Instrumente anwenden, sind Kennzeichen einer Planungskultur. Identifi-

zieren lassen sich Planungskulturen über die Einstellungen, Werte, Deutungsmuster und darauf begründete Denk- und Handlungsweisen im Kontext der räumlichen Planung, welche eine lokale (bzw. regionale oder nationale) Gesellschaft gemeinsam haben.“
(Knieling & Othengrafen 2009, 43)

Die ‚Gesamtheit‘ von Planungskultur mit ihren fluiden und vielschichtigen Interdependenzen von Akteurskonstellationen, Medienensembles, Kommunikationsinstrumenten/-formen und dem spezifisch-thematischen Rahmen findet als öffentlicher Aushandlungsprozess statt. Hier steht die Bedeutung von Medien als wesentlicher Teil für menschliche Lebenswelten und für Aushandlungsprozesse gesellschaftlicher Ordnung im Vordergrund (Bösch 2011; Marszolek & Robel 2014). In diesem Beitrag soll die Präsenz und Bedeutung des ‚Mietskasernen‘-Narrativs auf der Makro-Ebene von Öffentlichkeit – also (massen-)medialer Kommunikation – der beiden Fallbeispiele abgebildet werden (Gerhards & Neidhardt 1990). Die Herausforderung dieser Arbeit besteht weniger in der Auswahl und Eingrenzung des Öffentlichkeitsbegriffs aus der Vielzahl an theoretischen Konzepten, als in der Reflexion der unterschiedlichen politischen Systeme und deren Grundverständnis von Demokratie, Öffentlichkeit und Gesellschaft. Dem DDR-System in Gegenüberstellung zum bundesdeutschen Ansatz pauschal die Existenz von Öffentlichkeit abzuspochen bzw. lediglich eine politisch inszenierte Öffentlichkeit zuzugestehen, ist bereits im Forschungsdiskurs relativiert worden (Meyen 2011; Saldern 2003). Da hier der Fokus auf der massenmedialen Kommunikation liegt, bleiben die – entsprechend dem Arenen-Modell (Gerhards & Neidhardt 1990) – definierten Ebenen der Encounter- und Veranstaltungsoffentlichkeit ausgeklammert. In dieser Arbeit wird Öffentlichkeit als sich stetig wandelnde Sphäre gesellschaftlich-diskursiver Aushandlungsprozesse und wechselseitiger Kommunikation auf verschiedenen Ebenen verstanden, der die Intention innewohnt, neben der Meinungsäußerung und Informationsvermittlung eine Art von öffentlicher Legitimation und Konsens über Planungsvorhaben zu generieren. Dabei wirkt die massenmediale Ebene vordergründig, indem die staatliche Perspektive den Rahmen für das städtebauliche Paradigma und stadtplanerische Prozesse vorgibt und somit auch die Reproduktion des ‚Mietskasernen‘-

Narrativs maßgeblich beeinflusst. Im weiteren Verlauf der Arbeit werden die beiden deutschen Planungskulturen im Kontext der politischen Systeme und den voneinander abweichenden Verständnissen von Öffentlichkeit, Kommunikation und Gesellschaft genauer beleuchtet.

Die methodische Vorgehensweise der Arbeit basiert zum einen auf Inhaltsanalysen von Forschungsliteratur über DDR- und BRD-Planungskultur, hier mit dem Fokus auf die Bedeutung des ‚Mietskasernen‘-Narrativs. Die Materialgrundlage zur Auswertung der beiden Fallbeispiele bildeten zum anderen Inhaltsanalysen von Printmedien. Vor allem für die Betrachtung kommunikativer Zusammenhänge historischer Planungsvorhaben ist dieser Ansatz zielführend, da die Inhalte schriftlich dokumentiert und als Quellenmaterial sehr gut zugänglich sind. So wurden in den hier betrachteten Fallbeispielen lokale Tages-, Wochenzeitungen, Stadtteilzeitschriften (und für das West-Berliner Beispiel auch Publikationen über das Planungsprojekt) als Medienensembles und über Inhaltsanalysen ausgewertet, die maßgeblich die Planungskommunikation bestimmt haben und den Stellenwert des Narrativs verdeutlichen. Dabei werden visuelle Elemente in den genannten Printmedien ebenso berücksichtigt wie die schriftlichen Inhalte, um die Vielschichtigkeit des Narrativs ‚Mietskasernen‘ fassen und sichtbar machen zu können. Die Auswertung von audiovisuellen Materialien erfolgte im Zusammenhang der Analyse von Planungskommunikation nicht, da zum einen der Quellenumfang, zum anderen die Komplexität der Analysemethoden den Rahmen der Forschungsarbeit überschritten hätten.

Das Spezifikum gerade der ‚Mietskasernen‘ und ihres Stellenwerts für die Planungskulturen – bzw. hier mit Schwerpunkt auf die Zäsur zwischen 1970er- und 1980er-Jahren – des 20. Jahrhunderts zu analysieren besteht zum einen in der Relevanz im historischen wie aktuellen öffentlichen Sprachgebrauch zu Berliner Planungsdiskursen. Zum anderen vereint das Narrativ eine Vielzahl von Zuschreibungen, die aufgrund der terminologischen Unschärfe und der uneinheitlichen Verwendung der Bezeichnung nach wie vor Gültigkeit besitzt. Inwieweit sich aber gerade seit den späten 1970er-Jahren eine eindeutig negative Bezeichnung ‚kasernenartiger Wohnkontexte‘ ins Positive wandeln konnte, wird im Folgenden behandelt.

Die Wertschätzung der ‚Mietskaserne‘ in der West-Berliner Planungskultur der späten 70er- und 80er-Jahre

In den frühen 1970er-Jahren veränderte sich das Verständnis zur Altstadterneuerung grundlegend. Der gesellschaftliche Wandel seit 1968, die Transformation der Planungsberufe sowie die wirtschaftliche Situation bedingten eine kritischere Reflexion der Stadtplanung. Die Enttäuschung über die hierarchische Entwicklungsplanung beförderte den planungskulturellen Wandel hin zu einem Verständnis kooperativer Steuerung, wobei der Planungskommunikation eine zunehmende Bedeutung beigemessen

wurde (Sinning 2003, 73-75). Für den Wandel im Umgang mit der Altbausubstanz können in West-Berlin verschiedene Gründe identifiziert werden: Hierzu gehören die Krise der Wohnungswirtschaft, aber auch ein gesellschaftlicher Wandel hin zu einer wachsenden kritischen Öffentlichkeit für Politik, urbane Identität und Teilhabe (Lange 2003, 7). Da aufgrund des Bevölkerungsrückgangs und der Umsiedlung in randstädtische Neubaugebiete die historischen Altbauten, darunter auch großflächige Miethausstrukturen, leer standen und verfielen, sah die *Kahlschlagsanierung* einen umfassenden Abriss und Neubau vor. Diese Strategie beförderte seit den frühen 1970er-Jahren vermehrt öffent-

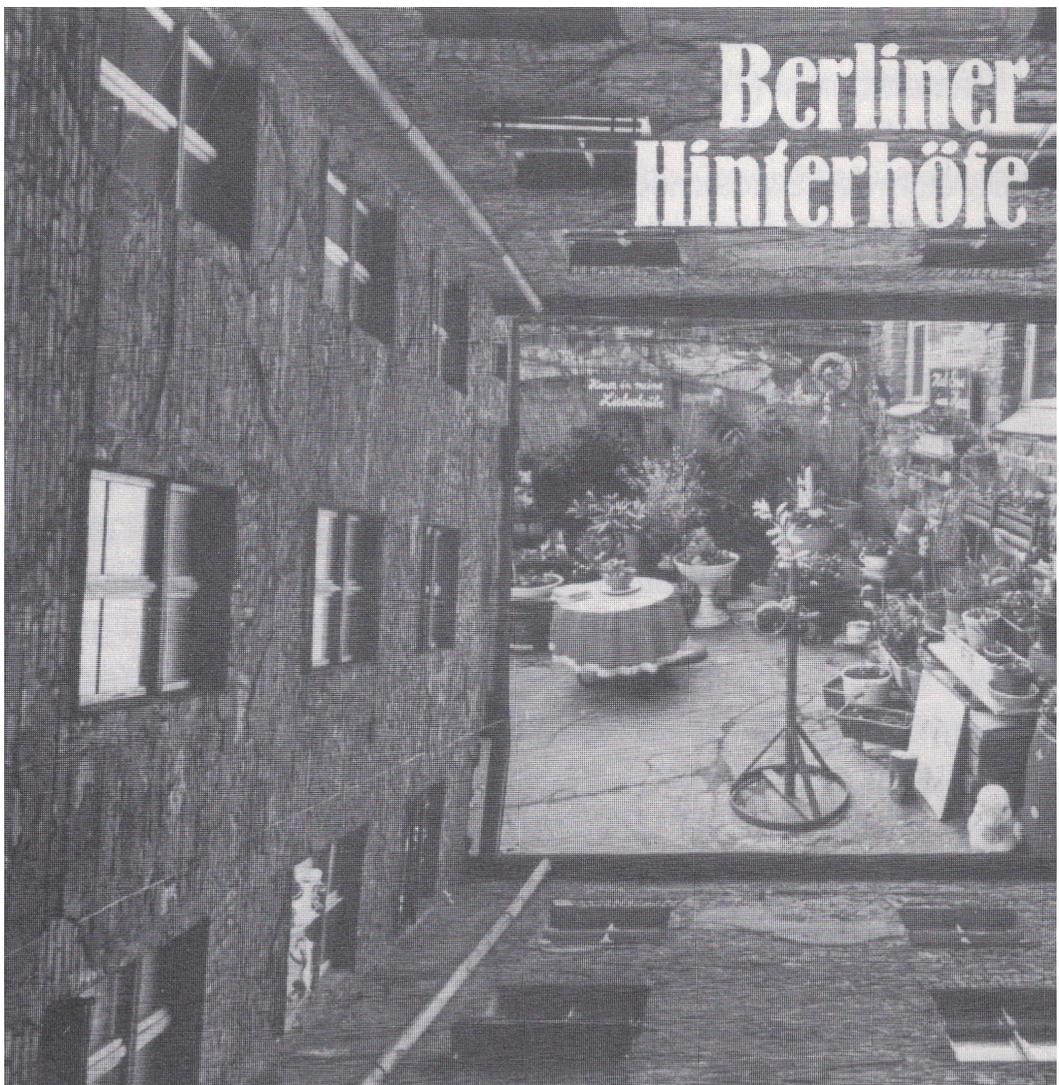


Abb. 2: Die Collage wurde im Zuge der Aufwertung der ‚Mietskaserne‘ 1982 als Titel eines Ausstellungskatalogs verwendet. Sie kombiniert den Blick aus einem ‚typischen‘ Berliner Hinterhof mit einem Bildmotiv eines individuell ‚verschönerten‘ Hinterhofs aus den 1950er-Jahren. Damit wird die ‚Wohnlichkeit‘ des Hinterhofs und dessen Bedeutung für die gesellschaftliche Identität mit dem Wohnumfeld dargestellt. Quelle: Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1982.

lichen Unmut (Schlandt 1974, 141-158). In West-Berlin besaß der günstige Altbau-Wohnraum, der lediglich ein Drittel des Mietpreises im Vergleich zu neuen Sozialwohnungen kostete, eine besondere Bedeutung, da der Anteil an MigrantInnen, SeniorInnen, Arbeitslosen und GeringverdienerInnen gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt besonders hoch war (Peter 1992, 30). Der Kritik an der radikalen „Beseitigung der städtebaulichen Missstände“ trat 1974 die West-Berliner Stadtplanung mit einer Modifizierung in Form des *Zweiten Stadterneuerungsprogramms* und der 1975 veröffentlichten Schrift *Historische Stadtgestalt und Stadterneuerung* entgegen, womit eine ambivalenterer und genauere Begutachtung zum Erhalt der Altbauten einsetzte (Bodenschatz 1987, 186-190).

Die begriffliche Aufwertung der ‚Mietskasernen‘ intensivierte sich seit Mitte der 1970er-Jahre (Gansauge, Piantoni & Spütz 1974, 990-995). Mit der Teilnahme West-Berlins am Denkmalschutzjahr 1975 als „Beispiel für die Revitalisierung einer Großstadt des 19. Jahrhunderts“ setzte auch in der Stadtforschung eine breite Aufwertung der gründerzeitlichen Massenmiete-häuser ein. Eine differenzierte Sicht auf die ‚Mietskasernen‘ wurde artikuliert:

„Das steinerne Berlin ist ebenso Geschöpf und Ursache gesellschaftlicher Mißstände wie es Trägerin von Qualitäten ist, die wir heute wieder zu entdecken beginnen.“
(Kahn-Ackermann 29.4.1976)

Sowohl Kreuzberg als auch Charlottenburg rückten mit ihrer dichten Gründerzeit-Bebauung, die unter dem Begriff der ‚Mietskasernen‘ subsumiert wurde, in den öffentlichen Fokus. Gesellschaftliches Engagement in BürgerInnen-Initiativen und erste Vorzeigeprojekte zur *Behutsamen Stadterneuerung* und *Kritischen Rekonstruktion* übten zunehmenden Druck auf die bisherige Sanierungspolitik des Senats aus (Bodenschatz 2010, 70). Denn in der Praxis wurden weiter Altbauten abgerissen, wogegen BewohnerInnen-Initiativen und die *Instand(be) setzerbewegung* mobilisierten (Kreis 2017). Die planungspolitische Reaktion auf die sich zuspitzende gesellschaftlich-kritische Öffentlichkeit bestand darin, ein Dialog- und Kooperationsformat über Stadterneuerungsdiskurse zu ermöglichen – die *Internationale Bauausstellung* (IBA) wurde 1979 gegründet, gefolgt 1983

von den Planungsrichtlinien der *12 Grundsätze der Stadterneuerung*. Das radikale Paradigma der *Kahlschlagsanierung* wurde aufgegeben und der Weg für den Erhalt und eine behutsame, erhaltende Stadterneuerung geebnet. Erste Pilotprojekte der Altstadtsanierung (bspw. am Klausenerplatz) hatten die formal festgelegten Beteiligungsformate erprobt und bedingten die Einsicht der PlanerInnen, dass die ausdifferenzierten gesellschaftlichen Akteure als eigenständig Aktive mit individuellen Interessen stärker Berücksichtigung finden müssten (Schlandt 1974). Die Dynamiken der Zivilgesellschaft und das zunehmende lokale Engagement der Bevölkerung wurden als Chance zur Stadtgestaltung und als essenzieller Aspekt von Urbanität wertgeschätzt.

Bei der Erneuerung von ‚Mietskasernen‘ ging es vor allem darum, nicht nur den Wohnkomplex selbst zu bewerten, sondern auch die Stuckfasaden und Innenhöfe zu beurteilen und neue Baumaßnahmen zur ‚Lückenfüllung‘ in die bestehenden Altbaustrukturen städtebaulich-ästhetisch zu integrieren. Gefördert von den IBA-Ausstellungen 1984/1987 wurde nun die ‚Mietskasernen‘ explizit thematisiert, aufgewertet und die stadtkulturelle und identitätsstiftende Bedeutung erkannt (Kleihues 1984, 37f). Eine harsche Kritik an der theoretischen Ablehnung und dem praktischen Abriss artikuliert das ForscherInnen-Kollektiv um den Stadtsoziologen Bodenschatz:

„Planer und Architekten waren an der Zerstörung der Stadt nicht nur beteiligt, [...] Einig in der Ablehnung der verhassten Mietskasernenstadt, schufen sie schnell wechselnde Moden des ‚Neuen Berlins‘, die die Beseitigung des alten, ‚rückständigen‘ Berlins als ‚Opfer‘ bei der Jagd nach der jeweils modernsten Stadt billigend in Kauf nahmen.“
(Autzen, Becker, Bodenschatz, Claussen, Radicke, Stimmann, & Taeger 1984, 63)

Infolge der Aufwertung gründerzeitlicher, dichter Wohnviertel und den damit verbundenen gesellschaftlichen Wohnstrukturen erfuhr auch der ‚Mietskasernen‘-Hinterhof – als dunkler, unhygienischer und zwielichtiger Ort der sozialen Unterschicht verrufen – eine Rehabilitierung und wurde als Raum kollektiver Aneignung (etwa als Grünfläche, Spielplatz, Gewerbehof oder sozialer Treffpunkt) beworben (Eichstädt, Fuderholz, Van Geisten, & Hämer 1985, 51f).

Obwohl das neue planungskulturelle Paradigma sowohl den fachlichen als auch den öffentlichen Diskurs beherrschte, setzte sich in der Planungspraxis aufgrund wirtschaftlicher und politischer Anspannung die staatliche Flächensanierungspolitik weiter fort und somit auch die Absage an die ‚Mietskaserne‘ (Bodenschatz & Polinna 2014, 210).

„Mehr Licht, mehr Luft“¹ im Sanierungsgebiet *Schöneberg Bülowstraße, Block 86-89*

Das Pilotprojekt *Ökologischer Stadtumbau Berlin* erprobte am Projektgebiet *Schöneberg Bülowstraße, Block 86-89* erstmalig den Ansatz *Behutsamer Stadterneuerung* unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeit. Die drei Wohnblöcke im

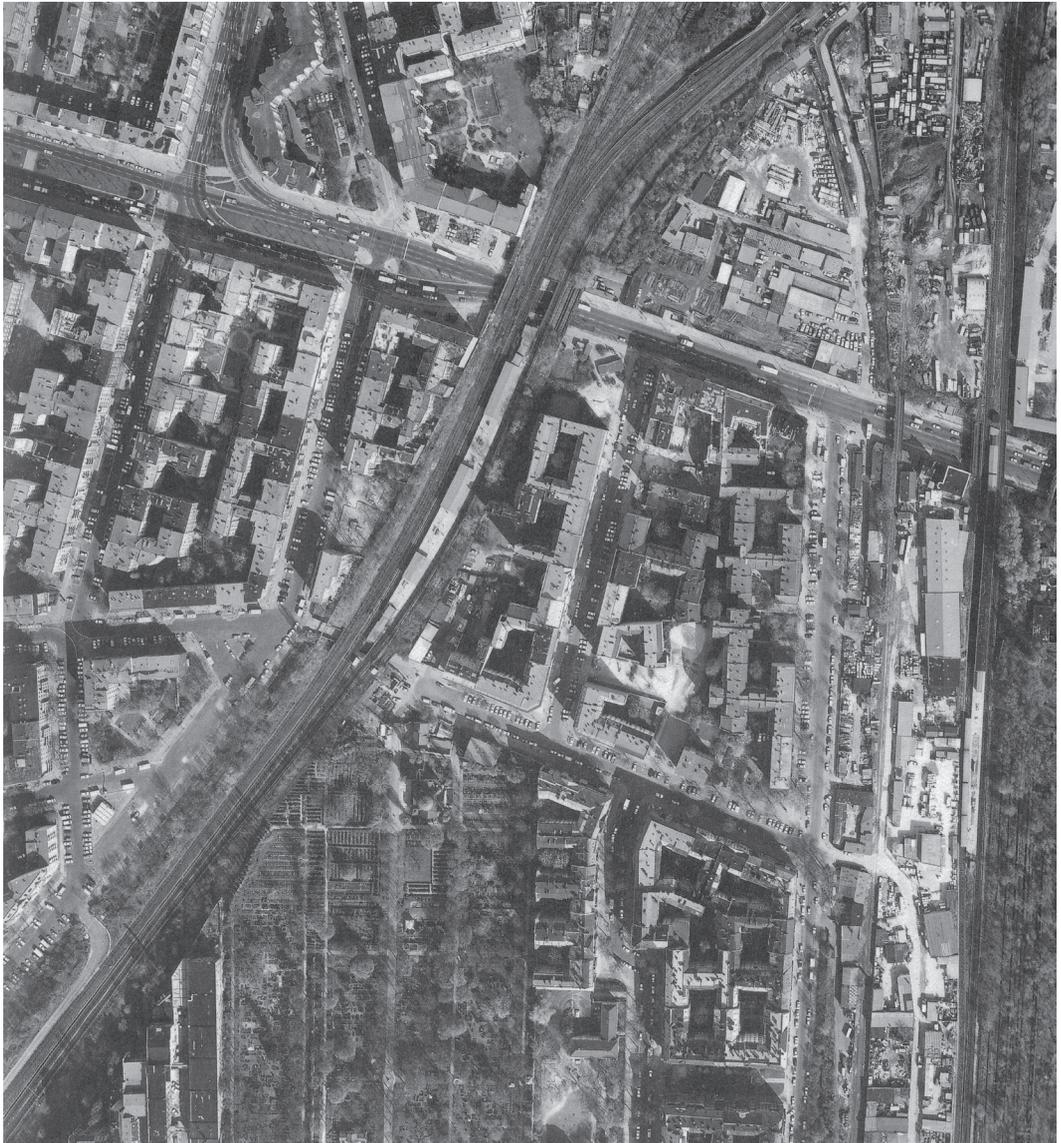


Abb. 3: Das Schwarz-Weiß-Luftbild zeigt die historische Bebauungsstruktur des Sanierungsgebiets Bülowstraße, Block 86-89, von 1985. Markant treten die dichte Wohnhaus-Struktur und deren Umgrenzung durch Hauptverkehrsstraßen und S-Bahn-Schienenführung hervor, welche als gravierendste Probleme für die schlechten Wohn- und Lebensumstände der BewohnerInnen definiert wurden. Quelle: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen & Bezirksamt Schöneberg/ Stadtplanungsamt 1991,15.

¹ Die permanenten Forderungen der städtebaulichen Akteure nach hygienischen und gesundheitlichen Wohnformen

führten im frühen 20. Jahrhundert zum Programm *Licht, Luft und Sonne* (Rodenstein 1988).

Stadtteil Schöneberg zeichneten sich durch eine dichte fünfstöckige Miethausstruktur mit Seitenflügeln, Hinterhäusern und engen Hinterhöfen, welche zwischen 1885 und 1895 errichtet wurden, sowie einer unmittelbaren Schienen-Infrastruktur der Fern- und S-Bahn aus. Die kriegszerstörten Gebäudeteile waren aufgrund umfangreicher verkehrspolitischer Planungen dem Verfall überlassen worden bzw. sollten durch Flächensanierung abgerissen werden. Die Wohnungsfrage und der oben beschriebene planungskulturelle Wandel veranlassten den West-Berliner Senat 1986 schließlich zur Bestimmung als Sanierungsgebiet (Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen & Bezirksamt Schöneberg/Stadtplanungsamt 1991).

Entsprechend den formalen Richtlinien und Gesetzen beinhaltete die öffentliche Planungskommunikation formal 1) die Information der betroffenen Bevölkerung² durch öffentliche Ankündigung und Auslage der Planungsvorhaben, 2) Möglichkeiten für Rückfragen und Einsprüche zum Planungskonzept bei den Planungsinstanzen sowie 3) eine öffentliche Versammlung, auf der die betroffene Bevölkerung mit den staatlichen Planungsbehörden und den zuständigen Planungsbüros in einen Dialog kommen konnte. Zudem bestand die Möglichkeit einer formalen Betroffenenvertretung, die stellvertretend den Treffen der Planungsinstanzen beiwohnen konnte (Bezirksamt Schöneberg 1987, 1-6). Als zusätzliches Angebot hatte das Planungsamt des Bezirks die *Arbeitsgemeinschaft für Sozialplanung und angewandte Stadtforschung* (AG SPAS) eingesetzt, welche als unabhängiges Beratungsorgan aus SoziologInnen, PlanerInnen und PädagogInnen in vermittelnder Funktion die fachlichen Planungsinhalte für die Betroffenen verständlich aufbereiten und zudem Beratungen und statistische Datenerhebungen durchführen sollte (Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen & Bezirksamt Schöneberg/Stadtplanungsamt 1992).

Die mediale Kommunikation fand zum einen auf der gesamtstädtischen bzw. Stadtteil-Ebene über einschlägige Periodika – wie die Bauzeitung Schöneberg – zum anderen über von der AG SPAS oder Projektträgern veröffentlichte Berichte, Erläuterungen und Ausstellungskonzepte statt. Da die angestrebte Beteiligung der

betroffenen Bevölkerung nur vereinzelt, kurzfristig und themengebunden (bspw. bei Fragen der Parkraum- oder Spielplatzgestaltung innerhalb der Wohnblöcke) zustande kam, besaß die mediale Kommunikation eine noch größere Bedeutung für den gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Waren gerade die Runden Tische der Planungsinstanzen, an denen auch die Betroffenenvertretung dauerhaft teilnehmen sollte, zu fachterminologisch und komplex (Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen & Bezirksamt Schöneberg/Stadtplanungsamt 1992, 48f), so zeichneten sich die veröffentlichten Beiträge in Medien und im Vor-Ort-Büro durch eine klar verständliche und einfache Sprache der Planungskontexte aus. Ausgerichtet auf die Sozialstruktur der Betroffenen, welche sich mehrheitlich aus einer migrantisches ArbeiterInnen- und Mittelschicht mit geringem Bildungsstand auszeichnete, wurden Informationsmaterialien bilingual (deutsch/türkisch) angefertigt. Zudem erforderte der innovative Ansatz ökologisch-nachhaltiger Stadterneuerung zusätzlichen Vermittlungsaufwand um die technischen Aspekte im Bauvorhaben selbst, aber auch in der anschließenden Wohnnutzung möglichst verständlich zu kommunizieren (Planergemeinschaft Dubach Kohlbrenner 1989, 11).

Das ‚Mietskasernen‘-Narrativ lässt sich in der öffentlichen Kommunikation dieses Planungsprojekts in vielfacher Hinsicht wiederfinden. So kann einerseits anhand illustrierter Berichte der Stadtteilzeitungen, Informationsmaterialien der AG SPAS sowie Materialien öffentlicher Veranstaltungen und Ausstellungen im Vor-Ort-Büro, andererseits anhand (nach Abschluss des Modellvorhabens) veröffentlichter Planungsunterlagen der zeitgenössische, planungskulturelle Stellenwert der ‚Mietskasernen‘ rekonstruiert werden. Aufgrund der breiten öffentlichen Aufmerksamkeit für das Pilotprojekt bestanden enorme staatliche Investitionen und ein damit verbundener Erfolgsdruck. So bediente die mediale Kommunikation zwei Funktionen: einerseits die Information und Vermittlung aktueller Planungsentwicklungen, andererseits die Legitimation der Vorgehensweisen im Planungsvorhaben unter Berücksichtigung der aktuellsten Planungsleitlinien zur BürgerInnen-Beteiligung und öffentlichen Kommunikation.

² Die betroffene Bevölkerung umfasste BewohnerInnen, Gewerbetreibende sowie EigentümerInnen der Wohnblöcke.



Abb. 4a: Farbfotografie aus einem angrenzenden Wohnhaus auf den Hinterhof des Sanierungsgebiets. Neben dem schlechten baulichen Zustand der Wohnhäuser stehen die versiegelten Hofflächen im Mittelpunkt. Deren Nutzen beschränkte sich auf Abstellflächen für Fahrzeuge und Müllcontainer sowie als Weg zwischen den Gebäuden. Quelle: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen & Bezirksamt Schöneberg/Stadtplanungsamt 1991, 28.



Abb. 4b: Farbfotografie aus einem angrenzenden Wohnhaus auf den umgestalteten Hinterhof. Quelle: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen & Bezirksamt Schöneberg/Stadtplanungsamt 1991, 37.

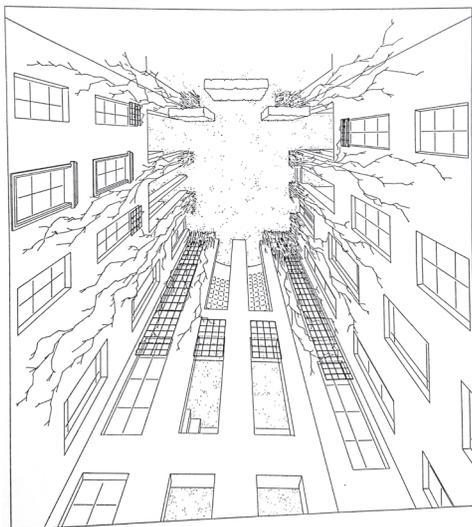


Abb. 5a: Die Zeichnung zeigt aus der Vogel-Perspektive einen Entwurf des Hinterhofs nach der unmittelbaren Umgestaltung. Die Fassadenbegrünung steht dabei im Mittelpunkt der Darstellung. Quelle: Planergemeinschaft Dubach Kohlbrenner 1989, o.S.



Abb. 5b: Die Grafik zeigt die Bauplanung des Sanierungsgebiets farblich hervorgehoben aus der Luftperspektive. Die Illustration diente zur Veranschaulichung der planerischen Maßnahmen, bspw. der Auflockerung der Gebäude-Dichte sowie der Begrünung von Frei- und Fassadenflächen. Quelle: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen & Bezirksamt Schöneberg/Stadtplanungsamt 1991, Blatt 3.

Anhand der drei Hauptmerkmale der ‚Mietskasernen‘-Kritik (Bodenschatz 1990, 19-25; Hegemann 1930) – schlechte Luftqualität, geringer (Sonnen-)Lichteinfall und ungesunde Dichte – wurde das Modellvorhaben medial ausgerichtet. Als Ergebnisse können die nachhaltig erneuerten Wohnungen und die Verbesserung von Grün- und Freiflächen – bspw. durch Spielplätze, Parkflächen, intensive Begrünungsmaßnahmen und Mauerdurchbrüche – aufgeführt werden. Besonders die verurteilten Parterrewohnungen wurden getilgt. Das negative Bild der Innenhöfe als dunkle, stickige und kriminelle Orte städtischen Lebens wurde nun als aufgelockerter und begrünter Raum für soziale Interaktionen, Freizeit und Erholung beworben. Zudem wurden durch die Neukonzeption der Verkehrslärm reduziert, die Luftqualität sowie Lichtverhältnisse in Innenhöfen und Wohnungen verbessert. Die Bewahrung der sozialen Strukturen und der städtischen Identität im Zusammenhang mit der historischen Wohnstruktur wurde beworben, obwohl das Bewusstsein für die Stadtgeschichte und die Identifikation mit und als Wohngegend hier weniger relevant waren (Planergemeinschaft Dubach Kohlbrenner 1989, 1f).

Es überwogen Vorher-Nachher-Fotografien, welche aus ähnlichen Perspektiven bestimmte Ausschnitte des Planungsareals zeigten und die baulich-strukturelle Verbesserung durch den Erneuerungsprozess darstellten. Das beliebte Luftbild-Format kam zum Einsatz; Zeichnungen und Entwürfe des Projektgebiets wurden v.a. im Vor-Ort-Büro zur Illustration und Ergänzung der schriftlichen Planungen angewendet.

Der Stellenwert der ‚Mietskasernen‘ in der Ost-Berliner Planungskultur der späten 70er- und 80er-Jahre

In der ostdeutschen Planungskultur begann der Wandel zur allmählichen Wertschätzung historischer Baubestände ebenfalls in den 1970er-Jahren. Mit dem *Wohnungsbauprogramm der DDR* von 1973 und der SED-Konferenz *Zur weiteren Entwicklung der Hauptstadt Berlin* 1976 sollte „die Rekonstruktion der historisch gewachsenen Altbaugebiete in [...] Prenzlauer Berg, Berlin-Mitte und Friedrichshain“ (Nauemann 27./28.3.1976) in den städtebaulichen Fokus rücken – also Bezirke deren Erscheinungsbild maßgeblich durch ‚Mietskasernen‘ geprägt war. Das Narrativ funktionierte grundsätzlich als rechtfertigendes Instrument in der medialen

Öffentlichkeit: Die anfängliche Darstellung als kapitalistisches Erbe des gründerzeitlichen Wohnungsbaus stellte eine Verbindung zur belasteten deutschen Vergangenheit her (Riecke 1954). Selbst mit der Umorientierung des Planungsleitbilds zum historischen Stadtzentrum in Form der Flächensanierung fand diese Darstellung Bestätigung (Engler 2012, 85).

Erst der 1979 verhängte Abrisstopp von Altbauten bedingte eine breitere, öffentliche Auseinandersetzung in Theorie und Praxis mit dem Narrativ (o.V. 18. September 1979). Denn nun sollte die Instandsetzung der gründerzeitlichen Wohnquartiere erfolgen. In den 1980er-Jahren kulminierten verschiedene Entwicklungen: die Frustration über industrielle und gleichförmige Bauweisen, der städtebauliche Trend zu Erhalt und Sanierung innerstädtischer Altbaubestände, Debatten um Denkmalschutz, die Zuspitzung von Mangelwirtschaft und bautechnischen Engpässen, die Verschärfung der Wohnraumproblematik, die wachsende Kritik an fehlender Wertschätzung der PlanerInnen und die bundesdeutschen Trends zu BürgerInnen-Beteiligung und prozessorientierter Stadtplanung. So änderte das *Ministerium für Bauwesen* seine Strategie und integrierte die gründerzeitliche Miethausbebauung in die sozialistische Stadtidentität als Entstehungsort von Arbeiterklasse und Klassenkampf und betonte den identitätsstiftenden Charakter (Stimmann 1988, 10). Die Komplexität soziokultureller wie auch politisch-ideologischer Aufladung der ‚Mietskasernen‘-Struktur als wichtiger Bestandteil des kulturhistorischen und gesellschaftlichen Verständnisses der DDR beleuchtete der Architekt Klaus Rasche:

„Unser neues Verhältnis zur gründerzeitlichen Architektur hat nicht nur mit Nostalgie zu tun [...]. Es geht um historische Kontinuität und Vergangenheitsbewältigung [...]; eine Demonstration der Veränderbarkeit wird vorgeführt, Veränderung bei Wahrung der historischen Kontinuität [...], dort wo schließlich mit der Herausbildung der Arbeiterklasse jene Kraft für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse heranreift.“

(Rasche 1979, 701)

Erfolgreiche Pilotprojekte der Stadtsanierung wie der Arkona-Platz und der Arnim-Platz im Prenzlauer Berg sorgten für breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit und förderten das Interesse

an einer Modernisierung innerstädtischen Wohnens. Die bisherige negative Wahrnehmung der ‚Mietskaserne‘ als „Vermächtnis kapitalistischer Immobilienspekulation“ (Kristen 1990, 73) begann sich zu einer pragmatischen Sichtweise für eine effiziente und bezahlbare Wohnpolitik gegenüber Zerstörung und Neubau von Wohnungen zu wandeln. Des Weiteren wurde zur Legitimation des sozialistischen Planungsleitbilds v.a. der soziale Aspekt des ‚Mietskasernen‘-Hinterhofs aufgegriffen (o.V. 29./30.5.1982). Die Bedeutung des Hinterhofs zum einen als Ursprung der proletarischen Konsolidierung und Ort des antikapitalistischen und antifaschistischen Widerstands, zum anderen als Ort sozialer Interaktion und Identität fand besondere Betonung. Mit den neuen *Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur der Deutschen Demokratischen Republik* und in Vorbereitung des 750-jährigen Stadtjubiläums 1987 konzentrierte sich die Bautätigkeit auf die Schaffung des repräsentativen Stadtzentrums mit Fokussierung auf die Berliner Stadtgeschichte (Haeder & Wüst 1994, 47f). Die ‚Mietskaserne‘ wurde damit zu einem essentiellen Bestandteil der historischen Identitätskonstruktion, ohne jedoch allzu häufig als diese bezeichnet zu werden. So erschien eine Verwendung des weiterhin negativ behafteten Terminus nicht förderlich, um für den Erhalt der historischen Bausubstanz öffentlichkeitswirksam zu werben (Hunger 1991, 37).

Die Planungskultur der DDR wurde dominiert von der zentralstaatlichen SED-Führung, welche die sozialistische ‚Demokratisierung‘ „in [die] richtigen Bahnen“ (Hamel 1966, 189) lenkte. Da der *Demokratische Zentralismus* die Einheit und Übereinstimmung von Interessen der Partei, Staatsorgane, Volksvertretungen und Gesellschaft propagierte, waren Interessenkonflikte formal ausgeschlossen. Es gab faktisch keine unabhängige Interessenvertretung, die als Gegengewicht zur politischen Leitung eine kritische Öffentlichkeit hätte herstellen können (Segert 2002, 102.; Diewald 1995). Die Planungskommunikation zwischen PlanerInnen und Bevölkerung beschränkte sich somit formal meist auf öffentliche Bekanntmachungen von Beschlüssen zu Planungsvorhaben und band die Gesellschaft erst zur Umsetzung der Planungsvorhaben aktiv ein (bspw. durch die *Mach Mit!*-Initiativen) (Seegers 2009). Natürlich zeichnete sich die ostdeutsche Planungskultur auch durch weniger staatskonforme Planungsakteure, Interakti-

onsformen und Planungsaktivitäten aus, indem bspw. die institutionalisierten Strukturen, Abläufe und Hierarchien erfolgreich untergraben wurden (Jarusch 1999, 10f). V.a. auf der Ebene von Stadt- und Gemeinde-Institutionen war die faktische Präsenz der Politbüro-Vorgaben und auch der SED-Parteimitglieder meist eher verhalten und erlaubte den StadtarchitektInnen einige Freiräume (Betker & Bräuer 2006, 97). In der Charakterisierung der DDR-BürgerInnen als „Kleinkünstler des Informellen“ (Beck & Ziegler 1995, 143) spiegelt sich ebenfalls der Einfallsreichtum informeller Öffentlichkeiten wie auch Kommunikations- und Interaktionsformen – auch zu Planungsvorhaben – wider (Saldern 2009, 225f). Dennoch war der öffentliche Planungsdiskurs von staatlichen Medien angeführt. V.a. auf der kleinräumigen Ebene von Nachbarschaften und Bezirken existierten alternative Medienformate – bspw. Handzettel, Aufrufe und unregelmäßige Zeitschriften-Ausgaben von Aktivengruppen (bspw. die *radix-Blätter*) (Wensierski 2019). Ein Großteil kritischer Gegenöffentlichkeiten fand allerdings auf der Ebene direkter, mündlicher Kommunikation statt (Ladd 1999, 91).

Der verrufene Hinterhof wird als Hirschhof zur (sub-)kulturellen ‚Oase‘ des Sozialismus

Der *Hirschhof* wurde 1985 als Grün- und Freifläche, sozialer Treffpunkt der Nachbarschaft und Veranstaltungsort gegründet. Das Areal in der Oderberger Straße im Bezirk Prenzlauer Berg zeichnete sich durch eine ‚klassische‘, gründerzeitliche Mietshaus-Bebauung aus: dichte fünfstöckige Wohnhäuser mit Seiten- und Hintergebäuden sowie den ‚verrufenen‘ Hinterhöfen. Ab 1961 befand sich das Gebiet in unmittelbarer Nähe der Sperrzone zur Berliner Mauer, was zu einem Interessensverlust für Planungsinvestitionen in diesem Bereich führte. Durch den Verfall der Städte und die Neuorientierung der Planungsdisziplinen zur innerstädtischen Stadterneuerung in den 1970er-Jahren wurde die Oderberger Straße für die radikale Flächensanierung und den Wohnungsneubau interessant (Schröder 2015, 238-241). Parallel engagierte sich ab 1980 die erste Nachbarschaft für die Nutzung der brachliegenden Innenhöfe und initiierte die Zusammenführung und Begrünung der Flächen. Die nur partielle öffentliche Kommunikation über das staatliche Planungsvor-

haben kollidierte mehrfach mit den Interessen und den bereits in Eigeninitiative begonnenen Ausbesserungsmaßnahmen der Nachbarschaft. Mit der Gründung der BürgerInnen-Initiative *Oderberger Hof* 1981 wurde eine Grundlage zur formellen Kommunikation mit Planungsbehörden (bspw. zur Beantragung finanzieller und materieller Unterstützung, Genehmigung von baulichen Maßnahmen) gelegt, die Angliederung im Wohnbezirksausschuss (WBA) ermöglichte sogar die Teilnahme an Sitzungen des Bezirks (Raasch 2004). Mit der Funktion des *Hirschhofs* als nachbarschaftlichen und kulturellen Treffpunkt etablierte sich der Hof ab 1985 auch als Ort subkultureller und oppositionell-systemkritischer Gruppen. So fanden kritische Positionen – auch im Zuge der wachsenden Unzufriedenheit breiter Gesellschaftskreise am Zustand des DDR-Systems – einen Freiraum. Da viele Nachbarschafts-Initiativen im Prenzlauer Berg aufgrund der sich zuspitzenden Mangelwirtschaft den Abriss ‚ihrer‘ Altbau-‚Mietskasernen‘ fürchteten, bildeten Solidaritätsaktionen untereinander einen Kommunikationsschwerpunkt (Steglich 2004). Alternative Medienformate – bspw. Plakate, Handzettel, Fotografien, Ausstellungen und Ankündigungen für Veranstaltungen oder Treffen – griffen das ‚Mietskasernen‘-Narrativ eher implizit auf. Hier standen v.a. der konkrete Erhalt der historischen Strukturen und die Verbesserung der Lebensumstände und des Wohnumfelds vor Ort im Vordergrund.

„Der Hofspielplatz Oderberger Str. 15/Kastanienallee 12 sollte ein erster Versuch im WG sein, inmitten der Hinterhöfe eine grüne Oase zu schaffen, die in erster Linie den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden soll.“
(Holtfreter 1984, RHG)

Der *Hirschhof* und der daraus 1986 konstituierte „WBA 56 = WBA der Grünen“ (Holtfreter 1987, RHG) ermöglichten regelmäßige Veranstaltungen (Lesungen, Theatervorstellungen, Konzerte sowie Kinder- und Hoffeste), um das BürgerInnen-Engagement auch bzgl. städtebaulicher Themen zu stärken. So fand ein Großteil der Kommunikation zu Planungsvorhaben jedoch nicht auf medialer sondern informell-persönlicher Ebene statt, sodass der explizite Stellenwert des Narrativs nur bedingt rekonstruiert werden kann.

Die offizielle, also staatliche Medienkommunikation griff das Narrativ der ‚Mietskaserne‘ auf –

zum einen über Visualisierungen, zum anderen über die Umkehr negativer Zuschreibungen der ‚Mietskaserne‘ ins Positive. So wurde der Aspekt des ‚verrufenen‘ Hinterhofs sehr prominent angeführt, was in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln zur Hof-Aufwertung zum Ausdruck kam.

„Sonnenlicht kann man bis heute nicht in alle Höfe tragen. Aber man kann – und die Berliner erleben es momentan buchstäblich an allen Ecken – die Wohnungen komfortabler und die Höfe freundlicher gestalten. [...] Der Hof ist ein Teil vom Zuhause.“
(o.V. 1986, 14)

Die Betonung des sozialen Engagements der Bevölkerung wird im Kontext der 1984 von der *Nationalen Front* veranlassten *Schöner unsere Stadt und Gemeinden – Mach Mit!*-Initiativen beworben, hier v.a. mit Fokus auf die dazugehörige Kampagne „Wir machen unseren Höfen den Hof“ (Schröder 2015, 238-241). Dass es sich hierbei meist um Aktivitäten handelte, die häufig aus einer gewissen Frustration heraus durch die unzureichenden (bau)ökonomischen Handlungsmöglichkeiten selbst tätig wurden, bleibt in der medialen Darstellung bewusst unerwähnt. Die Vielzahl der ‚Selbsthilfe‘-Aktionen zur Verbesserung des Wohn- und Lebensumfelds als nicht genehmigte (bauliche) Maßnahmen instrumentalisierte die SED-Führung sogar als Beleg des funktionierenden Sozialismus und Solidaritätsbewusstseins der Bevölkerung.

„Sozialistischer Gemeinschaftssinn hat in Prenzlauer Berg wie überall in Berlin viel für das Sich-wohl-Fühlen getan. Die Hofaktion beweist [...], daß die vielgestaltigen, individuell so unterschiedlichen Hof-Aktivitäten der fleißigen Berliner ein guter Beitrag dafür sind, unsere Hauptstadt zu ihrer 750-Jahr-Feier schöner denn je erstrahlen zu lassen“
(o.V. 1986, 16)

Beide Aspekte wurden in umfangreich illustrierten Beiträgen festgehalten, indem Vorher-Nachher-Fotografien möglichst unmittelbar die Aufwertungen des Zustands von Gebäuden und Höfen vermitteln sollten. Zudem spielte der Einsatz von Schwarz-Weiß- und Farbaufnahmen eine wichtige Rolle. In der sprachlichen Aufwertung wurde der ‚Mietskaserne‘-Hinterhof des *Hirschhofs* zur „Oase“ (o.V. 1986, 16) umstilisiert. Zitate von Heinrich Zille – Künstler,



Abb. 6a: Die Titelseite des Artikels *Oase vor der Haustür. Die große Berliner Hofaktion* erschien 1986 in der *Neuen Berliner Illustrierten* und thematisierte die zahlreichen Hinterhof-Umgestaltungen in Ost-Berlin. Der Text stellte das Engagement der Nachbarschaften zur Verbesserung der eigenen Wohnumgebung heraus. Der gemeinschaftliche Mehrwert für die sozialistische Gesellschaft und der Hof als Ort sozialer Interaktion und Kommunikation wurden dabei betont. Quelle: Heine 1986, 12-17.

Fotograf und Karikaturist des Berliner Alltagslebens der Jahrhundertwende und v.a. bekannt für seine Szenen der proletarischen Unterschicht im ‚Milljöh‘ der ‚Mietskasernen‘-Hinterhöfe – fanden Eingang in die Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge (o.V. 1986, 27ff).

Resümee

Aus der Analyse der beiden exemplarischen Planungsvorhaben lässt sich abschließend sagen, dass das Narrativ der ‚Mietskaserne‘ v.a. implizite Anwendung fand. So wurde der eigentliche Begriff ‚Mietskaserne‘ im Diskurs für den Erhalt historischer Wohnbestände und Stadtstrukturen kaum benannt, was in Hinblick auf die negative Konnotation der ‚Kaserne‘ plausibel erscheint. Stattdessen wurde in der medialen Kommunikation deutlich, dass in beiden Fällen schriftlich wie visuell einzelne oder auch vielfache Bedeutungsgehalte und Zuschreibungen des Narrativs verwendet wurden. In beiden Beispielen wurde die Einordnung in ihren Stadtentwicklungskontext und die dichte gründerzeitliche Mas-

senmietshaus-Bebauung aufgerufen. Die zentralen Kritikpunkte der ‚Mietskasernen‘ dienten als Referenz die Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zu legitimieren. So bildete der Hinterhof einen wichtigen Anhaltspunkt, an dessen Verbesserung die planungskulturellen Aspekte (Begrünung, Belichtung, Belüftung, bauliche Auflockerung) zur baulich-ästhetischen wie auch sozial-öffentlichen Aufwertung medial dargestellt wurden. Strategien wie Vorher-Nachher-Motive aus ähnlichen Perspektiven, Schwarz-Weiß- und Farb-Aufnahmen, z.T. auch Luftbilder stachen in der Analyse visueller Elemente hervor. Eindeutige, aber assoziative Bezüge zur ‚Mietskaserne‘ wurden bspw. durch Zilles ‚Milljöh‘ oder die stetig wiederkehrende Anekdote zur Entstehung der Hinterhöfe, deren Maße lediglich durch Vorgaben zur Wendemöglichkeit der Feuerwehrgewerke und Wasserspritzen reguliert waren, hergestellt.

Als grundlegende Unterschiede in der medialen Kommunikation der beiden Planungsvorhaben lassen sich Bezüge zu einzelnen Aspekten des Narrativs ‚Mietskaserne‘ identifizieren. Zwar war

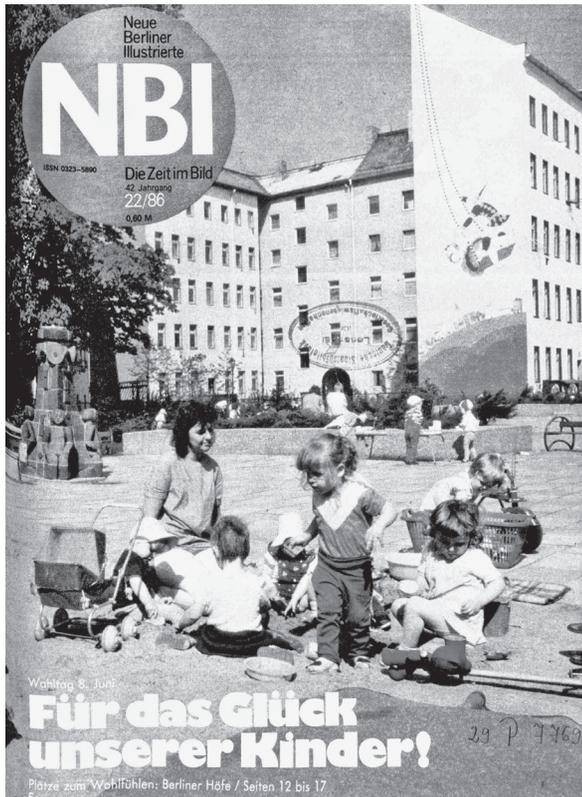


Abb. 6b: Das Titelblatt der *Neuen Berliner Illustrierten*, Ausgabe 42 (22), behandelt unter dem Schwerpunkt *Für das Glück unserer Kinder!* *Plätze zum Wohlfühlen: Berliner Höfe* die BürgerInnen-Initiativen zur Hofgestaltung. Quelle: o.V. 1986, Titelblatt.

in beiden Fällen der Hinterhof ein prominenter Aufhänger. Im Ost-Berliner *Hirschhof* standen die sozialen Aspekte der gemeinschaftlichen Hinterhof-Gestaltung und -Nutzung im Vordergrund, während im West-Berliner *Bülowblock* vorrangig die Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse durch baulich-strukturelle Maßnahmen betont wurde. Im letztgenannten zeichnete sich die mediale Kommunikation zudem stärker durch eine transparente, detaillierte Erläuterung der statistisch-fachmethodisch unterlegten Vorgehensweise im Planungsprozess aus. So fanden visuelle Elemente fachlicher Planungen – bspw. Skizzen, Entwürfe und Zeichnungen des Areals und geplanter Maßnahmen – verstärkt Eingang auch in die gesellschaftlich-mediale Kommunikation. Ein Erklärungsansatz dafür kann im Legitimations- und Behauptungsbedürfnis der planerischen Expertise und Kompetenz gesehen werden, da die Planungsprofession im Zuge der wachsenden BürgerInnen-Beteiligung und der gesellschaftlichen Öffnung von Planungsdiskursen mit der neuen Vielzahl einzubeziehender Akteure und Interessen, der Abgabe von Ent-

scheidungsbefugnissen und dem eigenem Selbstverständnis haderte (Ricken 2006, 49f). Durch die ‚Übersetzung‘ und Vermittlung von Fachwissen im Planungsprozess an die ‚Laienöffentlichkeit‘ (in Form von Statistiken, Karten- und Planmaterial, Skizzen, etc.) sollten Kompetenz und wissenschaftlich-fundierte Arbeiten demonstriert und gesellschaftliches Vertrauen generiert werden. Im Falle des *Hirschhofs* fanden fachliche Elemente wie die o.g. keinen Eingang in die mediale Kommunikation. Die Schilderungen konzentrierten sich weniger und wenn überhaupt sehr allgemein auf den Verlauf des Planungsprojekts. Zum einen ist dies zurückzuführen auf die konträre Konzeption von (Stadt-)Bezirk und deren Behörden gegenüber den Zielen des Nachbarschaftsengagements. Zum anderen bestimmte das grundlegende Verständnis von Gesellschaft, Öffentlichkeit und Mitbestimmung im DDR-Zentralismus, das die Mitgestaltung der Bevölkerung an Planungsentscheidungen v.a. in der Wahrnehmung politischer Wahlen sah (Ministerium für Bauwesen der DDR 1976). So sah die DDR-Planungskultur die aktive gesellschaftliche Mitbestimmung an der Ausgestaltung der Vorhaben

nicht vor. Der damit verbundene Druck gesellschaftliche Legitimation und Akzeptanz zu generieren spiegelt sich auch in der medialen Darstellung wider.

Die Ergebnisse der ausgewerteten medialen Kommunikation beider Fallbeispiele zeigen, dass über die vordergründige Funktion medialer Kommunikation als Verständigungsinstrument zu individuellen Planungsvorhaben hinaus auch die Reproduktion gesamtgesellschaftlicher, zeitgenössischer Diskurse ablesbar ist. So zeigen beide Planungsvorhaben exemplarisch den Stellenwert des Narrativs im jeweils zeitgenössischen planungskulturellen Diskurs und reproduzieren gleichzeitig das Narrativ als Bestandteil der öffentlichen Aushandlung urbaner Identität. In der BRD- als auch der DDR-Planungskultur spielte Stadtplanung stets eine wichtige politische Rolle, indem staatliches Handeln und Regieren durch die öffentlich-gesellschaftliche Akzeptanz legitimiert wurde (Arnold & Classen 2010; Bentele, Bohse, Hirschfeld & Krebber 2015). Besonders im geteilten Berlin als Ort unmittelbarer System-Konfrontationen sahen sich

Politik- und Planungsakteure stets einem Wettbewerb ausgesetzt. In den 1980er-Jahren spitzte sich die Gegenüberstellung städtebaulicher Leistungsfähigkeit v.a. in der Vorbereitung des 750-jährigen Stadtjubiläums für 1987 zu (Eichstädt, Fuderholz, Van Geisten, & Hämer 1985, 51f). Der repräsentative Charakter von Stadtplanungsprojekten als Symbol politisch-ökonomischen Fortschritts, Modernität und Leistungsfähigkeit beförderte die Auseinandersetzung mit der ‚Mietskasernen‘ zusätzlich. In nationalen und breiten öffentlichen Planungsdiskursen wurde das Narrativ – gegenüber der impliziten Verwendung in beiden Beispielen – explizit thematisiert und v.a. zum identitätsstiftenden Moment für die Stadtgeschichte und -entwicklung wie auch die Stadtgesellschaft stilisiert.

Die eingangs erwähnte Komplexität von Planungskultur aus Akteurskonstellationen, Medienensembles, Interaktions- und Kommunikationsformen sowie dem spezifisch-thematischen Rahmen von Planungspolitik und Gesellschaftsstrukturen konnte hier nur angerissen werden. Aber anhand der Inhaltsanalyse konnte sowohl die Präsenz gesamtgesellschaftlicher Diskurse – hier des ‚Mietskasernen‘-Narrativs – auf lokaler

Einzelfall-Ebene als auch die Reproduktion des Narrativs auf der generellen Ebene dargestellt werden. Die Interdependenz von Medien und Gesellschaft als sich stetig wandelnde und gegenseitig formende Faktoren in einem gemeinsamen Aushandlungsprozess bedingen die Tradierung öffentlicher Diskurse. Die medial (re)produzierten Bilder und Assoziationen des Narrativs bedingen die lokal-gesellschaftliche Aneignung, sodass eine konkrete räumliche Verortung der so unspezifischen, allgemeingültigen ‚Mietskasernen‘-Assoziationen stattfindet (Zimmermann 2012).

Die Betrachtung des Narrativs und seiner Veränderung verdeutlicht die Fülle an abgelagerten und auch überlagerten Bedeutungen und welche Rolle es als komplexer Untersuchungsgegenstand für die Sozial- und Stadtgeschichtsforschung darstellt. Denn genau in den so unspezifischen Zuschreibungen und vielfältigen Assoziationen besteht ihre Dauerhaftigkeit und Tradierung. So verrät die ‚Mietskasernen‘ viel über Berlins historische Transformation von gebauten Stadtstrukturen und gesellschaftlich-urbanen Identitätskonstruktionen im Kontext planungskulturellen Wandels.

Bibliographie

- Albers, G. (2006). Zur Entwicklung des Planungsverständnisses. Kontinuität und Wandel. In: Selle, K. (Hg.), *Planung neu denken. Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse.* Bd. 1. Dortmund, S. 43-55.
- Arnold, K., Classen, C., Kinnebrock, S., Lersch, E. & Wagner, H. U. (Hg.) (2010). *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung der Politik? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Politik im 20. Jahrhundert.* Leipzig.
- Autzen, R., Becker, H., Bodenschatz, H., Claussen, H., Radicke, D., Stimmann, H. & Taeger, M. (1984). *Stadterneuerung in Berlin. Sanierung und Zerstörung vor und neben der IBA.* Berlin.
- Beck, U. & Ziegler, U. E. (1995). *Eigenes Leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wir leben.* München.
- Bentele, G., Bohse, R., Hitschfeld, U. & Krebber, F. (Hg.) (2015). *Akzeptanz in der Medien- und Protestgesellschaft. Zur Debatte um Legitimation, öffentliches Vertrauen, Transparenz und Partizipation.* Wiesbaden.
- Betker, F. & Bräuer, M. (2006). Stadtplanung als öffentliche Angelegenheit. Kontinuität und Wandel des Planungsverständnisses in Ostdeutschland. In: Selle, K. (Hg.), *Planung neu denken. Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse.* Bd. 1, Dortmund, S. 85-102.
- Bezirksamt Schöneberg/Abt. Bau- u. Wohnungswesen (3.9.1987). *Ökologische Stadterneuerung in Schöneberg.* In: *Bauzeitung Schöneberg*, S. 1-6.
- Bodenschatz, H. (1987). *Platz frei für das Neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der ‚größten Mietskasernenstadt der Welt‘ seit 1871.* Berlin.

- Bodenschatz, H. (1990). Die „Mietskasernenstadt“ in der Kritik des 20. Jahrhunderts. In: Senatsverwaltung für Bau- Und Wohnungswesen (Hg.), *Stadterneuerung Berlin. Erfahrungen Beispiele Perspektiven*. Berlin, S. 19-25.
- Bodenschatz, H. (2010). *Städtebau in Berlin. Schreckbild und Vorbild für Europa*, Berlin.
- Bodenschatz, H. & Polinna, C. (2014). Ein halbes Jahrhundert Stadterneuerung in Berlin. In: Schlusche, G., Pfeiffer-Kloss, V., Dolff-Bonekämper, G. & Klausmeier, A. (Hg.), *Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte*. Berlin, S. 206-213.
- Bösch, F. (2011). *Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen*. Frankfurt am Main.
- Diewald, M. (1995). ‚Kollektiv‘, ‚Vitamin B‘ oder ‚Nische‘? Persönliche Netzwerke in der DDR. In: Huinink, J. & Mayer, K. U. (Hg.), *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*. Berlin, S. 223-260.
- Eichstädt, W., Fuderholz, G., Van Geisten, C. & Hämer, H. W. (1985). *IBA 84 – IBA 87. Planung und erste Ergebnisse*. Berlin.
- Engler, H. (2012). Das institutionelle System des DDR-Bauwesens und die Reformdebatte um den Städtebau in den 1980er Jahren. Ein Problemaufriss. In: Bernhardt, C., Flierl, T. & Welch-Guerra, M. (Hg.), *Städtebau-Debatten in der DDR. Verborgene Reformdiskurse*. Berlin, S. 71-104.
- Gansauge, K. Piantoni, A. & Spütz, G. (1974). Rehabilitierung von innerstädtischen Wohnquartieren. Möglichkeiten einer Wohnversorgung für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. In: *Bauwelt*, 65 (29/30), S. 990-995.
- Geist, J. F. & Kürvers, K. (1984). *Das Berliner Mietshaus. 1862-1945*. Bd. 2, München.
- Gerhards, J. & Neidhardt, F. (1990). *Strukturen und Funktionen modernen Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. Berlin.
- Haeder, A. & Wüst, U. (1994). *Prenzlauer Berg. Besichtigung einer Legende*. Berlin.
- Hamel, H. (1966). *Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands*. Berlin.
- Harlander, T. (2006). Zentralität und Dezentralisierung. Großstadtentwicklung und städtebauliche Leitbilder im 20. Jahrhundert. In: Zimmermann, C. (Hg.), *Zentralität und Raumgefüge der Großstädte im 20. Jahrhundert*. Stuttgart, S. 23-40.
- Hegemann, W. (1930). *Das steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt*. Berlin.
- Heinke, L. (1986). Oase vor der Haustür. Die große Berliner Hofaktion. In: *Neue Berliner Illustrierte*, 42 (22), S. 12-17.
- Hepp, A. (2013). The communicative figurations of mediatized worlds. Mediatization research in times on the ‚mediation of everything‘. In: *European Journal of Communication*, 28 (6), S. 615-629.
- Hoffmann-Axthelm, D. (2011). *Das Berliner Stadthaus. Geschichte und Typologie 1200 bis 2010*. Berlin.
- Holtfreter, B. (o.J. [vermutlich 1984]). Notizheft. Nachlass B. Holtfreter (BHo 15, Wohnbezirkausschuss (WBA) 56, Berlin-Prenzlauer Berg (5), 1984-1994). Archiv der DDR-Opposition, Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin.
- Holtfreter, B. (o.J. [vermutlich v. 1987]). Chronik-Notizen. Nachlass B. Holtfreter (BHo 15, Wohnbezirkausschuss (WBA) 56, Berlin-Prenzlauer Berg (5), 1984-1994). Archiv der DDR-Opposition, Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin.
- Hunger, B. (1991). Stadtverfall und Stadtentwicklung – Stand und Vorschläge. In: Marcuse, P. & Staufienbiel, F. (Hg.), *Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektiven der Stadterneuerung nach 40 Jahren DDR*. Berlin, S. 32-48.
- Jarusch, K. (1999). Die gescheiterte Gegengesellschaft. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, 39, S. 1-17.
- Jarren, O. (2013). MediaPolis oder Monopoly? Stadt und Medien als Gemeinschaftsversprechen. In: Pfetsch, B., Greyer, J. & Trebbe, J. (Hg.), *MediaPolis – Kommunikation zwischen Boulevard und Parlament. Strukturen, Entwicklungen und Probleme von politischer und zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit*. Konstanz, München, S. 51-62.
- Kahn-Ackermann, G. (29.4.1976). Grußwort des Generalsekretärs des Europarates auf dem Europarats-Symposium 4, Berlin 26.-29.04.1976. Zitiert nach für Stadtentwicklung für Stadtentwicklung (Hg.) (1987). *Learning from IBA – die IBA 1987 in Berlin*. Berlin, S. 11.
- Kleihues, J.P. (1984). Die Rekonstruktion der zerstörten Stadt. In: Nitsche, R. (Hg.), *Leitfaden. Projekte, Daten, Geschichte Internationale Bauausstellung Berlin 1987*. Berlin, S. 37-38.

- Knieling, J. & Othengrafen, F. (2009). En route to a theoretical model for comparative research on planning cultures. In: Knieling, J. & Othengrafen, F. (Hg.), *Planning Cultures in Europe. Decoding Cultural Phenomena in Urban and Regional Planning*. London, S. 39-62.
- Kreis, R. (2017). Heimwerken als Protest. Instandbesetzer und Wohnungsbaupolitik in West-Berlin während der 1980er-Jahre. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 14 (1). Abgerufen von <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2017/id=5449>, Zugriff am 05.03.2019.
- Kristen, E. (1990). 20 Jahre Modernisierung und Rekonstruktion Berlin-Ost. In: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen (Hg.), *Stadterneuerung Berlin. Erfahrungen Beispiele Perspektiven*. Berlin, S. 73-82.
- Ladd, B. (1999). Altstadterneuerung und Bürgerbewegung in den 1980er Jahren in der DDR. In: Barth, H. (Hg.), *Planen für das Kollektiv. Dokumentation des 4. Werkstattgesprächs vom 15.-16. Oktober 1998*. Erkner, S. 89-93.
- Lampugnani, V.M. (2010). *Die Stadt im 20. Jahrhundert. Visionen, Entwürfe, Gebautes*. Berlin.
- Lange, R. (2003). *Architektur und Städtebau der sechziger Jahre. Planen und Bauen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR von 1960 bis 1975*, Bonn.
- Marszolek, I. & Robel, Y. (2014). Mediengeschichte als Geschichte kommunikativer Figurationen. Überlegungen zur Untersuchung von Identitätskonstruktionen im urbanen Raum. In: *Communicative Figurations Working Paper*, 4., Bremen.
- Meyen, M. (2011). Öffentlichkeit in der DDR. In: *Studies in Communication/Media*, o.Jg. (1), S. 3-69.
- Ministerium für Bauwesen der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.) (1976). *Habitat DDR: gesellschaftspolitische und ökonomische Grundlagen, Wohnungsbau, Städtebau und Siedlungsnetzplanung in der Deutschen Demokratischen Republik*. Berlin.
- Naumann, K. (27./28.3.1976). Bericht der Bezirksleitung der XII. SED-Bezirksdelegiertenkonferenz der Hauptstadt. Zur weiteren Entwicklung der Hauptstadt der DDR, Berlin. In: *Berliner Zeitung*, o.S.
- o.V. (1979). Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Folgeinvestitionen – Abriß von Gebäuden und baulichen Anlagen – vom 18. September 1979. In: *Gesetzblatt der DDR*. Teil I, Nr. 34 vom 19.10.1979. Berlin.
- o.V. (29./30.5.1982). Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik. In: *Neues Deutschland*, S. 9-10.
- o.V. (1986). Flug nach ‚Spielstadt‘. In: *Neue Berliner Illustrierte*, 42 (22), S. 27-29.
- Peter, G. (1992). *Gesamtberliner Stadtentwicklung von 1949-1990. Daten und Grafiken*. Berlin.
- Planergemeinschaft Dubach Kohlbrenner (1989). *Planung der Neugestaltung im Sanierungsgebiet Bülowstraße Blöcke 86-89*. Berlin.
- Raasch, A. (2004). Einflussnahme der Bevölkerung auf Planung im Prenzlauer Berg – Ein Vergleich zwischen Vor-Wendezeit und heute. In: *Planungsrundschau*, 9, o.S. Abgerufen von <http://www.planungsrundschau.de/planungsrundschau09/texte/aredbapipbevzvuh.htm>, Zugriff am 21.07.2017.
- Rasche, K. (1979). Gedanken zur Gründerzeitarchitektur. In: *Architektur der DDR*, 28 (11), S. 701.
- Ricken, H. (1990). *Der Architekt. Ein historisches Berufsbild*. Stuttgart.
- Riecke, H. (1954). *Mietskasernen im Kapitalismus – Wohnpaläste im Sozialismus. Die Entwicklung der Städte im modernen Kapitalismus und die Grundsätze des sozialistischen Städtebaus*. Berlin.
- Rodenstein, M. (1988). ‚Mehr Licht, mehr Luft‘. *Gesundheitskonzepte im Städtebau seit 1750*. Frankfurt am Main, New York.
- Saldern, A. v. & Plato, A. v. (2003). *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten*. Stuttgart.
- Saldern, A. v. (2006). *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchzeiten*. Stuttgart.
- Saldern, A. v. (2009). Alltage und Öffentlichkeiten in DDR-Städten. In: Bernhardt, C. & Reif, H. (Hg.), *Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung. Kommunalpolitik, Stadtplanung und Alltag in der DDR*. Stuttgart, S. 215-233.
- Schlandt, J. (1974). Die West-Berliner Gebietssanierungen. In: Petsch, J. (Hg.), *Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert. Kapitalistischer Städtebau. Architektur und Informationsästhetik*. Bd. 1, Berlin, S. 141-158.

- Schröder, M. (2015). ‚Macht den Höfen den Hof. Hirschhof Oderberger Straße 19. In: Bezirksamt Pankow/Abteilung Stadtentwicklung (Hg.), *Eine Stadt verändert sich. Berlin Pankow 25 Jahre Stadterneuerung*. Berlin, S. 238-241.
- Seegers, L. (2009). Alltags- und Festkultur in der DDR der 1960er Jahre. In: Bernhardt, C. & Reif, H. (Hg.), *Sozialistische Städte zwischen Herrschaft und Selbstbehauptung. Kommunalpolitik, Stadtplanung und Alltag in der DDR*. Stuttgart, S. 261-274.
- Segert, D. (2002). *Die Grenzen Osteuropas 1918, 1945, 1989. Drei Versuche im Westen anzukommen*. Frankfurt am Main, New York.
- Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen & Bezirksamt Schöneberg/Stadtplanungsamt (Hg.) (1991). *Stadterneuerung im Sanierungsgebiet Schöneberg-Bülowstraße, Blöcke 86-89. Ökologisch orientierte Stadterneuerung*. Berlin.
- Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen & Bezirksamt Schöneberg/Stadtplanungsamt (Hg.) (1992). *Ökologisch orientierte Stadterneuerung in Berlin. Ein Projekt des Bezirksamtes Schöneberg von Berlin*. Berlin.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hg.) (2010). *Learning from IBA – die IBA 1987 in Berlin*. Berlin.
- Sinning, H. (2003). *Kommunikative Planung. Leistungsfähigkeit und Grenzen am Beispiel nachhaltiger Freiraumpolitik in Stadtregionen*. Opladen.
- Steglich, U. (2004). Die Wohnungen, die Menschen, der Markt. Stadtentwicklung in Prenzlauer Berg. In: Roder, B. & Tacke, B. (Hg.), *Prenzlauer Berg im Wandel der Geschichte. Leben rund um den Helmholtzplatz*. Berlin, S. 198-222.
- Stimmann, H. (1988). *Stadterneuerung Ost-Berlin. Vom ‚sozialistischen Neuaufbau‘ zur ‚komplexen Rekonstruktion‘*. Berlin.
- Wensierski, P. (2019). *Fenster zur Freiheit. Die radix-blätter. Untergrundverlag und -druckerei der DDR-Opposition*. Halle/Saale.
- Wimmer, J. (2007). *(Gegen-)Öffentlichkeiten in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses*. Wiesbaden.

KATHRIN MEIBNER,

M.A., seit April 2017 Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Historischen Forschungsstelle des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) Erkner. Sie studierte Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Humangeographie und Historische Urbanistik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Freien Universität sowie Technischen Universität Berlin. Gegenwärtig verfasst sie ihre Promotion zum Wandel städtischer Planungskulturen und öffentlicher Kommunikation anhand Ost- und West-Berliner Planungsvorhaben der 1950er bis 1980er im Rahmen des interdisziplinären Forschungsprojekts *Mediatisierungsprozesse in der städtebaulichen Planung und Veränderungen der öffentlichen Sphäre*.

Ihre Schwerpunkte sind Stadt-, Planungs- und Sozialgeschichte des späten 19. bis 20. Jahrhunderts in Deutschland und im lusophonen Raum, Bürgerengagement und Protestkulturen in Deutschland, Berliner Stadtgeschichte sowie Erinnerungskultur und Gedächtnispolitiken in urbanen Kontexten.

Research Corner

Radio Hekaphon, Österreichs erster Rundfunksender

Ernst Theis

Institut für Musiksoziologie, Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Abstract

Die wissenschaftliche Darstellung des ersten österreichischen Radiosenders *Radio Hekaphon* ist der erste Teil der Dissertation *Musik für das Medium Radio (1923-1934)*, die der Autor des Artikels im Frühjahr 2019, begleitet vom Institut für Musiksoziologie der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien, vorlegte. Die im Folgenden vorgestellten Aspekte daraus beschäftigen sich im Wesentlichen mit der Entstehungsgeschichte des nahezu unbekanntem Senders *Radio Hekaphon*, seiner Entstehungsgeschichte und geht den Fragen nach warum er sich nicht durchsetzen konnte und warum er einen Platz als vollgültiger Sender, nicht als Randerscheinung, in der österreichischen Mediengeschichte verdient hat.

Allgemein wird in Österreich die im Oktober 1924 auf Sendung gehende Radio Verkehrs A.G., kurz RAVAG, als jener Sender betrachtet, mit dem die österreichische Rundfunkgeschichte beginnt. Wie die oben angesprochene Dissertation *Musik für das Medium Radio (1923-1934)* in ihrem ersten Abschnitt des Hauptteils zeigt, muss diese Sicht in einigen essenziellen Aspekten revidiert werden. Denn in Österreich gibt es, ehe die RAVAG ihren Sendebetrieb aufnimmt, einen anderen Sender, der in seiner historischen Bedeutung und wissenschaftlichen Aufarbeitung stark unterbelichtet ist: *Radio Hekaphon*. Dieser Sender und seine medien- und musikhistorische Bedeutung aus Sicht der Musiksoziologie soll mit diesem Artikel vorgestellt werden. Neben den musikalisch-künstlerischen Aspekten, die im Zusammenhang mit *Radio Hekaphon* zur Wirkung kommen, sollen auch das historische Umfeld und die Entwicklungslinien des nahezu unbekanntem Senders und seiner Protagonisten dargestellt werden.

Einführung

Die österreichische Schwachstromindustrie ist im April 1923 entweder längst mit internationalen Konzernen fusioniert (beispielsweise arbeitet das „Wernerwerk Wien“, aus dem später die Telefunken-Niederlassung in Österreich hervorgeht [Winkler 1923, 5], bereits seit den

1890er-Jahren mit „Siemens & Halske“ zusammen [Wernerwerk Wien o.J.] oder kooperiert direkt mit ausländischen Konzernen (wie es beispielsweise die Elektrische Glühlampenfabrik Watt AG, und die mit der Lampe Ferrowatt bereits zu dieser Zeit eine Weltmarke entwickelt hat; [o.V. 31.03.1923 *Neue Freie Presse*, 41]). Die österreichische Schwachstromfirma „Czeija, Nissl & Co.“ spielt nun eine besondere Rolle für das frühe österreichische Radio. Gegründet wird sie 1884 vom Elektrotechniker Ing. Franz Nissl und Carl Czeija, einem gelernten Mechaniker. Carl Czeija ist der Vater Oskar Czeijas, der die RAVAG als ersten österreichischen staatlichen Sender 1924 etablieren wird (o.V. DokuFunk 30.03.2018). Protegieren kann der Vater den Sohn jedoch nicht, weil er bereits 1905 aus dem Unternehmen ausscheidet und verstirbt. Nach mehreren Fusionen entsteht schließlich die „Vereinigte Telephon- und Telegraphenfabrik Czeija, Nissl & Co.“, die in der Folge mit der amerikanischen „Western Electronic Company“ kooperiert (Mathis 1987, 161ff).

„Czeija, Nissl & Co.“ arbeitet eng mit der Elektronikfirma „Kremenezky“ zusammen; beide Firmen reichen gemeinsam schon früh, jedoch erfolglos, ein Gesuch um Erteilung einer provisorischen Sendebewilligung für Rundfunk in Österreich ein (Venus 1982, 885-1011). Beobachtbar ist, dass sich die Firma „Czeija, Nissl & Co.“ Anfang der 1920er-Jahre vorerst mehr

als andere österreichische Firmen für die Radiotelephonie interessiert (o.V. 1925 *Radiokalendar*, 45f; Koton 1925 *Radiokalendar*, 46). Sie hat ihr Fabriksgelände in Wien, Brigittenau, Dresdner Straße 75 (Wolf 2004, 14; ab 1907: Mathis 1987, 162) und baut dort ihren Radio-Sender aus eigenen finanziellen Mitteln auf (o.V. 1925 *Radiokalendar*, 45f).

Der Erbauer des Senders ist der bei „Czeija, Nissl & Co.“ angestellte Cheftechniker Oskar Koton (Braunbeck & Schlögl 2004, 16; Wolf 2004, 14). Auch die Finanzierung des Sendebetriebs trägt die Firma selbst (Ergert 1974, 32).

„Die Reichweite der Radio=Hekaphonkonzerte dürfte a n n ä h e r n d sein: für Kristalldetektor und H o c h a n t e n n e etwa 60 Kilometer, Kristalldetektor und R a h m e n a n t e n n e n 2 Kilometer, Hochantenne und eine Verstärker-röhre 100 Kilometer, Rahmenantenne und eine Verstärker-röhre 30 Kilometer, Hochantenne und Dreiröhrengerät etwa 500 Kilometer.“ (Pozbena 02.05.1924 *Neues 8 Uhr-Blatt*, 8)

berichtet die Presse über die Leistungsfähigkeit der ersten österreichischen privatwirtschaftlich geführten Sendeanlage.

Dass es die Firma „Czeija, Nissl & Co.“ ernst meint mit ihren Ambitionen, einen Sender zu betreiben und ihn auch als möglichen Wirtschaftszweig entwickeln zu wollen, ist an der frühen Bildung eines kompetenten Teams zu erkennen:

- Karl Neuburger, Direktor von „Czeija, Nissl & Co.“ (Neuburger 20.11.1923 *Radio-Rundschau für Alle*, 5; o.V. 07.09.1924 *Radiowelt*, 2)
- Oskar Koton, leitender Ingenieur und Cheftechniker (ebd.), Sprecher und Pianist (Ergert 1974, 32)
- Bert Silving (alias Berthold Silbiger) (o.V. Do-kuFunk 07.04.2010), Musikdirektor von *Radio Hekaphon* (Ergert 1974, 32; o.V. 07.09.1924 *Radiowelt*, 2; Buchberger 2014, 115)
- Swoboda¹, Chefmechaniker bei „Czeija, Nissl & Co.“ (o.V. 07.09.1924 *Radiowelt*, 2).

Damit weist das Team für einen Sender wesentliche Aspekte auf: Vermarktung (Neuburger), fachübergreifende Kompetenz (Koton), musi-

kalische Leitungskompetenz (Silving) und technische Betreuung (Swoboda) (ebd.).

Zur Ausstattung von *Radio Hekaphon* gehört ein Sender auf der Grundlage der Patente von „Western Electronic“, wobei die Antenne des Technologischen Gewerbemuseums (TGM) in der Währingerstraße 59, 1090 Wien (Neuburger 20.11.1923 *Radio-Rundschau für Alle*, 5f) benützt wird.² In der zitierten Quelle findet sich für Interessierte eine detaillierte Beschreibung der gesamten technischen bei *Radio Hekaphon* in Verwendung befindlichen Anlage. Zur Beschaffenheit des Studios finden sich in zwei historischen Artikeln, die der oben benannte Oskar Koton selbst verfasst, relativ detaillierte Informationen (Koton 1925 *Radiokalendar*, 46f; Koton 24.08.1924 *Radiowelt*, 5).

Die Firma „Czeija, Nissl & Co.“ entschließt sich ohne staatliche Genehmigung Versuchssendungen vorzunehmen (Venus 1982, 885-951)³. Es stellt sich heraus, dass die Behörden den Sendebetrieb nicht verhindern können, da die entsprechenden Regelungen, auf die sich die staatlichen Stellen berufen, aus dem Jahr 1914 stammen und weder eine Grundlage für eine Genehmigung noch für ein Verbot dieser Versuchssendungen bilden (ebd.).

Der Beginn der Sendetätigkeit von *Radio Hekaphon*

Wann genau *Radio Hekaphon* seinen Sendebetrieb aufnimmt, lässt sich schwer darstellen. Nach Viktor Ergert ist es der 1. April 1923; nach der Ethnologin Maria Helga Wolf, die sich vermutlich auf Ergert beruft, ebenso (Ergert 1974, 32; Wolf 2004, 14). Nach Theodor Venus, der in dieser Frage am zuverlässigsten scheint, sendet *Radio Hekaphon* ab Mitte April 1923 (Venus 1982, 885-951). Nach dem jährlich erscheinenden *Radiokalendar* beginnt *Radio Hekaphon* im Juni 1923 mit den Worten „Hallo! Hallo! Hier Probe-Sendestation *Radio Hekaphon* auf Welle 700!“ (o.V. 1925 *Radiokalendar*, 33) seine Versuchssendungen. Einer anderen Quelle zufolge, führt *Radio Hekaphon* ab Juni 1923 bereits fast täglich Sendeversuche durch; für

¹ Der Vorname des Technikers Swoboda konnte bis dato nicht recherchiert werden.

² In der zitierten Quelle findet sich für Interessierte eine detaillierte Beschreibung der gesamten technischen bei *Radio Hekaphon* in Verwendung befindlichen Anlage. Zur Beschaffenheit des Studios finden sich in zwei historischen Artikeln,

die der oben benannte Oskar Koton selbst verfasst, relativ detaillierte Informationen (Koton 1925 *Radiokalendar*, 46f; Koton 24.08.1924 *Radiowelt*, 5).

³ Diese Information steht im Gegensatz zu Ergert (1974), nach der es eine interimistische Genehmigung gegeben haben soll.

September 1923 wird, wenn auch nur provisorisch, schon an einen regelmäßigen Sendedienst gedacht (o.V. 1925 *Radiokalender*, 45f). Weitere Quellen divergieren mitunter deutlich.

In Verbindung mit der seit kurzem durch die Aktivitäten des Dokumentationsarchivs Funk (DokuFunk) zugänglichen ersten Rundfunkzeitschrift Österreichs *Radio-Rundschau für Alle* und Berichten aus der Wiener Tagespresse ist die Wiener Herbstmesse 1923 jener Zeitpunkt, zu dem *Radio Hekaphon* sendet. In der *Radio-Rundschau für Alle* heißt es:

„Die enorme Entwicklung der Radio-Telefonie in den westlichen Ländern, insbesondere Amerika, der geplante und zum Teil schon durchgeführte Betrieb von Telefoniesendestationen in unseren Nachbarländern (Tschecho-Slowakei, Deutschland) hat die ‚Vereinigte Telephon- u. Telegraphenfabriks-A.G. Czeija, Nissl & Co.‘ veranlaßt, auch in Österreich das große Publikum für das Radiowesen zu interessieren. Schon während der Herbstmesse wurden von dieser Firma radiotelefonische Übertragungen in der Rotunde dem Publikum vorgeführt.“
(Neuburger 20.11.1923, 5)

Neben dem umfangreichen musikalischen Rahmenprogramm gehören die Radio-Sendungen von *Radio Hekaphon* sowie das Radio-Technologische Gewerbemuseum zu den Attraktionen dieser Herbstmesse (o.V. *Die Neue Zeitung* 4.9.1923, 2f; o.V. *(Neuigkeits) Welt Blatt* 5.9.1923, 5).

Einer der wohl zuverlässigsten Hinweise auf den Beginn von regelmäßigen Sendungen scheint jener durch das Mitglied des Leitungsteams des Senders Oskar Koton zu sein. In der Ausgabe der *Radiowelt* vom 24. August 1924 schreibt er folgendes:

„Seit einem Jahr ist nun die erste Österreichische Telephonie-Röhrensendestation in Betrieb, und zwar regelmäßig, obwohl schon im Juni 1923 versuchsweise fast täglich gesendet wurde. Im September 1923 waren die Versuche so weit abgeschlossen, daß an einen provisorischen Sendedienst gedacht werden konnte, und seit März 1924 ist anstelle eines laboratoriumsmäßigen Senders der erste listenmäßige in Verwendung und seit dieser Zeit an drei Tagen der Woche in Betrieb.“
(Koton 24.08.1924 *Radiowelt*, 5)

Natürlich dauert es nicht lange, bis die Politik

verstärkt auf den Plan tritt. Im Dezember 1923 kritisiert die Sozialdemokratie über das ihr nahe stehende Montagsblatt *Der Morgen*, dass der „Czeija, Nissl & Co.-Sender“ ohne Genehmigung seinen Betrieb aufgenommen habe und wirft der Regierung vor, dass die Telegraphenbehörde in dieser Angelegenheit untätig bleibe (Venus 1982, 1179f). Damit ist das politische Ringen um das Radiowesen in Österreich eingeleitet. Diese Entwicklungen stellt Venus (ebd.) umfassend dar; ergänzend dazu seien noch die Arbeiten von Schlögl (2005), Godler, Jochum, Schlögl und Treiber (2004) sowie Wolf (2004) benannt.

Die Wiener Herbstmesse, die vom 2. bis 8. September 1924 (o.V. 3.9.1923 *Reichspost*, 4; o.V. 10.09.1923 *Wiener Sonn- und Montags-Zeitung*, 7; Neudhart 2011, 231) stattfindet, steht im Zeichen der Hochfrequenz (o.V. 06.09.1923 *Neue Freie Presse*, 10) und ist Anlass für die Übersiedlung des Senders *Radio Hekaphon* vom Firmengelände der Firma „Czeija, Nissl & Co.“ in das Technologische Gewerbemuseum (Neuburger 20.11.1923 *Radio-Rundschau für Alle*, 5). Der Empfänger steht zu diesem Zeitpunkt in der sogenannten Rotunde (eine Messehalle die anlässlich der Weltausstellung 1873 auf dem Areal des Wiener Praters errichtet worden war) und besteht aus „einer Antenne, die mit Lautverstärkerapparaten versehen ist“ (o.V. 06.09.1923 *Neues Wiener Tagblatt*, 3). Es wird ein Violin- und ein Klavierkonzert gegeben, ein Volkssänger trägt ein Stück vor und am Ende des Versuchs werden

„Mitteilungen des amtlichen Nachrichtensbüros radiotelephonisch übermittelt. Dies war der eigentliche Zweck, den Sender auf der Messe zum Einsatz kommen zu lassen.“
(ebd.)

Zur Aufführungsqualität wird berichtet:

„Auf eine Entfernung von zwanzig Meter konnte man die Vorträge deutlich und vernehmbar hören; die Klangfarben des Klaviers und der Geige wurden so übertragen, daß man den Eindruck hatte, es werde in der Nähe gespielt.“
(ebd.)

Das Studio bildet ein Musikzimmer im TGM; Informationen zur Ausstattung und zum kompletten technischen Vorgang vom Senden eines

Tones, bis zu dessen Einlangen beim Empfänger aus diesem Musikzimmer, finden sich im *Neuen Wiener Tagblatt* (o.V. 07.09.1923, 6). Die Senderversuche von *Radio Hekaphon* werden von den in der Berichterstattung erwähnten Fachleuten als durchschlagender Erfolg bezeichnet (ebd).

Aus staatlicher Sicht würde man trotzdem gegen den Sender vorgehen, gesetzlich ist das jedoch, wie oben angemerkt, unmöglich. Was man nicht ändern kann, das beobachtet man eben, und so sind bei der ersten *Radio Hekaphon*-Sendung im Rahmen der Herbstmesse 1923 Vertreter des Verkehrsministeriums (o.V. 07.09.1923 *Neues Wiener Tagblatt*, 4) und der Generaldirektor der Generalpostdirektion Leopold Hoheisl (Brandstetter 2008) sowie ein Sektionschef namens Jollisch anwesend (o.V. 12.09.1923 *Linzer Volksblatt*, 7f; o.V. 07.09.1923 *Wiener Morgenzeitung*, 5f).

Nach Auswertung der vorhandenen Quellen unter besonderer Berücksichtigung der damaligen Berichterstattung kann angenommen werden, dass *Radio Hekaphon* ab 7. und 8. September 1923 tatsächlich Radiosendungen ausstrahlt, weshalb die Wiener Herbstmesse 1923 wohl als jener Zeitpunkt betrachtet werden kann, ab dem Österreich einen privatwirtschaftlich geführten Sender besitzt.

Der Run um die Konzession für eine Radiotelephonie in Österreich

Die Erwartungshaltung unter den Radiointeressierten in Österreich hinsichtlich der Entscheidung, wer die Konzession für das Inlandsradio erhalten wird, ist im Verlauf des Herbst 1923 groß (o.V. 28.11.1923 *Radio-Rundschau für Alle*, 1).

Nach der Herbstmesse werden die Musiksendungen des Senders *Radio Hekaphon* fortgesetzt und zwar jeden Mittwoch vom 16:30 bis 17:30 Uhr und jeden Freitag von 19:00 bis 20:00 Uhr auf Welle 700 (Neuburger 20.11.1923 *Radio-Rundschau für Alle*, 6).

„Die Konzertveranstaltungen der im Artikel ‚Probe-Broadcasting in Wien‘ erwähnten Telefoniesendungen sind auch inhaltlich im Ausbau begriffen. Die Leitung des musikalischen Teiles liegt in der Hand des Konzertdirektors Bertold Silving, der, selbst mitwirkend, mit der Opernsängerin Fräulein Vally Fiori und dem Konzertpianisten Herrn Josef Richter eine Reihe von namhaften Wiener Künstlern eröffnet, die sich mit allem Interesse der Radiosache widmen. Es werden schon

jetzt Instrumental- und Vokalwerke heiteren und ersten Stils vorgetragen, wie Puccini, Verdi, Mayerbeer, Johann Strauß, Kalman u.a. Die Wiener Radiokonzerte werden in zunehmendem Maße dazu beitragen, den tätigen Amateuren willkommenen Aufnahmestoff zur Ergänzung der wenigen Darbietungen zu liefern, die ihnen von ausländischen Stationen dermalen im Hörbereich liegen.“

(ebd. 13f)

Veranlasst durch die zögerliche Haltung der Telegraphenverwaltung in der Frage der Konzessionsvergabe, beginnt „Czeija, Nissl & Co.“ am 13. Dezember 1923 schließlich mit der Ausstrahlung eines täglichen Programms, eben ohne Konzession (Venus 1982, 1086ff/1136). Musik, Rezitationen, Vorträge und anderen Darbietungen werden ab diesem Zeitpunkt relativ regelmäßig gesendet und können empfangen werden (Braunbeck & Schlögl 2004, 15ff).

Die kontinuierliche Ausweitung der Sendeperioden durch *Radio Hekaphon* macht plausibel, dass es das Ziel von „Czeija, Nissl & Co.“ war, einen Sender aufzubauen, mit dem auch der offiziellen Betrieb mit Konzession erreicht werden sollte.

Die Erfolge der Radiotelephonie durch die Firma „Czeija, Nissl & Co.“ im Verlauf der Herbstmesse 1923 dringen vermehrt in die breite Öffentlichkeit Österreichs. Mit der Zeitschrift *Radio-Rundschau für Alle* versucht ihr Herausgeber Eugen Winkler dem allgemeinen Mangel an Information zum Radio weitere Abhilfe zu schaffen. Zudem verbreiten sich Initiativen zur Popularisierung des Radiowesens, Gründungen von Radioklubs und -gesellschaften in allen Bundesländern Österreichs. Einige Tageszeitungen folgen der Grundidee dieser Initiativen. Das *Neue Wiener Tagblatt* kündigt beispielsweise im November 1923 den zu erwartenden Siegeslauf der drahtlosen Telefonie und Fernübertragung an (zit. nach Braunbeck & Schlögl 2004, 15ff). Nahezu alltäglich werden nun Instrumental- und Vokalwerke sowie andere Mitteilungen gesendet, „die in jeder Wohnung und in jedem Lokal drahtlos [...] empfangen und in vollendetster Weise drahtlos gehört werden können“ (ebd.). Andere Tageszeitungen ziehen nach, wie viele weitere Rubriken zeigen (o.V. 1925 *Radiokalender* 33f; Venus 1982, 885-951; zur Entstehung und zu Hintergründen der Radio-Clubs ebd. 1138-1146). Eine weitere Initiative ist die Erweiterung des Angebots an Rundfunkzeitschriften. Ab November 1923 erscheint die *Radio-Rundschau für Alle*, ab März 1924 die *Radiowelt* als Rundfunkorgan der „Radio-Amateure“ (o.V. 09.03.1924, 1).

„Radio ist die stärkste Tendenz unserer Zeit, die Grenzen, die Menschen voneinander trennen, aufzuheben“
(ebd., 2),

ist im ersten Heft zu lesen. Neben den aktuellsten technologischen Entwicklungen im Bereich Rundfunkwesen stellt die *Radiowelt* ihren Leserinnen und Lesern das tägliche internationale Radio-Programm ausführlich dar (ebd.). Bis dahin hat es in Österreich kein vergleichbares Angebot gegeben. Die *Radiowelt* will, so die Selbstdarstellung, die Rolle des neuen Mediums im Alltag und im Kulturleben darstellen und mithelfen das Radio zu einem Instrument der Kulturentwicklung, möglichst frei von parteipolitischen Einflüssen, entwickeln (ebd.).

Um noch mehr Menschen zu erreichen, werden nach Weihnachten 1923 Radioübertragungen in Theatern vorgenommen (o.V. 28.11.1923 *Radio-Rundschau für Alle*, 1). Dass Radio zu dieser Zeit nicht nur in der Umgebung Wiens gehört wird, zeigen Anfragen von RadiohörerInnen in der Rubrik *Briefkasten* der *Radio-Rundschau für Alle* zu den verschiedensten Themen, hauptsächlich aber zu technischen (siehe z.B. o.V. 26.01.1924, 19 oder o.V. 10.01.1924, 15). Zu Beginn 1924 nimmt ein weiteres Bundesland die ersten Radioaktivitäten auf. Am 4. Jänner 1924 veranstaltet der *Steirische Radioclub* mit einem Czeija-Nissl-Sender illegal Radiosendungen (o.V. DokuFunk 2000-2019).

Im Dezember 1923 – die Konzession ist noch immer nicht vergeben – stellt sich bereits ein neues allgemeines Bild des Rundfunkwesens in Österreich dar. Es gibt zahlreiche HörerInnen, die keinen eigenen Empfänger besitzen. Sie gehen an öffentliche Plätze wie beispielsweise das Wiener Volksbildungshaus Urania, das Radiosendungen für die Allgemeinheit zugänglich macht. Die Tatsache, dass die KünstlerInnen im Technologischen Gewerbemuseum in der Währingerstraße ihre Musik spielen und das Publikum etwa vier Kilometer entfernt im großen Vortragssaal der Urania (*Neues Wiener Tagblatt* 14.12.1923 zit. nach Braunbeck & Schlögl 2004, 17) sitzt und zuhört, stellt einerseits ein gesellschaftliches Ereignis dar, sorgt andererseits aber auch für Verwirrung. Zahlreiche HörerInnen sind sich nicht sicher, ob die Veranstaltung nun im TGM oder in der Urania stattfindet (ebd. 17f).

Anfang 1924 hat in Österreich das Rundfunkwesen, zumindest im Raum Wien, schon mehr oder weniger Alltagscharakter erreicht. Ein Beamter, der das österreichische Rundfunkwesen genau beobachtet, schreibt am 26. Januar 1924 an das österreichische Bundeskanzleramt, dass Funkwellen von Paris und Malta aufzunehmen – heute würde man sagen: zu empfangen – bereits normal sei (Braunbeck & Schlögl 2004, 19). Schließlich findet sich am 16. Jänner 1924 einer der ersten Artikel mit dem Titel *Das Radiodrama* in dem es um künstlerische Themen geht.⁴ Er beschäftigt sich mit künstlerischen Kriterien einer möglichen rein radiofonen Kunst und mit den Verhältnissen im Zusammenhang mit der Arbeit im Studio (o.V. 31.01.1924 *Radio*, 7). Darin steht das Radiodrama für den

„Geburstag einer neuen Art Dramatik [...] so verlangt die allermodernste dramatische Richtung, das ‚Radiodrama‘ wieder ganz neuartige Behandlung. Soll doch in diesem Falle den Zuhörern drahtloser Musik eine dramatische Wirkung übermittelt werden – ohne daß sie dabei etwas sehen!“
(ebd.)

Diese Entwicklungen entstehen vor dem Hintergrund der Arbeit des Senders *Radio Hekaphon*. Aber wie stand es nun um die RAVAG? Oskar Czeija, ihr späterer Generaldirektor, vernetzt sich zwar mit allen Mittlern, die RAVAG jedoch bekommt die technischen Anforderungen für einen Sendedienst, wenn auch nur für einen provisorischen, nicht in den Griff. An einen regelmäßigen Sendedienst, wie ihn *Radio Hekaphon* schon seit Monaten vorexerziert, ist bei ihr auch im Verlauf des Frühjahrs 1924 nicht zu denken. Dazu weiter unten mehr.

Die Vergabe der Radio-Konzession in Österreich

Hans Nissl meldet sich zum Jahreswechsel 1923/24 in der *Radio-Rundschau für Alle*, die Firma „Czeija, Nissl & Co.“ vertretend, zum Thema Radio in Österreich zu Wort und stellt umfassende konzeptionelle Überlegungen vor. Neben vielen Verweisen auf ausländische Entwicklungen, Hinweisen auf Finanzierungsvarianten, dem Radiowesen als vorzügliches Mittel

⁴ Für Interessierte sei darauf hingewiesen, dass der zweite Teil des Hauptteils der hier vorgestellten Dissertation ausführlich

das Thema *Arteigene Rundfunkmusik*, wie eine mögliche genuin radiophone Musikkunst damals benannt wird, aufgreift.

der Volkserziehung und sein Wirkung auf die Landbevölkerung, geht er auf den möglichen Staatsfunk ein:

„Durch Verbreitung von Tagesereignissen und staatlichen Mitteilungen kann eine hervorragende Macht über die öffentliche Meinung ausgeübt werden“

(Nissl 22.12.1923 *Radio-Rundschau für Alle*, 8ff),

lautet ein weit vorausblickendes Zitat Nissls zum Thema Staatlicher Rundfunk. Er spricht davon, dass der Staat nicht die geeignete Grundlage für ein Radiowesen darstelle, nicht zuletzt wegen der drohenden politischen Einflussnahme. Diese sei aus Sicht des von ihm reflektierten englischen Komitees auf das unumgänglich Notwendige zu beschränken, ein Modell, das sich Nissl auch für Österreich wünscht. Eine staatliche Zensur des Programms kommt für ihn gar nicht in Frage, und auch die Auferlegung einer Konzessionsgebühr für die Erzeugung und den Handel von Radioapparaten lehnt Nissl – aus Sicht des Radioapparaterzeugers verständlich – ab. Der Staat solle nur das Recht der Konzessionierung von Sendestationen und der Zuweisung der Wellenlänge sowie für die Vergabe von Lizenzen zur Errichtung von Empfangsanlagen zuständig sein und dies in einfachster struktureller Form (Nissl 10.01.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 2ff).

Dass die Antwort auf solche Forderungen eine politische sein muss, lässt sich schwer von der Hand weisen. Nissl hat in seinen beiden oben zitierten ambitionierten Artikeln in der *Radio-Rundschau für Alle* wohl einen fatalen Fehler im Zusammenhang mit den Bestrebungen um eine Rundfunkkonzession begangen: Er hat den Staat zum Handlanger des Mediums in Lizenzfragen ohne inhaltliches Mitspracherecht erklärt.

Oskar Czeija hingegen ist politisch bestens vernetzt, wie die diversen zitierten österreichischen Publikationen zum Thema zeigen. Mit Ausnahme seines Faibles für das Radiowesen und seines nachweislich unermüdlichen persönlichen Einsatzes für die RAVAG, hat er zur Zeit der Konzessionsvergabe allerdings wenig anzubieten, was eine Konzessionserteilung an seine RAVAG rechtfertigen würde. Es fehlen ihm finanzielle Mittel, ein Sender, ein kompetentes Team, ein Programmkonzept, etc. Zur Zeit der Konzessionsvergabe existiert die RAVAG als tatsächlich funktionsfähiger Sender schlicht nicht. Die RAVAG ist ein Sender, von dem man zwar lesen,

jedoch funkisch mehr oder weniger nichts hören kann, wie unzählige Hinweise in den damaligen Rundfunkzeitschriften zeigen.

Ihre ersten relevanten Funkversuche führt die RAVAG erst nach der Konzessionsvergabe Anfang 1924 nach wie vor ohne professionelles Personal mit freiwilligen Hilfskräften (Richtera 1929 *Radiokalendar*; Ladanyi o.J., 22) und anhaltend technischen Problemen durch.

Oskar Czejas Verbindungen zu wichtigen wirtschaftlichen und politischen Kreisen bewirkt, dass dort im Sinne der virulenten politischen Interessen des Staats in der Rundfunkfrage entschieden wird und man sich trotz prekärer staatlicher Finanzlage und der problematischen technischen Lage der RAVAG, den Rundfunk dennoch staatlich und nicht privat leisten will. Dieser Staatsfunk soll in Form eines besteuerten Rundfunkwesens (Gebühren) finanziert werden, während ein mögliches privatwirtschaftliches Rundfunkwesen ohne Gebühren nicht angedacht wird.

Nissl vertritt, wie angesprochen, die Idee eines privatwirtschaftlichen Rundfunkwesens nach englischem Vorbild, das für die Sender ebenfalls Gebühren vorsieht. Es sind demnach nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Interessen Nissls, die ein Gratis-Radio nach amerikanischem Vorbild in Österreich verhindern. Hinzu kommt die damals traditionell enge wirtschaftliche Anbindung Österreichs an Deutschland, das den staatlichen Rundfunk zur Zeit der Konzessionsvergabe in Österreich schon rund vier Monate zuvor etabliert hat. Wäre es bei der Entscheidungsfindung für die Konzessionsvergabe nach den vorhandenen finanziellen und technologischen Voraussetzungen und Kompetenzen im Bereich Funktechnik in Österreich gegangen, hätte das privatwirtschaftliche Gegenkonzept *Radio Hekaphons* allerdings nach amerikanischen Finanzierungsmuster etabliert werden können.

Die Konzession ergeht an Oskar Czeija und seine RAVAG

Die Reaktion Nissls bzw. seiner Firma „Czeija, Nissl & Co.“ ist wenig verwunderlich: Unmittelbar nach Vergabe der Konzession an die RAVAG stellt *Radio Hekaphon* vorübergehend die Sendetätigkeit ein (Venus 1982, 1307-1319). In der Folge kommt es zum Konflikt zwischen den Konzessionsinhabern ohne Sender – RAVAG – und dem Sender ohne Konzession – *Radio Hekaphon*. Ein zentraler Streitpunkt ist die Übernahme des Senders im TGM, für den die

Firma „Czeija, Nissl & Co.“ eine hohe Ablösesumme fordert (ebd.). Auch die Firma „Kapsch“, die selbst in Form eines Konsortiums („Österreichische Telefonfabriks AG“ vormals „Joseph Berliner, Ericsson – Österreichische Elektrizitäts AG“, „Firma Kapsch & Söhne Telephon- und Telegrafenfabriks AG“, ein Rechtsanwalt namens Fritz Kammann [o.V. DokuFunk 2000-2019]) im Konzession-Rennen erfolglos geblieben ist, will ihre Sender an die RAVAG abgeben. Beides wird abgelehnt (ebd.).

Zwischenzeitlich steht die Wiener Frühjahrsmesse bevor. In Leipzig findet kurz davor die Leipziger Frühjahrsmesse (2. bis 8. März 1924) (o.V. 26.02.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 10) statt, in deren Vorfeld ein weiterer deutscher Sender, eben jener Leipzigs (MIRAG, 1. März 1924) (ebd.), in Betrieb genommen wird (o.V. 17.03.1924 *Neue Freie Presse*, 17). Für die Wiener Frühjahrsmesse 1924 ist – nach Leipziger Vorbild – geplant, eine Radiowoche durchzuführen – erstmals sollen also eine Woche lang täglich Radiosendungen von der RAVAG ausgestrahlt werden. Es gibt jedoch abermals erhebliche Probleme mit den Versuchssendungen der RAVAG im TGM, weshalb sie eingestellt werden müssen (o.V. 16.03.1924 *Radiowelt*, 6).

Vor dem Hintergrund, dass weniger als drei Wochen zuvor die Konzession an dieses Unternehmen ergangen ist und der erfolgreichen *Deutschen Radiowoche* im Rahmen der Leipziger Messe stellen die gescheiterten Versuche einen herben Rückschlag für die RAVAG und das funkische Renommee Österreichs dar. Das erhöht den öffentlichen Druck auf die Verantwortlichen des österreichischen Radiowesens deutlich. Die Presse berichtet:

„Unterdessen die Radiomesse in Leipzig zu Ende ging, rüstete sich die Wiener Frühjahrsmesse zum Empfang. Der Radiofreund der vom ersten kommt, wird einen nicht geringen Unterschied wahrnehmen. Kein Wunder. Deutschland hat – wenn auch in einer noch nicht allseits befriedigenden Form – seinen Rundfunk, wir haben ihn nicht. Ja, man kann kein Haus beim Dach zu bauen beginnen. Wie ein folgender Artikel zeigt, war in der Vorwoche noch gar nicht sicher, ob wir nicht gerade während der Frühjahrsmesse selbst auf den provisorischen Rundfunk verzichten müssen, der uns wenigstens bis jetzt beschieden war“

(o.V. 10.03.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 1)

Radio Hekaphon sendet also nicht mehr und die

RAVAG ist technologisch nicht imstande dazu. Hinzu kommt die Kritik der „Radio-Amateure“ an der autoritativen staatlichen Ordnung des österreichischen Rundfunks, weshalb die Radioclubs eine Enquete planen, um die Sinnhaftigkeit eines solchen Systems zu diskutieren (ebd.).

Das österreichische Radiodilemma ruft die Radiohändler und -firmen auf den Plan, die dringend einfordern, *Radio Hekaphon* solle den regelmäßigen Sendebetrieb wieder aufnehmen. Der Sender erklärt sich dazu auch bereit, allerdings mit einem Hinweis auf die schlechten akustischen Verhältnisse im firmeneigenen Studio (o.V. 10.03.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 1). Dennoch gibt der Sender schließlich für die Frühjahrsmesse 1924 bekannt,

„daß sie während der Messe Sonntag von 1/211 bis 12 Uhr mittags, Montag, Dienstag und Mittwoch von 1/2 5 bis 1/2 6 abends senden wird. Für die folgenden Tage werden die Sendezeiten radio=telefonisch bekannt gegeben.“
(o.V. 01.03.1924 *Neues 8 Uhr Blatt*, 6; o.V. 09.03.1924 *Neue Freie Presse*, 11; o.V. 09.03.1924 *Neues Wiener Tagblatt*, 7)

Die Radiowoche von *Radio Hekaphon* gerät zum Erfolg und der Sender bleibt auch weiterhin bestehen.

Ab ca. Mitte Juni 1924 strahlt schließlich auch die RAVAG Versuchssendungen aus, wenn auch unregelmäßig. *Radio Hekaphon* sendet zu diesem Zeitpunkt Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag – zumindest soweit es sich aus Druckschriften rekonstruieren lässt. Die Programme des Senders werden längst wöchentlich in den Rundfunk- und Tageszeitungen abgedruckt. Bezieht man die damals geübte Praxis, Sendungen via Radio anzukündigen, ist die Menge der regelmäßigen Sendungen von *Radio Hekaphon* vermutlich höher. Das Programm der RAVAG ist in Printmedien nicht enthalten; wenn sie senden kann, gibt sie Programminformationen vermutlich direkt im Radio bekannt

Musik für *Radio Hekaphon*

Zu dieser Zeit wird fast zu 100% Musik gesendet, dies live, in Österreich wie auch in Deutschland. Um das Ausmaß der Aktivitäten des Senders *Radio Hekaphon* noch deutlicher machen zu können, ist der Blick in die innere Struktur der künstlerischen Arbeit des Senders erhellend.

Sein Musikdirektor, Geiger und Sänger Berthold Silving pflegt Kontakte zu einem umfassenden MusikerInnenpool, aus dem die Programme des Senders bestritten werden. Durch die Abdrucke der Programme des Senders in der Rundfunkzeitschrift *Radiowelt* können im Zeitraum zwischen 16. März und 29. August 1924 rund 100 verschiedene KünstlerInnen, hauptsächlich InstrumentalistInnen und SängerInnen verschiedenster Genres, nachgewiesen werden.⁵

Aus künstlerischer Sicht ist Silving mit seinem Silving-Quartett für den Sender unverzichtbar (o.V. 1925 *Radiokalender*, 45f). Seine Formation bildet anfangs, mit sehr wenigen Ausnahmen, die Grundlage fast jeder Sendung von *Radio Hekaphon*. Der als „Konzertdirektor der Station“ und „Künstlerischer Leiter der Radio-Hekaphonstation“ bezeichnete Silving ist für den „Propaganda-stoff“ (o.V. 09.04.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 1f) – wie die zur Ausstrahlung gelangenden Werke bezeichnet werden – verantwortlich. Er ist damit der erste österreichische Musiker, der einem Leitungsteam eines österreichischen Senders angehört (Fastl & Kronberger 2001).

Silving ist zudem als Komponist für den Sender tätig und entwickelt die ersten Themensendungen – Sendeformate, wie man heute sagen würde – der österreichischen Rundfunkgeschichte. Die Ausstrahlung von Silvings erster Eigenkomposition kann am Mittwoch, 18. Juni 1924 (o.V. 08.06.1924 *Radiowelt*, 8) in der Sendung *Neu-Wiener Lieder-Nachmittag* nachgewiesen werden. Der Titel des Lieds ist *Wo ist der letzte Wiener hin* (o.V. 15.06.1924 *Radiowelt*, 9). Eine weitere Komposition ist *Alraune*, die am 3. September 1924 in der Sendung *Das neue Wiener Lied* ausgestrahlt wird (o.V. 31.08.1924 *Radiowelt*, 8). Silving singt bei *Radio Hekaphon* in Sendungen wie *Alt-Wiener Nachmittags* Franz Schuberts Lied *Der Neugierig* (o.V. 06.04.1924 *Radiowelt*, 9), in einem *Verdi-Kälman-Nachmittags* die *Romanze des Rhadames* aus Giuseppe Verdis Oper *Aida* (o.V. 25.05.1924 *Radiowelt*, 8), die Lieder *Ein Schwan* und *Im Khane* (beide Evard Grieg) in der Sendung *Grieg-Strauß-Nachmittags* (o.V. 08.06.1924 *Radiowelt*, 8), oder Amilcare Ponchiellis Arie *Gioconda* in der Sendung *Italienische Oper* u.a.m.

Literarische Werke finden am 30. Juni 1924 erstmals in Form einer *Musikalisch-Literarischen Soiree* Eingang ins Radioprogramm von *Radio Hekaphon*, Silving fungiert dabei auch als Konzertleiter (ebd).

Durch die Arbeit beim Radio werden Silving und seine Formationen rasch bekannt. Popularität erreichen auch andere KünstlerInnen, allen voran Oskar Koton. Dass Silving versucht, KünstlerInnen der wichtigsten Theater zu gewinnen, liegt an seiner Überzeugung, dass das Renommee des Senders vom Renommee jener KünstlerInnen abhängt, die beim Sender arbeiten.

Zu den damals wenigen, bereits vor ihrem ersten Radio-Auftritt prominenten MitarbeiterInnen bei *Radio Hekaphon* gehört Raoul Aslan. Der spätere Burgtheaterdirektor ist zur Zeit, als er bei *Radio Hekaphon* auftritt, 37 Jahre alt und bereits seit drei Jahren Burgschauspieler (Städeli, o.J.). Einige KünstlerInnen kommen aus den Wiener Theatern, der allergrößte Teil stammt jedoch nach wie vor aus der freien Wiener MusikerInnen- und KünstlerInnen-Szene (o.V. 1925 *Radiokalender*, 45f), nicht wenige davon sind überhaupt AmateurInnen (Silving 09.04.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 4). Deren Unterstützung war nötig, denn viele der prominenten KünstlerInnen hegen gegenüber dem neuen Medium große Vorbehalte, sodass sie keine Bereitschaft für einen Auftritt im Sender hatten. In Summe beschäftigt der Sender *Radio Hekaphon* im Verlauf seiner Sendetätigkeit weit mehr als 100 KünstlerInnen, denen ein „Radio-Regisseur“ zur Seite steht, um sie im völlig ungewohnten Umfeld der funkischen Kunst zu unterstützen (ebd.).

Programmentwicklung bei *Radio Hekaphon*

Zu Beginn der Sendetätigkeit von *Radio Hekaphon* werden, wie bei allen anderen Sendern auch, Sprechversuche unternommen, danach wird Grammophon-Musik übertragen, bald darauf Sendungen mit AmateurmusikerInnen, denen schließlich auch BerufskünstlerInnen folgen (o.V. 1925 *Radiokalender*, 45f). Bis zur Wiener Frühjahrsmesse 1924 können keine nennenswerten Hinweise zur Programmgestaltung und Programmentwicklung von *Radio Hekaphon* nachgewiesen werden. Das hat damit zu tun, dass sich die Printmedien erst nach und nach entschließen, Programmhinweise abzudrucken. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass es davor keine regelmäßigen bzw. keine programmatischen Entwicklungslinien gibt, sondern dass, wie bereits erwähnt, in dieser frühen Phase das

⁵ Für Details siehe Theis (2019), Anhang 1.

auf eine Radiosendung folgende Programm auch via Radio bekannt gegeben wird.

Eine Darstellung der Programmentwicklung auf der Grundlage von in Printmedien publizierten Informationen kann deshalb erst mit März 1924 mit dem Programm der *Radiowoche*, die im Verlauf der Frühjahrsmesse 1924 veranstaltet wird, einsetzen.

Das Programm der *Radiowoche* im März 1924:

Sonntag, 9. März 1924, (vmtl. 11:00-12:00)⁶

Montag, 10. März 1924, 16:30-17:30

1. Lincke: „Gri-Gri“, Ouvertüre;
 2. Toselli: „Rimpianto“, Serenade;
 3. Gounod: „Margarethe“ (Faust);
 4. Meyerbeer: „Pagen-Arie“, a. d. Oper „Die Hugenotten“ (Frl. Berling)
 5. Ziehrer: „Weana Madln“, Walzer;
 6. Leoncavallo: „La Mattinata“
 7. Yvain: „La Java“
- (o.V. 16.03.1924 *Radiowelt*, 6; o.V. 10.03.1924 *Reichspost*, 4; o.V. 10.03.1924 *Neues Wiener Tagblatt*, 4)

Dienstag, 11. März 1924, 16:30-17:30

1. Thomas: „Raymond“, Ouvertüre;
 2. Strauß: „Zigeunerbaron“, Arie d. Saffi (Frau Mia Rücker)
 3. Puccini: „La Tosca“, Fantasie;
 4. Kálman: Walzer a. d. Operette „Gräfin Maritza“;
 5. Vortrag: Dr. Oscar Bendiner,
 6. Drdla: „Kubelik-Serenade“
 7. Strauß: „Frühlingsstimmen“, Walzer (Frau Mia Rücker)
 8. Henderson: „Gorgetta“ (Blues)
- (o.V. 16.03.1924 *Radiowelt*, 6; o.V. 10.03.1924 *Reichspost*, 4; o.V. 11.03.1924 *Arbeiter Zeitung*, 5; o.V. 11.03.1924 *Neues Wiener Tagblatt* 6f)

Mittwoch, 12. März 1924, 16:30-17:30

1. Suppé: Ouverture zur kom. Oper „Die schöne Galathee“;
2. Grieg: „Solveig's Lied“;
3. Delibes: Ballett-Suite aus „Sylvia“
4. Vortrag: Franz Höbbling vom Burgtheater;
5. Strauß: „Morgenblätter“ Walzer;
6. Schubert: „Ein Frühlingstraum“;
7. Kálman: „Komm mit nach Varasdin“ Shimmy aus „Gräfin Maritza“;
8. Vortrag: Burgschauspielerin Lotte Witt;

9. Konzertsängerin Anny Hardoff. Konzert: Quartett Silving.

(o.V. 16.03.1924 *Radiowelt*, 6; o.V. 10.03.1924a *Reichspost*, 4; o.V. 12.03.1924 *Arbeiter Zeitung*, 5f; o.V. 12.03.1924 *Neues Wiener Tagblatt*, 7)

Freitag, 14. März. 1924, 16:30 nachmittags vom Quartett Silving

1. Maillart: Ouverture zur komischen Oper „Das Glöckchen des Eremiten“
 2. Svendsen: „Romanze“ (Cellosolo: Herr Horak)
 3. Beethoven: „Adelaide“ (Gesang: Herr Silving)
 4. d'Albert: „Tiefland“, Phantasie;
 5. Vortrag;
 6. Strauß: „Wiener Bonbons“, Walzer
 7. Silving: „Das internationale Wien“, großes Schlagerpotpourri
 8. Lehár: „Java“ aus der Operette „Clo-Clo“.
- (o.V. 14.03.1924 *Arbeiter Zeitung*, 5; o.V. 14.03.1924 *Reichspost* 6; o.V. 14.03.1924 *Neues Wiener Tagblatt* 7)

Insgesamt werden im Verlauf der Radiowoche 34 Werke gesendet. Silving ist dabei einerseits bedacht, bei den lebenden Vertretern der Unterhaltungsmusik (U-Musik) mit Emmerich Kálmán und Franz Lehár österreichische Prominenz vorzustellen. Mit der *Java* aus der Operette *CloClo* lässt er den aktuellsten Schlager Lehárs über den Äther gehen. Andererseits bemüht er sich um Weltoffenheit und um eine internationale Sicht auf Musik. Paul Lincke, Ermengildo Craosio, Franz Drdla, Ray Henderson, Maurice Yvain heißen die fünf Komponisten internationaler Herkunft, die genau die Hälfte der U-Musik-Beiträge der Radiowoche ausmachen. Im Bereich ernste Musik (E-Musik) stellt er wichtige historische Komponisten vor.

Die Analyse der Sendungen zeigt, dass Silving bei der Erarbeitung des Programms für die Radiowoche darauf achtet, die Musiklandschaft in den Bereichen U- und E-Musik international und medial ausgewogen zu präsentieren (Theis 2019). Die Ausgestaltung der Radiowoche lässt den Schluss zu, dass das von Silving für radiotauglich betrachtete Programm, schon monatelang erprobt und vermutlich geübte Praxis bei *Radio Hekaphon* ist. Nach der Frühjahrsmesse 1924 berichten die Quellen, dass in Wien bereits jeden zweiten Tag Radio-Konzerte zu hören sind (o.V. 24.04.1924

⁶ Dies ist die Vormittagssendezeit bei *Radio Hekaphon*.

Neue Freie Presse, 16). Da selbstgebaute Empfänger auch internationale Sendungen empfangen können, kann man mit dem nötigen technischen Know-How bereits täglich Radio hören. Der Hinweis auf „Sendungen jeden zweiten Tag“ aus der *Neuen Freien Presse*, muss also auf das Sendeausmaß des Senders *Radio Hekaphons* bezogen werden.

Im Mai 1924 schließlich finden sich neue Informationen zu den Sendezeiten des Wiener Senders:

„Die Konzerte erfolgen sehr häufig, mehrmals die Woche. Fixe Zeiten können wir aber nicht angeben; regelmäßig finden die Konzerte am Mittwoch von 1/25 bis 1/26 statt, sehr oft auch Sonntags von 10 bis 12 Uhr, außerdem noch zu verschiedenen Zeiten. Es wird immer am Schluss eines Konzerts die Zeit des nächsten Konzerts angesagt.“

(o.V. 02.05.1924 *Neues 8 Uhr Blatt*, 8)

Das Zitat macht übrigens auch die übliche Programmvorankündigung via Radio deutlich.

Hinzu kommt, dass sich wiederholt Hinweise auf Sendungen mit KünstlerInnen finden, die in den abgedruckten Programmen der Tageszeitungen nicht vorkommen. Ein Beispiel dafür sind die Sängerinnen Roszi Haas, Grete Hartmann und Helene Kollmann, der Geiger Fritz Kollmann und die Pianistin Alice Matzner-Pahlen, die gemeinsam auf einem Foto in der *Radiowelt* aufscheinen (o.V. 10.08.1924 *Radiowelt*, 8), die aber in keinem massenmedial hergestellten Radio-Programm genannt sind.

Unbestritten ist, dass jeweils mittwochs auf Sendung gegangen wird, aber auch der Sonntag als gehäuft auftretender Sendetag auffällt. Wenn die oben zitierten Quellenhinweise, die auf Sendungen, die mehrmals die Woche oder jeden zweiten Tag stattfinden und Ankündigung von Programmen via Radio miteinbezogen werden, so kann von einem Sendeausmaß von mindestens jedem zweiten Tag im Verlauf der ersten Hälfte des Jahres 1924 ausgegangen werden.

Wo steht die RAVAG?

Oskar Czeija und seine Mitarbeiter kämpfen nach wie vor mit technischen Schwierigkeiten, die die Gestaltung eines Radioprogramms verhindern. Es wird bloß von „vereinzelten Sende-

versuchen“ ohne Programmangaben berichtet (o.V. 25.05.1924 *Radiowelt*, 8).

Parallel dazu laufen die Verhandlungen für einen täglichen Sendedienst der RAVAG mit den diversen zuständigen Stellen. Mitte Juli 1924 findet unter der Leitung von Alexander Burian, Vorsitzender der Fachgruppe der Radioindustrie Österreichs (Burjan 25.03.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 12f), eine Besprechung zu den Vorbedingungen eines täglichen Sendedienstes statt. Dabei sind Vertreter der RAVAG, des Verbands der Radiohändler, des Verbands der elektronischen Handelsfirmen, des Reichsverbands der konzessionierten elektrotechnischen Installationsfirmen, ihre dazu gehörige Genossenschaft und eine Gesandtschaft der Firma „Czeija, Nissl & Co.“. Oskar Czeija berichtet dort über die Möglichkeiten eines täglichen dreistündigen Programms, dass es bei einer Sendeenergie von 100 Watt zu Ausstrahlung kommen könne und dass Kosten in Höhe von 65 bis 114 Millionen Kronen zu erwarten seien (o.V. 13.07.1924 *Radiowelt*, 2). Allerdings ist Czeijas Vorstellung einer täglichen dreistündigen Sendezeit ein RAVAG-Wunschtraum, den im Juli 1924 technologisch und programmatisch in Österreich nur *Radio Hekaphon* umsetzen kann.

Bei der RAVAG bleibt es bei vereinzelten Sendeversuchen ohne Programmangaben bis in den September 1924 hinein (o.V. 13.07.1924 *Radiowelt*, 2; o.V. 11.05.1924 *Radiowelt*, 8; o.V. 15.06.1924 *Radiowelt*, 9). Erst ab 6. September 1924 kommt es schließlich zu regelmäßigen Sendungen mit Angaben zu Sendungstiteln, gesendeten Werken und KünstlerInnen nachweisen lassen.⁷

Der erste mediale Wettbewerb für Musik in Österreich

Indes schreibt *Radio Hekaphon* den ersten medialen Kompositionswettbewerb in Österreich zur musikalischen Form des „Zeitgenössischen Wiener Lieds“ aus. Das Preisträgerkonzert wird am 14. Juli 1924 ab 20:45 ausgestrahlt. Die Preisträger sind:

1. Preis: Mädels, verlieb Dich! Fohringer (Hermann, Komponist), Kirschner (Willy, Text)
 2. Preis: Alt-Wiener Zeit, Alt-Wiener Leut Ottinger (Ludwig), Kirschner (Willy)
 3. Preis: Lieber Uhl, sing uns a fesches Weana-lid/Krafft-Kara (J. Kraft-Kara, verm. Musik und Text)
- (siehe o.V. 13.07.1924 *Radiowelt*, 8)

⁷ Bei Interesse siehe Theis 2019, Anhang 4.

Der Interpret der Preisträgerlieder ist Hans Heins vom Wiener Bürgertheater (ebd.). Der Musikdirektor des Senders *Radio Hekaphon*, Bert Silving, hegt eine große Vorliebe für das Wiener Lied, wie seine zahlreichen Interpretationen beim Sender zeigen. Zudem hat er mehrere Wiener Lieder für seinen Sender komponiert, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass die neue künstlerische-musikalische Initiative für dieses Preisausschreiben ihren Ursprung bei Bert Silving hat. Es ist die letzte Innovation, die von diesem Sender ausgeht, ehe er endgültig der RAVAG weichen muss.

Das endgültige Aus für *Radio Hekaphon*

Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Leistungen des Senders, wirken die Inhalte eines Artikels mit dem Titel *Von einem Fachmann*, der Name des Autors ist nicht bekannt, regelrecht befremdlich. Der Text handelt von der Vergabe der Konzession für Rundfunk in Österreich. Erwähnt wird, dass sie an eine in Bildung begriffene Gesellschaft ergangen sei, die Arbeit von *Radio Hekaphon* wird in diesem Kontext jedoch mit keinem Wort genannt (o.V. 26.03.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 6). Fast zeitgleich erscheint der Artikel *Die Radio-Industrie auf der Frühjahrsmesse* (Burjan 25.03.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 12f). Darin wird von der Durchführung der Radiowoche bei der Wiener Frühjahrsmesse 1924 berichtet. Die Rede ist von einem Sender, der im Technologischen Gewerbemuseum errichtet worden sei, und davon, wie gut die heimische Industrie in der Lage sei, den heimischen Bedarf an Radiogeräten zu decken. Die Firma „Czeija, Nissl & Co.“, federführend für die technologischen Entwicklungen im Bereich Radio wird ebenso wenig erwähnt, wie der Sender *Radio Hekaphon*, – trotz technologischem und inhaltlichem Vorsprung gegenüber der RAVAG.

So bleibt das Kuriosum, dass Österreich im März 1924 einen Sender mit einer Konzession, aber ohne technologische und programmatische Grundlagen hat – die RAVAG – und einen mit technologischen und programmatischen Grundlagen samt kompetentem Team, jedoch ohne Konzession – *Radio Hekaphon*.

Bis heute wird *Radio Hekaphon* die Akzeptanz als vollwertiger Sender verwehrt, wenn auch jüngst in einigen Internetquellen davon gesprochen wird, dass er der erste österreichische Sender sei. Es stellt sich die Frage nach dem Warum. Die

Antworten sind vielschichtig und deren Beantwortung ist nicht Ziel dieser Arbeit. Trotzdem sei auf einige Aspekte eingegangen, um das Bild der Sendegeschichte *Radio Hekaphons* abzurunden.

Es dauert lange, bis die gesetzlichen Grundlagen für ein Radiowesen in Österreich politisch geschaffen werden. Nach dem Wunsch Oskar Czeijas wird das Rundfunkwesen zum staatlichen Monopol. Diese staatliche Strukturierung stellt nunmehr die Legitimation für die Anerkennung eines Senders dar. Den verantwortlichen Entscheidungsträgern sind technische und gestalterische Voraussetzungen dabei weniger wichtig. Schließlich ist es die Rundfunkzeitschrift *Radio-Rundschau für Alle*, die *Radio Hekaphon* zur Seite springt und versucht, die Relevanz dieses Senders für das österreichische Radiowesen hervor zu heben:

„Irgendwo muß es einmal ausgesprochen werden, daß es eigentlich in Österreich bisher keinen einzigen Faktor gibt, der zielsicher auf die Propaganda des Rundfunks, also auf die Gewöhnung einer Vorliebe für radiofonisch übertragene Darbietungen hinarbeitet, als ausschließlich die Radio-Hekafon-Station im Wiener technologischen Gewerbemuseum und ihre getreue Konzertgruppe Silving. Für Tagesblätter, Radiohändler, Radiowerke sind sie die ausschließlichen Lieferanten des Propagandastoffes und es scheint, als ob mit ihm gar nicht so schlechte Geschäfte gemacht worden wären.“

(o.V. 09.04.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 1f)

Trotzdem sind die Tage *Radio Hekaphons* gezählt, theoretisch sind sie mit der Konzessionsvergabe im Februar 1924 bereits abgelaufen, sendepraktisch, wie die vorliegende Arbeit zeigt, jedoch nicht. *Radio Hekaphon* macht weiter und verhindert damit ein radiophones Vakuum in Österreich, da die RAVAG mit regelmäßigen Probesendungen erst im September 1924 beginnen kann (o.V. 07.09.1924 *Radiowelt*, 2).

Die Rolle Bert Silvings erscheint wichtiger im Zusammenhang mit der Einstellung des Sendebetriebs von *Radio Hekaphon*, als sie vordergründig wirkt. Wie oben dargestellt, bildet der Sender einen umfassenden KünstlerInnenstamm heraus. Das Kernstück der regelmäßigen Sendungen bildet der allererste „Rundfunkmusiker“ und „Rundfunkdramaturg“ Österreichs, Bert Silving. Er, gemeinsam mit seinen verschiedenen Ensembleformationen, bildet die Grundlage der Rundfunkarbeit des Senders *Radio Hekaphon* nachweislich über den Zeitraum von Juni 1923,

möglicherweise schon ab April 1923, bis Anfang September 1924 und macht ihn damit auch künstlerisch gesehen zum vollgültigen Rundfunksender.

In der Ausgabe der *Radiowelt* vom 7. September 1924, das ist der Beginn der Herbstmesse 1924, steht: „11-12:30 Uhr: Konzert der Kapelle B. Silving während der Messe“ (o.V. 07.09.1924 *Radiowelt*, 14). Diesmal spielt Silving jedoch nicht für *Radio Hekaphon*, sondern für die RAVAG. Dass sich Silving darüber im Klaren ist, dass die Zukunft des Radios in Österreich nicht bei *Radio Hekaphon* liegt, wird spätestens mit seinem Artikel *Kunst und Radio*, in dem er von der Radiobühne der Sendestation *Radio Hekaphon* berichtet, deutlich (Silving 27.07.1924 *Radiowelt*, 5). Zum einen spricht Silving im Zusammenhang mit *Radio Hekaphon* nicht von einer Versuchssendestation, sondern von einer Sendestation. Aus interner Sicht als *Radio Hekaphon*-Mitarbeiter weiter nicht verwunderlich. Ansonsten jedoch ist der Tenor des Artikels, dass es zu einer Veränderung komme, wenn der tägliche Sendebetrieb aufgenommen wird. Gleichzeitig beschreibt er programmatische Überlegungen für einen künftigen Rundfunk, für den er drei Parameter definiert: der Kammermusik soll mehr Sendefläche gegeben werden, Übertragungen von Symphonieorchestern sollen erfolgen, systematisch, stilrein und kulturell einwandfrei soll das Programm sein (ebd.).

Besonders mit solchen allgemeinen Anmerkungen zu einer künftigen Programmentwicklung macht er ein weites Spannungsfeld im Bereich Musik auf. „Stilrein“ meint in diesem Zusammenhang vermutlich „radiofon stilrein“: Ein Radiokonzert unterscheidet sich von jenem im Konzertsaal. Die Frage der kulturellen Bedeutung des Mediums Radio wird zu einem langjährigen Programmkampf (auch in Deutschland), ausgelöst von der äußerst heterogenen HörerInnenschaft und ihren nicht weniger heterogenen Programmwünschen.

Ob Silving zu diesem Zeitpunkt mit Czeija in Verbindung steht, möglicherweise auch über eine Mitarbeit bei der RAVAG verhandelt, kann (bislang) nicht nachgewiesen werden. Dass seine programmatischen Überlegungen in jene Richtung gehen, wie sie wenig später vom neuen Musikdirektor der RAVAG, Max Ast, umgesetzt werden, ist nachweisbar (Theis 2019).

Tatsache ist auch, dass die RAVAG täglich senden will, das ist ihr quantitatives Sendeziel. Vor dem Hintergrund ihrer vielen technologischen

und strukturellen Probleme – dazu gehört auch, dass sie keinen Musikstamm und keine erprobte Programmatik hat – handelt sie nach dem Gebot der Stunde: Sie sichert sich mit Silving die wohl wichtigste Kompetenz, die auf dem österreichischen Radio-Markt zu haben ist und damit Silvings Expertise, seine Erfahrung als Radiodramaturg und seine Kontakte, die ein wichtiges Element für den angestrebten täglichen Einsatz radioerprobter MusikerInnen darstellen. So kann die RAVAG sicher stellen, dass zumindest im musikalischen Bereich die Qualität und die Quantität des damals sogenannten „Propagandastoffs“ gegeben ist.

Mit dem Abgang Silvings zur RAVAG ist *Radio Hekaphons* besonders in seiner Kernkompetenz, der Ausstrahlung von Livemusik, getroffen. So findet man in der Ausgabe der *Radiowelt* vom 7. September 1924 keinen Programmabdruck mehr, sondern den Hinweis: „Sendestation Radio=Hekaphon, Welle 600 m, Sendeleistung 100 Watt, sendet unregelmäßig“ (o.V. 27.09.1924 *Radiowelt*, 8). Der Sender, der trotz des Umstands, dass die Rundfunkkonzession an einen anderen Bewerber ergangen ist, beharrlich sein Projekt Privatsender weiterzuentwickeln versuchte, kann durch den Abgang seines wichtigsten Künstlers und Programmgestalters kaum existieren.

Einige Versuche unternimmt *Radio Hekaphon* noch: *Radio Hekaphon* nützt eine stillgelegte Grazer Sendeanlage, um den Versuch zu starten Grammophonmusik zu senden (o.V. *Radiokalendar für das Jahr 1926*, 59). Der Sender wird jedoch niemals mehr den Sendebetrieb so aufnehmen, wie bisher.

Bald setzt eine bemerkenswerte Form der Berichterstattung ein. Weiter oben ist schon angesprochen, dass u.a. auch die *Österreichische Illustrierte Zeitung* das Radiowesen in einem eigenen thematischen Schwerpunkt „Das Radiowunder“ reflektiert. Zwei Artikel zum aktuellen Status quo des österreichischen Rundfunks finden sich im November 1924 (o.V. 02.11.1924, 18; o.V. 09.11.1924, 18;), ehe diese Rubrik nicht mehr fortgeführt wird:

„Das Wörtchen ‚Radio‘ ist in den Sprachschatz unserer Bevölkerung übergegangen. Jedes Kind spricht heute vom Radio mit einer Selbstverständlichkeit, als hätte es nie etwas anderes gegeben“
(o.V. 02.11.1924, 18)

heißt es im ersten der beiden Artikel. Und weiter

heißt es im Zusammenhang mit dem Weg der RAVAG zum offiziellen Sendebetrieb:

„Der Aufbau des Österreichischen Bundes-spruchdienstes führte über einen dornigen Weg. Intrigen, Quertreibereien brannten schöne Ansätze immer wieder nieder. Bis ein Mann mit eiserner Faust kam: der Landeshauptmann von Steiermark Dr. R i n t e l e n. Nach mehr als einjähriger, mühevoller Arbeit konnte er als Präsident und Gründer der Österreichischen Radio-Verkehrs-A.-G. den Rundspruch⁸ eröffnen.“
(ebd.)

Dem Bericht zufolge spielte der Steierische Landeshauptmann Anton Rintelen eine tragende Rolle in der Förderung der RAVAG auf Kosten von *Radio Hekaphon*.

Dass das Wort „Radio“ in aller Munde sei, wie in der *Österreichischen Illustrierten Zeitung* berichtet, ist vor dem Hintergrund, dass die RAVAG zu diesem Zeitpunkt offiziell erst seit einem Monat sendet, als Konsequenz der Arbeit von *Radio Hekaphon* zu interpretieren. Für die Popularität des Radios in Österreich im Verlauf des Jahres 1924 ist in erster Linie *Radio Hekaphon* und in zweiter Linie die Möglichkeit des Empfangs ausländischer Sender verantwortlich.

„Wer in der glücklichen Lage ist, einen guten Röhrenapparat zu besitzen, der kann in ganz Europa ‚herumschweifen‘ und hört bald Breslau und bald Prag, bald Rom und dann Paris.“
(o.V. 31.07.1924 *Neues 8 Uhr Blatt*, 7)

Hinzu kommen die vielen Initiativen der „Radio-Amateure“, der Rundfunkzeitschriften, der Tagespresse und die Herbstmesse 1923 und 1924 sowie die dazwischen liegende Frühjahrsmesse 1924, die viel zur Popularisierung des Mediums beitragen. Vor all diesen Hintergründen hat die RAVAG aus Sicht ihrer Sendeaktivitäten, ihres technologischen und personellen Zustands zwischen Anfang 1924 und September 1924 die geringste Wahrnehmung in der Bevölkerung. Ganz am Ende der Sendetätigkeit von *Radio Hekaphon* findet sich ein Artikel eines seiner drei Leitungsmitglieder, Oskar Koton. Sein Titel ist

„HALLO, HALLO; HIER SPRICHT RADIO-HEKAPHON AUF WELLE 600“ (Koton 24.08.1924 *Radiowelt*, 5f) jene Worte, die angeblich am 1. April 1923 das Radiozeitalter in Österreich eingeläutet haben. Auch in seiner Replik soll die Legitimität von *Radio Hekaphon* als vollgültigen Sender aus technologischer und künstlerischer Sicht schon seit Mitte 1923 untermauert werden. Der Abschluss des Artikels bringt sein Unverständnis über die Situation des österreichischen Rundfunkwesens und die dahinter stehenden Entscheidungen zum Ausdruck:

„An dieser Stelle will ich gleichzeitig den Amateuren für die vielen vielen Zuschriften danken, in denen sie uns unermüdlich über ihre Beobachtungen berichten, und bitte gleichzeitig, auch in Zukunft diese uns mitzuteilen. Jetzt macht *Radio-Hekaphon* Schluß, gute Nacht, gute Nacht.“
(ebd.)

Eine Frage bleibt bezüglich der Sendeaktivitäten, die von *Radio Hekaphon* weit über die Konzessionsvergabe an den Mitbewerber RAVAG hinaus weiter betrieben werden, offen: Hat „Czeija, Nissl & Co.“ darauf spekuliert, dass nach der Konzessionsvergabe an einen staatlichen Sender, auch eine an einen privatwirtschaftlichen erteilt hätte werden können? Dass Radio in Österreich Staatsmonopol sein soll, ist für die Allgemeinheit erkennbar erst klar, als die RAVAG im Oktober 1924 ihren offiziellen Sendebetrieb aufnimmt. Es gibt kein staatliches Verbot für *Radio Hekaphon* nach der Konzessionsvergabe im Februar 1924, es findet sich auch keines Anfang September 1924, als der Sender endgültig seinen Sendebetrieb einstellt.

Die Abschiedssendung von *Radio Hekaphon* findet am 29. August 1924 statt; Koton lädt die RadiohörerInnen zu einer „intimen“ Feier ein (o.V. 07.09.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 1f). Dieser Einladung folgen mehr als 1000 HörerInnen. Um 22:45 begrüßt Karl Neuburger, der dem Sender als Chefleiter vorsteht, die zahlreichen Anwesenden. Die KünstlerInnen, die das Programm gestalten, sind Bert Silving als Tenor und Geiger, der „junge, reizende, schlanke, aschblonde Koloratursopran“ (ebd.) Hella Stankowitz, ein Pianist namens Neff, das Arrighi

⁸ Bevor sich die Begriffe *Rundfunk* und *Radio* durchsetzen, wird *Rundspruch* oder *Rundspruchdienst* häufig als Bezeichnung für das damals neue Medium verwendet.

Mandolinenquartett, das Mandl Männerquartett und der Pianist und Leiter der äußerst beliebten Opera-concertante-Aufführungen bei *Radio Hekaphon*, Alfred Günzburg (ebd.).

Natürlich berichtet die genaue Beobachterin des Senders *Radio Hekaphon*, die *Radiowelt*, vom Ende des Senders. „RADIO=HEKAPHON MACHT SCHLUSS!“ (o.V. 07.09.1924 *Radio-Rundschau für Alle*, 2) lautet die Überschrift eines Artikels aus dem ersten Septemberheft 1924. Ob die letzte Sendung tatsächlich am 29. August 1924 stattfindet, bleibt unklar, weil in der *Radiowelt* noch die geplanten Sendeprogramme für den 1., 3. und 5. September 1924 (o.V. 31.08.1924 *Radiowelt*, 8) abgedruckt sind. Diese Hinweise deuten eher darauf hin, dass der Abgang Silvings zur RAVAG ein unerwarteter gewesen sein könnte, durch den die bereits angekündigten Sendungen künstlerisch nicht mehr durchgeführt werden können. Vom 1. September 1924 als tatsächlich letzten Sendungstag berichten jedoch zwei Quellen (o.V. 1925 *Radiokalender*, 45f; o.V. 31.08.1924 *Radiowelt*, 8). *Radio Hekaphon*, der erste Österreichische Radiosender, stellt an diesem Tag mit mondäner Tanzmusik um 21:10 Uhr seinen Betrieb ein (ebd.). Die *Reichspost* kommentiert die Aufnahme des regelmäßigen Sendedienstes der RAVAG am 13. September 1924 wie folgt:

„Es hat ein wenig gedauert. Aber seit Samstag besitzt auch Wien seinen täglichen Broadcastingdienst, der in den angrenzenden Weststaaten schon vor Jahresfrist eine Selbstverständlichkeit war... Hoffen wir, daß die neue Einführung nicht nur als einzige Annehmlichkeit die – Erhöhung der Abonnementgebühren von zwei auf 22.000 Kronen bringen wird... Nicht nur alte Radioten (oder wie sagt man sonst? wir brauchen dringend ein zeitgemäßes Lexikon für Radiofachausdrücke) aber, sondern auch viele ‚Nichttradisten‘ dürfte ein kurzer Blick hinter die Kulissen des neuen Stubenring-Senders interessieren, der uns jetzt zeigt wie, wo und so weiter.“
(o.V. 14.09.1924 *Reichspost*, 9)

Die Firma „Czeija, Nissl & Co.“ bleibt im Radio-Geschäft. In der 4. Auflage des Buches *Das Radiokonzert daheim*, das im Oktober 1924 als Teil der Tagblatt-Bibliothek mit der Nr. 63/64 erscheint, findet sich auf der Innenseite der Titelseite der Beilage eine Werbung der Firma „Czeija, Nissl & Co.“ für Empfänger und alle möglichen Bestandteile von Empfängern und für Sendestationen mit Energieleistungen von 10, 50, 100 und 500 Watt. Kein Sender mehr, keine Radioteam mehr.

Bibliographie

- Brandstetter, J. (2008). Leopold Hoheisel. In: *Architekturlexikon Wien 1770-1945*, Abgerufen von <http://www.architektenlexikon.at/de/228.htm>, Zugriff am 15.8.2016.
- Braunbeck, J. & Schlögl, R. (2004). Sturm und Drangzeiten des Radios. In: Godler, H., Jochum, M., Schlögl, R., Treiber, A. (Hg.), *Vom Dampfradio zur Klangtapete. Beiträge zu 80 Jahren Hörfunk in Österreich*. Wien, S. 11-30.
- Buchberger, C. I. (2014). *Max Ast und das Bert Silving Quartett im österreichischen Rundfunk*. Magisterarbeit, Universität Wien.
- Ergert, V. (1974). *50 Jahre Rundfunk in Österreich. 1924-1945*. Bd. 1. Salzburg.
- Fastl, C. & Kornberger, M. (2001). Silving (eig. Silbiger), Bert (Berthold). In: *Oesterreichisches Musiklexikon online*, Abgerufen von https://www.musiklexikon.ac.at/ml/musik_S/Silving_Bert.xml, Zugriff am 08.09.2016.
- Godler, H., Jochum, M., Schlögl, R., Treiber, A. (2004) (Hg.), *Vom Dampfradio zur Klangtapete. Beiträge zu 80 Jahren Hörfunk in Österreich*. Wien.
- Mathis, F. (1987). *Big Business in Österreich*. Wien.
- Neudhart, H.G. (2011). *Wiener Internationale Messe. Vorgeschichte, Anfänge und Entwicklung bis zur kriegsbedingten Einstellung 1942*. Lohmar.
- o.V. (2000-2019). Rundfunk in Österreich vor 1924. Schwere Geburt – Radio in Österreich 1921-1924. In: *Dokufunk, Dokumentationsarchiv Funk*. Abgerufen von <http://dokufunk.org/broadcast/austria/index.php?CID=7128&ID=7041#A7041>, Zugriff am 17.10.2013.
- o.V. (07.04.2010). Rundfunk in Österreich 1924-1938. Die Kapelle Bert Silving. In: *Dokufunk, Dokumentationsarchiv Funk*. Abgerufen von <http://dokufunk.org/broadcast/austria/index.php?CID=7129&ID=7793&PHPSESSID=971e568ca82287679a48748028bb23d8>, Zugriff am 25.04.2013.
- o.V. (30.03.2018). Czeija, Oskar – Gedächtnisfonds. In: *DokuFunk, Dokumentationsarchiv Funk*. Abgerufen von http://dokufunk.org/documentary_archive/ocgf?CID=8146&ID=8163, Zugriff am 29.06.2016.
- Richtera, L. (1925). *Das Radiokonzert daheim*. Wien.
- Schlögl, R. (2005). *Oskar Czeija – Radio- und Fernseh pionier, Unternehmer, Abenteurer*. Wien.
- Städli, Th. (o.J.). Raoul Aslan. In: *Collector's Homepage. Autogramme & Autographen*. Abgerufen von <http://www.cyranos.ch/smasla-d.htm>, Zugriff am 21.01.2014.
- Theis, E. (2019). *Musik für das Medium Radio (1923-1934)*. Diss. Universität für Musik und darstellende Kunst, Wien.
- Venus, Th. (1982). *Die Entstehung des Rundfunks in Österreich. Herkunft und Gründung eines Massenmediums. Verhandlungen und Gründung der Österreichischen Radio-Verkehrs AG*, Diss. (Teil 3), Universität Wien.
- Winkler, E. (10.11.1923). Die Entwicklung der Österreichischen Radioindustrie. In: *Radio-Rundschau für Alle*, 1, DokuFunk Periodika, S. 5.
- Wolf, H. M. (2004). Eine kleine Kulturgeschichte des Rundfunks. In: Wolf, H. M. (Hg.), *Auf Ätherwellen. Persönliche Radiogeschicht(n)*, S. 11-46.
- Wolf, H. M. (2004) (Hg.), *Auf Ätherwellen. Persönliche Radiogeschicht(n)*. Wien, Köln, Weimar.

Archivquellen

- Burjan, A. (25.03.1924). Die Radio-Industrie auf der Frühjahrmesse. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 6, DokuFunk Periodika, 12f.
- Koton, O. (1925). Die Sendeanlage des „Radio-Hekaphon“. In: *Radiokalender 1925*, DokuFunk Periodika, S. 46f.
- Koton, O. (24.08.1924). HALLO, HALLO; HIER SPRICHT RADIO-HEKAPHON AUF WELLE 600. In: *Radiowelt*, Heft 25, DokuFunk Periodika, S. 5.
- Ladanyi, A. (Hg) (o.J.). *Das 5. Jahrbuch der Radiobewegung*. Wiener Radio-Verlag, Wien I., Pestalozziggasse 6., DokuFunk Periodika, S. 22
- Neuburger, K. (20.11.1923). Probe-Broadcasting in Wien. In: *Radio-Rundschau für Alle*, 2, S. 5f/13f.
- Nissl, H. (22.12.1923). Der Rundspruchdienst. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 4, DokuFunk Periodika, S. 8ff.

- Nissl, H. (10.01.1924). Der Rundspruchdienst. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 1, S. 2ff.
- o.V. (31.03.1923). Elektrische Glühlampenfabrik „Watt“ A.G. In: *Neue Freie Presse*, S. 41.
- o.V. (03.09.1923). Die gestrige Eröffnung der Herbstmesse. In: *Reichspost*, S. 4.
- o.V. (04.09.1923). Der zweite Messtag. In: *Die Neue Zeitung*, S. 2f.
- o.V. (05.09.1923). Die V. Wiener Messe. In: (*Neuigkeits*) *Welt Blatt*, S. 5.
- o.V. (06.09.1923). Die Wiener Herbstmesse 1923. In: *Neue Freie Presse*, S. 10.
- o.V. (06.09.1923). Das Messegeschäft; Eine radiotelephonische Vorführung in der Rotunde; Ein Konzert. In: *Neues Wiener Tagblatt* (Abendblatt), S. 3.
- o.V. (07.09.1923). Wiener Herbstmesse. In: *Neues Wiener Tagblatt*, S. 4.
- o.V. (07.09.1923). Drahtlose Telephonie; Die ersten Vorführungen in der Rotunde. In: *Neues Wiener Tagblatt*, S. 6.
- o.V. (07.09.1923). Der fünfte Messtag; Eine radiotelephonische Vorführung. In: *Wiener Morgenzeitung*, S. 5f.
- o.V. (10.09.1923). Bilanz der Wiener Messe. In: *Wiener Sonn- und Montags-Zeitung*, S. 7.
- o.V. (12.09.1923). Eine radiotelephonische Vorführung in der Rotunde. In: *Linzer Volksblatt*, S. 7f.
- o.V. (28.11.1923). Vom Tage. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 2, DokuFunk Periodika, S. 1.
- o.V. (10.01.1924). Briefkasten. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 1, DokuFunk Periodika, S. 15.
- o.V. (26.01.1924). Briefkasten. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 2, DokuFunk Periodika, S. 19.
- o.V. (31.01.1924). Radio. Das Radiodrama. In: *Neues 8 Uhr Blatt*, S. 7.
- o.V. (26.02.1924). Die Leipziger Frühjahrsmesse – Deutsche Radiowoche. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 4, DokuFunk Periodika, S. 10.
- o.V. (01.03.1924). Radio. In: *Neues 8 Uhr Blatt*, S. 6.
- o.V. (09.03.1924). Wiener Frühjahrsmesse 1924, Radiodienst während der Messe. In: *Neue Freie Presse*, S. 11.
- o.V. (09.03.1924). Wiener Frühjahrsmesse. In: *Neues Wiener Tagblatt*, S. 7.
- o.V. (09.03.1924). Was wir bringen. In: *Radiowelt*, Heft 1, DokuFunk Periodika, S 1/2.
- o.V. (10.03.1924). Vom Tage. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 5, DokuFunk Periodika, S. 1
- o.V. (10.03.1924). Die Wiener Broadcasting Sendestation. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 5, DokuFunk Periodika, S. 1
- o.V. (10.03.1924). Radiokonzert in der Messewoche. In: *Reichspost*, S. 4.
- o.V. (10.03.1924). Wiener Frühjahrsmesse; Radiokonzert. In: *Neues Wiener Tagblatt*, S. 4.
- o.V. (11.03.1924). Tagesneuigkeiten; Radiokonzert. In: *Arbeiter Zeitung*, S. 5.
- o.V. (11.03.1924). Wiener Frühjahrsmesse; Messe-Radiokonzert. In: *Neues Wiener Tagblatt*, S. 6f.
- o.V. (12.03.1924). Tagesneuigkeiten; Radiokonzert. In: *Arbeiter Zeitung*, S. 6.
- o.V. (12.03.1924). Wiener Frühjahrsmesse; Messe-Radiokonzert. In: *Neues Wiener Tagblatt*, S. 7.
- o.V. (13.03.1924). Radiokonzert der Wiener Messe. In: *Reichspost*, S. 15.
- o.V. (13.03.1924). Tagesneuigkeiten; Radiokonzert. In: *Arbeiter Zeitung*, S. 5.
- o.V. (13.03.1924). Wiener Frühjahrsmesse; Das heutige Radiokonzert. In: *Neues Wiener Tagblatt*, S. 7.
- o.V. (14.03.1924). Wien geht das Messegeschäft. In: *Reichspost*, S. 6.
- o.V. (14.03.1924). Radiokonzert. In: *Reichspost*, S. 6.
- o.V. (14.03.1924). Tagesneuigkeiten; Radiokonzert. In: *Arbeiter Zeitung*, S. 5.
- o.V. (16.03.1924). Künstlerprogramm der Wiener Radiowoche. In: *Radiowelt*, Heft 2, DokuFunk Periodika, S. 6.
- o.V. (17.03.1924). Radio-Rundschau. In: *Neue Freie Presse*, S. 17.
- o.V. (26.03.1924). Von einem Fachmann: Gegenwart und Zukunft. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 6, DokuFunk Periodika, S. 6.
- o.V. (06.04.1924). Broadcasting-Programme. In: *Radiowelt*, Heft 5, DokuFunk Periodika, S. 9.
- o.V. (09.04.1924). Radio-Hekafon. In: *Radiorundschau für Alle*. Heft 7, DokuFunk Periodika, S. 1f.
- o.V. (14.04.1924). Wiener Frühjahrsmesse; Das heutige Radiokonzert. In: *Neues Wiener Tagblatt*, S. 7.
- o.V. (24.04.1924). Radio-Rundschau. In: *Neue Freie Presse*, S. 16.
- o.V. (02.05.1924). Radio. In: *Neues 8 Uhr Blatt*, S. 8.
- o.V. (11.05.1924). Broadcasting-Programme. In: *Radiowelt*, Heft 10, DokuFunk Periodika, S. 8.
- o.V. (25.05.1924). Broadcasting-Programme. In: *Radiowelt*, Heft 12, DokuFunk Periodika, S. 8.
- o.V. (08.06.1924). Broadcasting-Programme. In: *Radiowelt*, Heft 14, DokuFunk Periodika, S. 8.

- o.V. (15.06.1924). Broadcasting-Programme. In: *Radiowelt*, Heft 15, DokuFunk Periodika, S. 9.
- o.V. (13.07.1924). Die Verhandlungen wegen Eröffnung des täglichen Broadcasting=Dienstes. In: *Radiowelt*, Heft 19, DokuFunk Periodika, S. 2.
- o.V. (13.07.1924). Broadcasting-Programme. In: *Radiowelt*, Heft 19, DokuFunk Periodika, S. 8.
- o.V. (31.07.1924). Radio. In: *Neues 8 Uhr Blatt*, S.7.
- o.V. (10.08.1924). Broadcasting-Programme. In: *Radiowelt*, Heft 23, DokuFunk Periodika, S. 8.
- o.V. (31.08.1924). Broadcasting-Programme. In: *Radiowelt*, Heft 26, DokuFunk Periodika, S. 8.
- o.V. (07.09.1924). Auf der Radiobühne. In: *Radiowelt*, Heft 26, DokuFunk Periodika, S. 3.
- o.V. (07.09.1924). Radio=Hekaphon macht Schluss! In: *Radiowelt*, Franz Anderle, Schriftleiter; Wiener Radioverlag Wien III, Rüdengasse 11, Heft 27, DokuFunk Periodika, S. 2.
- o.V. (07.09.1924). Radio-Hekaphons Abschied. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 17, DokuFunk Periodika, S. 1f.
- o.V. (14.09.1924). Im Studio am Stubenring. In: *Reichspost*, S. 9.
- o.V. (27.09.1924). Broadcasting-Programme. In: *Radiowelt*, Heft 27, DokuFunk Periodika, S. 8.
- o.V. (02.11.1924). Das Radiowunder. In: *Österreichische Illustrierte Zeitung*, S.18.
- o.V. (09.11.1924). Das Radiowunder. In: *Österreichische Illustrierte Zeitung*, S.18.
- o.V. (1925). „Radio-Hekaphon“. Die erste Broadcastingstation in Österreich. In: *Radiokalender 1925*, Wiener Radio-Verlag, Wien III., Rüdengasse 11 (Herausgeber und Verleger), DokuFunk Periodika, S. 45f.
- o.V. (1925). Ein Jahr Radio in Österreich. In: *Radiokalender 1925*, DokuFunk Periodika, S. 33.
- o.V. (1925). Die Anfänge der Radiobewegung. In: *Radiokalender 1925*, DokuFunk Periodika, S. 33f.
- o.V. (1926). Der Grazer Sender. In: *Radiokalender für das Jahr 1926*; Das II. Jahrbuch der Österr. Radiobewegung. Wiener Radio-Verlag, Wien III., Rüdengasse II (Herausgeber und Verleger). DokuFunk Periodika, S. 59.
- Pozbena (02.05.1924). Grundbegriffe des Radiowesens. In: *Neues 8 Uhr-Blatt*, S. 8.
- Richtera, L. (1929). Die Entwicklung des „RAVAG“-Programms. In: *Radiokalender für das Jahr 1929*.
- Silving, B. (09.04.1924). Der Künstler vor dem Radiomikrofon. In: *Radio-Rundschau für Alle*, Heft 7, DokuFunk Periodika, S. 4.
- Silving, B. (27.07.1924). Kunst und Radio. Von der Radiobühne der Sendestation Radio=Hekaphon. In: *Radiowelt*, Heft 21, DokuFunk Periodika, S. 5.
- Wernerwerk Wien – Telefunken (o.J.). Abgerufen von [http://www.agi-imc.de/kuhn/Gemeindedokumentation.nsf/0/E0E53FE9F994BED4C125770B0062CF68/\\$FILE/fromDocFile-E0E53FE9F-994BED4C125770B0062CF68.pdf](http://www.agi-imc.de/kuhn/Gemeindedokumentation.nsf/0/E0E53FE9F994BED4C125770B0062CF68/$FILE/fromDocFile-E0E53FE9F-994BED4C125770B0062CF68.pdf).

ERNST THEIS,

Dr., Dirigent. Geboren in Oberösterreich, studierte Ernst Theis in Wien an der Universität für Musik und Darstellende Kunst und arbeitet seit 1991 als Dirigent. Seine Karriere führte ihn zu vielen renommierten Orchestern im In- und Ausland (siehe www.ernsttheis.com). Was ihn von vielen KünstlerInnen unterscheidet, ist sein langjähriger Versuch, Wege zur Verknüpfung von künstlerischem Schaffen und wissenschaftlicher Arbeit zu finden. 2019 legte er seine Dissertation zum Thema *Musik für das Medium Radio (1923-1934)* vor und promovierte mit Auszeichnung an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien. Neben der inhaltlichen Verknüpfung des wissenschaftlichen Teils der Dissertation mit drei Doppel-CDs mit dem Titel *Radiomusiken* (erschienen beim Label CPO), die eine ganze Reihe der in der Dissertation beschriebenen musikalischen Werke auch künstlerisch dokumentiert, stellt er zudem den ersten österreichischen Sender *Radio Hekaphon* umfassend vor.

Rezensionen

TERRY, PHILIP (Hg.) (2019). *The Penguin Book of Oulipo*. London: Penguin Books, 532 Seiten.

Im Rahmen eines ernsthaften (und damit auch: ernstgemeinten) Denkens von Künstlerischer Forschung erfährt mittlerweile auch das Feld der Literatur eine umfassendere Berücksichtigung. Die deutliche Verankerung in Forschung, Lehre und Vermittlung schließt dabei nicht selten das Verständnis von Sprache als Material mit ein – was angesichts aktueller wie auch historischer Entwicklungen in der Mediengeschichte hochgradig notwendig als auch relevant ist und bestehende kunst- und theorie-spezifische Diskurse (vgl. Wagner, 2001) ergänzt. Mit der vorliegenden Anthologie kann die internationale Leserschaft nun (erneut) eine zentrale Gruppierung kennenlernen, die in Zeiten von „Fake News“ und „Post Truth“ nicht zuletzt wegen ihrer Erkenntnis, das es etwas wie natürliche Texte bzw. Werke nicht geben kann, von größtem Interesse sein muss: Oulipo. Dieses Akronym steht für *Ouvroir de littérature potentielle*, also die Werkstatt potentieller Literatur, deren Mitglieder sich seit der Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg der kritischen-reflektierenden Entwicklung und dem Austesten selbstgewählter bzw. freizulegender, vormals unbewusster konzeptueller Vorgaben verschrieben haben. Der Bezug auf wenige, doch bindende Regeln in der hochgradig ästhetischen Produktion von Text ist, was die sorgfältige Auswahl von Herausgeber Philip Terry auch erfahrbar macht, dabei nicht mehr auf Literatur als Medium beschränkt und fußt in seiner weitverzweigten Entwicklung auf namhaften historischen Vorgängern wie Jonathan Swift, Lewis Carroll, Alfred Jarry, Jorge Luis Borges oder gar Lukrez. Die verbindend festzustellende Wendung hin auf (medien-)theoretische Konzepte, die eher auf die Ergänzung denn Ablöse wissenschaftstheoretischer Traditionen abzielen, ist dabei eines der wesentlichsten Elemente einer Gruppe kollaborativ arbeitender KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen,

die sich selbst tatsächlich mehr als Labor denn als Bewegung verstanden und immer noch verstehen: Abseits surrealistischer Leitlinien oder der Doktrin einer sog. *littérature engagée* orientierte sich eine erste Generation (z.B. Raymond Queneau, François Le Lionnais) in den 1960er-Jahren methodisch auch an naturwissenschaftlichen Prinzipien und konzentrierte sich mit analytisch-theoretischer Prägung auf die Entwicklung und Zusammenstellung einer historischen Genealogie experimenteller Literatur und der entsprechenden Texttheorie. Die hierin auch eingelagerte Auseinandersetzung mit einem erweiterten Text- und Medienbegriff lässt sich in den ab den 1970er-Jahren wirkenden Generationen (z.B. Georges Perec, Italo Calvino) als synthetisch-praktische Aktivität beschreiben, die auch verstärkt öffentlichkeitswirksam zu publizieren beginnt. Die erfreuliche Langlebigkeit und ungeminderte Aktualität von Oulipo und den damit verbundenen, stark von Lektüreerfahrungen geprägten Ansätzen einer spielerischen, intellektuellen Durchdringung von Sprachen, Konventionen und Formaten hat zu einer starken produktiven Rezeption – etwa hin bis zu Umberto Eco – und zur Übernahme der ästhetischen Strategeme in anderen Medien (z.B. Comic) geführt. Die vorliegende, uneingeschränkt zu empfehlende Veröffentlichung ergänzt aktuelle Publikationen über Oulipo (vgl. hierzu Levin Becker, 2012; Monk & Levin Becker, 2018) und verleitet zum Gedanken, dass auch im Sinne wissenschaftlichen Arbeitens dem kreativen Schreiben ein *creative reading* beige-stellt werden könnte – und wohl auch sollte.

Bibliographie

- Levin Becker, D. (2012). *Many Subtle Channels. In Praise of Potential Literature*. Harvard.
 Monk, I. & Levin Becker, D. (Ed.) (2018). *All That Is Evident Is Suspect. Readings from the Oulipo 1963-2018*. San Francisco.
 Wagner, M. (2001). *Das Material der Kunst. Eine andere Geschichte der Moderne*. München.

Thomas Ballhausen, Wien

Empfehlung



Herbert von Halem Verlag



WOLFGANG DUCHKOWITSCH / FRITZ HAUSJELL /
HORST PÖTTKER / BERND SEMRAD (Hrsg.)

Journalistische Persönlichkeit. Fall und Aufstieg eines Phänomens

Öffentlichkeit und Geschichte, 3

2009, 488 S., 2 Tab., Broschur, 213 x 142 mm, dt.

EUR(D) 29,50 / EUR(A) 30,20 / sFr. 49,60

ISBN 978-3-938258-82-8

Anlässlich der Emeritierung von Wolfgang R. Langenbucher (Wien) wurde im Oktober 2006 den Wechselbeziehungen zwischen Journalismus, Person und Werk nachgespürt. Davon ausgehend kommen in diesem Sammelband Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und journalistischer Praxis zu Wort, um den Stellenwert von Persönlichkeit im Journalismus, den Werkcharakter von journalistischen Leistungen sowie deren Kanonisierung zu erörtern.

›Journalismus‹ wird in diesem Band als spezifische Kulturleistung verstanden.

Entgegen der herrschenden Lehre erlangen dann (wieder) Personen und ihre Biografie wissenschaftliches Interesse. Dabei gilt es auch journalistische Werke als solche (wieder) zu entdecken, die alles andere als tagesgebunden sind und die deshalb nicht einfach der Literatur (und ihrer Wissenschaft) zugeordnet werden sollten.

So mag das Postulat von Max Weber aus dem Jahre 1919 eingelöst werden, dass »eine wirklich gute journalistische Leistung mindestens so viel ›Geist‹ beansprucht wie beispielsweise irgendeine Gelehrtenleistung«, damit unterschieden werden kann von den täglichen Mediendienstleistungen – Journalismus stellt einen stabilen Eigenwert moderner Gesellschaften dar.

<http://www.halem-verlag.de>

info@halem-verlag.de

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung“ Währinger Straße 29, 1090 Wien